

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Politische Heimat

Bis zur Zerstörung der DDR, an der nicht wenige ihrer Bürger – über den Gang der Dinge enttäuscht, vom Gegner beeinflusst oder Verlockungen und Versprechungen erliegend – teilhatten, besaßen die Standfesten eine gemeinsame politische Heimat. Ihr Alltag basierte auf gleichen Grundüberzeugungen, auf der Verbundenheit mit der sozialistischen Sache und untereinander. 1989/90 brach die Kälte der Konterrevolution über uns herein. Nicht nur die ehrlichen Mitglieder der SED und der mit ihr befreundeten Parteien, auch Millionen Parteilose, die sich an das selbstbestimmte und ausbeutungsfreie Leben gewöhnt hatten, verloren ihren sicheren Kompaß und ihr Zuhause. Sie alle wurden wie ihre Genossen im Westen in den Strudel von Orientierungslosigkeit, Überrumpelung und Vereinsamung hineingerissen. „Der Mensch“ taugte nicht für den Sozialismus, wurde verkündet. Marx sei tot, tönte Blüm.

Während die Blockparteien kurzerhand von „BRD-Müttern“ zwangsadoptiert wurden (am grotesksten war die Einverleibung der Demokratischen Bauernpartei durch die CDU), durchlief die SED eine schmerzhaft Transformation zur PDS, die sie im Laufe der Jahre bis zur Unkenntlichkeit veränderte, ja teilweise in ihr direktes Gegenteil verkehrte. Man war in die eine Partei eingetreten und fand sich auf einmal in einer völlig anderen wieder. Dennoch hielten nicht wenige Genossen, die sich oft seit Jahrzehnten kannten und einander vertrauten, weiter zusammen, obwohl sie der Wandel schmerzlich berührte. Es gab unzählige Identitätskrisen. Das außerordentliche Maß der Niederlage des Sozialismus und der Kommunisten veranlaßte viele zum zeitweiligen oder gänzlichen Rückzug aus der Politik, führte zu ideologischer Verwirrung, organisatorischer Zersplitterung, weltanschaulicher Kapitulation und marginaler Einflußlosigkeit. Es fehlt in der BRD bis heute an einer massenstützten und schlagkräftigen marxistischen Partei.

Dieser Situation stellt sich der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ seit nunmehr sechs Jahren entgegen. Dabei überschätzen wir uns keineswegs. Mit der Alleinvertretungsanmaßung anderer haben wir nichts im Sinn. Ebenso wenig mit der Behauptung, nur wer organisiert sei, dürfe sich Kommunist oder Sozialist nennen. Wir nehmen kein Wahrheitsmonopol für

uns in Anspruch, lassen uns von Toleranz und Prinzipienfestigkeit leiten. Im RF-Förderverein gibt es weder Zank noch Streit zwischen Genossinnen und Genossen unterschiedlicher Herkunft und Bindung. Unser gedankliches Konzept beruht auf dem wissenschaftlichen Sozialismus von Marx, Engels und Lenin, auf der Verbundenheit mit dem guten Deutschland DDR, auf dem proletarischen Internationalismus. Wir stehen zu unserer Geschichte und wenden uns gegen deren leichtfertige oder bössartige Revision. Eine Verklärung eigener Fehler lehnen wir ebenso ab, zumal jede begriffene Niederlage den Keim künftiger Siege in sich trägt. Unser Motto lautet: Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch auf marxistischer Grundlage. Es ist einfach und verständlich. Jeder, dem der Sozialismus am Herzen liegt, begreift es. Kein Wunder, daß der Förderverein weiter wächst. Die Zeitung geht von Hand zu Hand. Unser Angebot, für jeden, der auf gleichen Positionen steht, eine politische Heimat zu sein, stößt auf immer stärkere Akzeptanz. Das besagt auch die tägliche Post an die Redaktion. „Es ist keine Floskel, wenn wir unsere Freude darüber ausdrücken, beim ‚RotFuchs‘ eine politische Heimat gefunden zu haben. Hier können wir für unsere Ideale, für die wir Jahrzehnte gestritten haben, ohne Verunglimpfung als Betonköpfe eintreten“, schreiben Marianne und Günther Blankenhagen aus Berlin. Und der Neubrandenburger Wolfgang Mäder läßt uns wissen: „Ich gehöre zu den Leuten, die neben ihrer Wohnanschrift auch noch ein Fleckchen politische Heimat brauchen. Wenn ich den ‚RotFuchs‘ lese, fühle ich mich zu Hause. Eigentlich hatte ich mal geglaubt, diese in der PDS zu finden, und am Anfang meiner Mitgliedschaft gab es da auch viel Heimatverbundenheit (Veränderung beginnt mit Opposition!, hieß es 1994), aber die ist schon seit einiger Zeit im Schwinden und jetzt nahezu am Nullpunkt angelangt. Das liegt nicht an meinen Genossinnen und Genossen der Basis, zu denen ich ein herzliches Verhältnis habe, das bleiben wird.“

Der Begriff politische Heimat drückt Nähe, Wärme, Verwurzelung, Geborgenheit und menschliche Zusammengehörigkeit, gemeinsames Denken, Fühlen und Handeln aus. Möge diese Atmosphäre der Einheit in der Vielfalt den „RotFuchs“ noch anziehender machen!
Klaus Steiniger



INHALT

Warum Widerstand angesagt ist	S. 2
Wie sich unsere „Besten“ bedienen	S. 3
Über die „Verhausschweigung“ der Massen durch das Kapital	S. 4
Zur Europäischen Linken (EL)	S. 4
Politik als Theater	S. 5
Das Recht auf die Straße	S. 6
Eilfertig und unterwürfig	S. 7
Wem die EU-Osterweiterung dient	S. 8
Wer fordert die USA heraus?	S. 9
Unvergessener Hans Kahle	S. 10
Über Freiwilligkeit im Sozialismus	S. 11
DKP-Wahlkonferenz:	
Richtige Signale	S. 11
Ist Vollbeschäftigung möglich?	S. 12
Treubruch	S. 13
Zur Rolle des Nationalismus	S. 14
Die zehn Gebote (5 und Schluß)	S. 15
Platzeck und der Papst	S. 15
Panama und die Gringos	S. 16
Fidel Castro:	
Wie ich Kommunist wurde	S. 17
Karsei rennt um sein Leben	S. 18
KPRF: Mängel im politischen Stil	S. 19
Kommunisten für Lukaschenko	S. 19
Ein Widerstandsheld der KPÖ	S. 20
Wie ich Theo Neubauer half	S. 20
Kundschafter im Westen	S. 21
50 „Rote Kalenderblätter“ aus Brandenburg	S. 22
Eine Pseudo-Biographie	S. 22
Stationen eines Kämpferlebens	S. 23
„Geh und sieh!“ in Dresden	S. 23
Die Zwangsadoption	S. 24
Archie als Flaneur	S. 24
Mein erstes Interview	S. 25
Zwei Frauenporträts	S. 25
Im Kohlenpott an der Ruhr	S. 26
Erinnern an Erich Köhler	S. 27
Presente	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen & Impressum	S. 32

Warum Widerstand angesagt ist

Es würde mehrerer Ausgaben des „Rot-Fuchs“ bedürfen, wollte man alle Lügen und Verdrehungen analysieren, die der Agenda 2010 zugrunde liegen. Aus politökonomischer Sicht seien thesenartig einige Behauptungen etwas näher untersucht. Zunächst geistert da die Legende herum, daß es zur Agenda 2010 keine vernünftige Alternative gäbe. Als streikende Studenten PDS-Büros besetzten, hieß es dort: Unsere Arbeit wird von Sachzwängen diktiert. Die Studenten antworteten: Sachzwänge werden von Menschen geschaffen.

Warum werden beispielsweise nicht alle Einkommensarten für die Rentenkassen nach einem wirklichen Solidarprinzip herangezogen? Warum liegt der Anteil der Gewinn- und Unternehmenssteuern an allen Steuereinnahmen seit 1999 nur zwischen vier und fünf Prozent? Warum gibt es keine Wertschöpfungsabgabe? Heißt es im Grundgesetz etwa: Eigentum dient wachsendem persönlichem Wohlstand der Kapitaleigentümer? Oder steht dort: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich der Allgemeinheit dienen.“? Doch dem Gemeinwohl dienende Reformen werden von den Hundts und Rogowskis bekämpft.

Man unterschlägt und verbrämt die Wahrheit. Bei der künftigen „Steuerreform“ werden Almosen für die Krauses und enorme Vorteile für die Krupps miteinander verquickt. Weitgehend verschweigt man auch, daß zwischen dem sogenannten Spitzensteuersatz für die Superreichen und den tatsächlich durch diese abgeführten Steuern eine enorme Kluft besteht. Im Dschungel legalisierter Schlupflöcher wird ein profitables Aktionsfeld kundiger Steuerberater sanktioniert. Laut OECD-Bericht ist Deutschland mit einem durchschnittlichen Steuersatz von 22,2 % eines der Schlußlichter in der EU. Das liegt nicht an den viel zu hohen

Abgaben, die dem kleinen Steuerzahler aufgebürdet werden!

Obwohl in der BRD die Sozialausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) seit 1996 zurückgehen und viele Bedürftige über ihre Rechte gar nicht informiert werden, bauscht man den Sozialmißbrauch künstlich auf. Die Erwerbsarbeit wird als zu teuer bezeichnet; die von den Unternehmern zu tragenden Lohnnebenkosten nennt man „das Damoklesschwert des Kostengefüges“. Nur nebenbei erwähnt man die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Senkung der Lohnstückkosten. Einerseits heißt es, nur durch beträchtliche soziale Einschnitte sei die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands wiederherzustellen, andererseits wird stolz verkündet, die BRD sei 2003 Exportweltmeister geworden.

Mit Inbrunst wird der Slogan verkündet: Nur Wachstum schafft Arbeitsplätze. Dies erscheint zunächst logisch, doch entspricht es so pauschalisiert nicht der Realität. Nicht wenige Wachstumserscheinungen sind parasitärer Natur. Schon längst steckt die BRD mit ca. 1,3 Billionen Euro und den damit verbundenen Zinsen tief in der Schuldenfalle. Das Geldvermögen hat mit 2,1 Billionen Euro die Höhe des Inlandsprodukts annähernd erreicht. Von Jahr zu Jahr wachsen im Gegensatz zu den Reallöhnen die privaten Vorstandskassen, z. B. der Manager der 30 größten deutschen Aktiengesellschaften, unabhängig von jeglicher Leistung. Im Schnitt „verdient“ sie jährlich 1,25 Millionen Euro, die jeweiligen Bosse sogar 2,2 Millionen.

Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wächst jedoch in den kommenden Jahren die Zahl der Menschen, die Bezüge auf Sozialhilfeniveau erhalten, von ca. 2,8 auf mehr als 4,5 Millionen. Wie soll da die Binnennachfrage in breitem Umfang zunehmen, wenn Schich-

ten, die für die Erhöhung der Umsätze benötigt werden, noch mehr Konsumverzicht leisten müssen?

Schließlich gibt es keine unmittelbare Koppelung zwischen dem Wirtschaftswachstum und dem Entstehen neuer Arbeitsplätze. Auch Investitionen schaffen diese nicht unbedingt. Im Gegenteil! Rationalisierungsinvestitionen sparen Arbeitsplätze sogar beträchtlich ein. Zudem ist davon auszugehen, daß die rasante technologische Entwicklung, z. B. die Automatisierung, ein dramatisches Sinken des Anteils lebendiger Arbeit am Gesamtprodukt bewirkt.

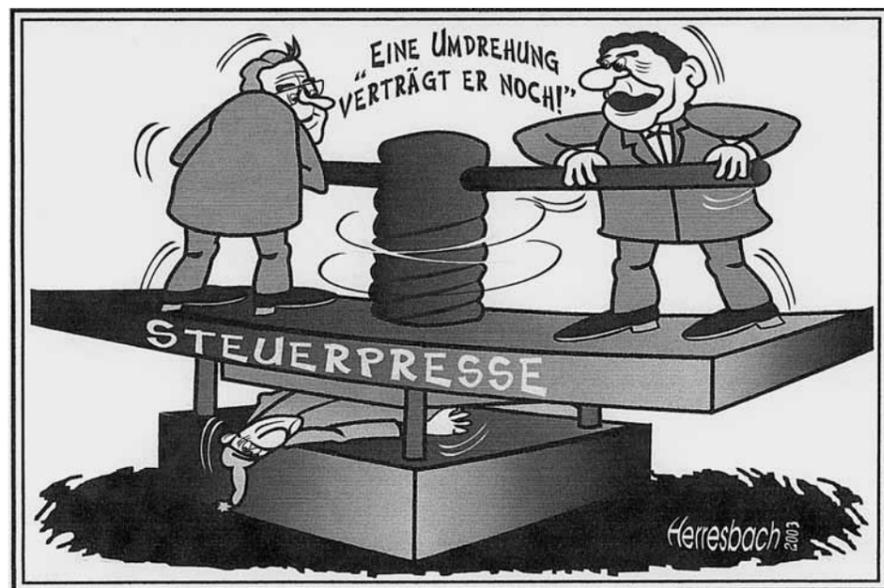
Darüber hinaus geht es niemals um ein Wachstum, das mit der Hortung von Ladenhütern einhergeht. Denn bei herkömmlichen Erzeugnissen und Technologien ist bereits eine Sättigung des Marktes erreicht worden.

Schließlich wird die Behauptung verbreitet: Angesichts leerer Kassen, scharfer globaler Konkurrenz und des sogenannten Reformstaus müßten „alle den Gürtel enger schnallen und Opfer bringen“. Es ist offensichtlich: Die Agenda 2010 ist nur ein erstes Abtasten, wie groß der tatsächliche Spielraum für die eigentlichen sozialen Grausamkeiten in der Zukunft sein kann.

Es fehlt nicht an wissenschaftlich fundierten Alternativvorschlägen: Nach Berechnungen der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ (AAW) kann der Staat ohne große Eingriffe sage und schreibe 129 Milliarden Euro steuerliche Mehreinnahmen seinen selbstgemachten leeren Kassen zuführen: 14 Milliarden durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, 4 Milliarden bei der Erbschaftsteuer, 22 Milliarden durch Abschaffung des Ehegatten-Splitting, 9 Milliarden durch eine Börsenumsatzsteuer, 17 Milliarden durch eine Spekulationssteuer (Tobin), 13 Milliarden durch eine kommunale Wertschöpfungssteuer und 50 Milliarden durch die tatsächliche Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung. Das wäre ein erster Akt sozialer Gerechtigkeit, der nur das Wachstum des Reichtums weniger etwas schmälern würde, aber den Boden für Eigeninitiative bereiten und einen moralischen Ruck in der Gesellschaft auslösen könnte. Obwohl der Kapitalismus dadurch nicht angetastet würde, sind die Herrschenden in der BRD fest entschlossen, einen solchen Weg zu blockieren.

Alles in allem: Die Agenda 2010 vergrößert die Spaltung der Gesellschaft, macht die Reichen noch reicher, die Armen ärmer; sie berücksichtigt nicht, daß der Osten auf der Kippe steht; sie bestraft die Arbeitslosen, ohne der chronischen Massenarbeitslosigkeit wirksam zu begegnen. Widerstand, wie nie zuvor, ist angesagt!

Prof. Dr. habil. Harry Milke



Unsere „Besten“ ... und was sie bekommen

Bezüge der Landtagsabgeordneten

Bundesland	Grundentschädigung (zu versteuern)	Allg. Kostenpauschale (steuerfrei)
Baden-Württemberg	4 557,-	889,-
Bayern	5 861,-	2 724,-
Berlin	2 951,-	870,-
Brandenburg	4 399,-	872,-
Bremen	2 485,-	421,-
Hamburg	2 224,-	333,-
Hessen	6 401,-	517,-
Mecklenburg Vorpommern	3 890,-	1 098,-
Niedersachsen	5 403,-	1 027,-
Nordrhein-Westfalen	4 807,-	1 206,-
Rheinland-Pfalz	4 981,-	1 125,-
Saarland	4 429,-	1 042,-
Sachsen	4 284,-	1 161,-
Sachsen-Anhalt	3 937,-	997,-
Schleswig-Holstein	3 927,-	818,-
Thüringen	4 318,-	1 049,-

In **Bayern und Berlin** sind die Kostenpauschalen Einheitsbeträge, die auch Reise-, Verpflegungs- und Übernachtungskosten abdecken sollen. In den **anderen Ländern** sind die Kostenpauschalen sogenannte Teilpauschalen, in denen Fahrtkostenerstattung, Tage- und Übernachtungsgeld nicht enthalten sind.

Altersversorgung der Landtagsabgeordneten

Genau wie die Höhe der Diäten, so sind auch Übergangsgelder und Altersversorgung der Landtagsabgeordneten von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. Berliner Abgeordnete erhalten beispielsweise für jedes Jahr im Landtag einen Monat Übergangsgeld in Höhe **2951,- €** (maximal 18 Monate). Wer nach neun Jahren aus dem Amt ausscheidet, bekommt ab dem 63. Lebensjahr monatlich **1030,- €** Altersentschädigung.

Bezüge von Mitgliedern des Bundestages

Mitglieder des Bundestages bekommen eine zu versteuernde Grundentschädigung von **7009,- €** pro Monat. Dazu kommt eine monatliche Kostenpauschale von **3503,- €** (steuerfrei). Von dieser Kostenpauschale müssen die Abgeordneten Kosten für Büroräume, Reisen, Verpflegung usw. bezahlen.

Altersversorgung der Mitglieder des Bundestages

Scheiden Abgeordnete des Bundestages aus ihrem Amt aus, bekommen sie Übergangsgeld. Dieses entspricht der Abgeordnetenentschädigung – **7009,- €**. Für jedes Jahr der Mitgliedschaft im Bundestag gibt es einen Monat Übergangsgeld, maximal 18 Monate lang. Wer mindestens 8 Jahre im Bundestag sitzt, hat Anspruch auf eine Altersentschädigung. Bei 8jähriger Mitgliedschaft beträgt die Pension **1682,- €** monatlich. Sie wird ab dem 65. Lebensjahr ausgezahlt. Wer länger im Bundestag sitzt, kann mehr bekommen. Wer nach 23 Jahren aus dem Bundestag ausscheidet, bekommt ab dem 55. Lebensjahr monatlich **4836,- €**.

Die Bezüge der Parlamentarischen Staatssekretäre

Was machen eigentlich Parlamentarische Staatssekretäre? Sie sind die direkten Stellvertreter ihres Ministers: Parlamentarische Staatssekretäre sprechen im Namen des Ministers auf Konferenzen, führen Verhandlungen und leiten das Ministerium in enger Absprache mit dem Minister. Die monatlichen Amtsbezüge der Parlamentarischen Staatssekretäre betragen **9850,- €**. Ist ein Parlamentarischer Staatssekretär gleichzeitig Bundestagsabgeordneter, gibt es zusätzlich **4054,- €**. Ebenso besteht ein Anspruch auf Weihnachtsgeld (8 500,- €) und eine jährliche Aufwandsentschädigung von zusätzlich **2760,- €**.

Altersversorgung der Parlamentarischen Staatssekretäre

Übergangsgelder und Altersversorgung der Parlamentarischer Staatssekretäre sind mit denen der Minister vergleichbar. Scheidet ein Parlamentarischer Staatssekretär nach drei Jahren aus dem Amt aus, bekommt er drei Monate **9850,- €** und weitere 33 Monate **4925,- €**, insgesamt etwa **192 000,- €**. Wer nach vier Jahren Amtszeit in den Ruhestand geht, bekommt ab dem 55. Lebensjahr eine Pension in Höhe von **2850,- €**.

Die Bezüge der Bundesminister

Hans Eichel und seine Kolleginnen und Kollegen verdienen jeweils **12 820,- €** in Monat. Hinzu kommen einmal pro Jahr Weihnachtsgeld in Höhe von **11 064,- €** und eine steuerfreie Aufwandsentschädigung von **3681,- €**. Ist ein Bundesminister gleichzeitig Bundestagsmitglied, kassiert er zusätzliche **3505,- €** monatlich.

Die Altersversorgung der Bundesminister

Für jeden Monat Amtszeit gibt es einen Monat Übergangsgeld (**12 820,- €**) – mindestens sechs Monate, höchstens drei Jahre. Wer drei Jahre im Amt war, bekommt folgendes Übergangsgeld gezahlt: drei Monate **12 820,- €** und weitere 33 Monate **6410,- €** Übergangsgeld, insgesamt also etwa **250 000,- €**. Wer mindestens zwei Jahre im Amt ist, hat Anspruch auf eine Altersversorgung. Diese steigt mit jedem weiteren Amtsjahr. Ein Minister, der nach vier Jahren ausscheidet, erhält ab dem 55. Lebensjahr **3720,- €** monatlich. Maxima kann ein ehemaliger Minister eine Altersversorgung von **9615,- €** bekommen (nach 22 Jahren im Amt). Allerdings: Übergangsgeld und Altersversorgung werden gekürzt wenn der Exminister weiterhin im Bundestag sitzt.

Des Bezüge des Kanzlers

Das monatliche Amtsgehalt des Kanzlers beträgt **15 900,- €**. Er bekommt Weihnachtsgeld in Höhe von **12 854,- €** und eine jährliche Aufwandspauschale von **12 270,- €**. Ist der Kanzler auch Bundestagsmitglied, gibt es für diesen „Nebenjob“ **3505,- €**. Außerdem bekommt der Regierungschef eine Amtswohnung gestellt.

Altersversorgung des Kanzlers

Scheidet Kanzler Schröder aus seinem Amt aus, hat er, verteilt auf 36 Monate, Anspruch auf insgesamt **310 000,- €** Übergangsgeld. Geht er sofort in den Ruhestand und legt alle politischen Ämter nieder, stünden ihm monatlich **8303,- €** zu. In dieser Altersversorgung sind alle bisherigen Ansprüche aus seinen Tätigkeiten als Kanzler, Ministerpräsident von Niedersachsen, Landtags- und Bundestagsabgeordneter zusammengefaßt.

Quelle: Bund der Steuerzahler

Wer auf der Butter sitzt,
läßt die anderen
in der Molke ersaufen.

Bereits die römischen Cäsaren haben die Rolle der Volksmassen bei der Eroberung und Festigung ihrer persönlichen Macht erkannt. Die Korruption der Plebejer durch Bestechungspräsente in Form von Brot und Spielen sowie die Übereignung kleiner Parzellen an ausgewählte Legionäre bei der Okkupation fremder Territorien legen Zeugnis davon ab. Aber auch die brutale Unterdrückung des eigenen Volkes fand bei widerständlichem Verhalten Anwendung. Die Politik von Zuckerbrot und Peitsche war schon im Altertum eine probate Methode der Herrschenden.

Verglichen mit anderen Ausbeutungsverhältnissen erreichte die Domestizierung der Volksmassen im Kapitalismus eine ungeahnte Perfektion. Ein nicht geringer Teil der Arbeiterklasse wurde durch das Kapital „verhausschweint“ (Robert Kurz, Schwarzbuch des Kapitalismus) und denkt – bedingt durch ökonomische Zwänge – vor allem in Erwerbskategorien. Die Konsumseligkeit wird Lebensinhalt. Durch korrumpierende Mechanismen und geistige Betäubung mittels politischer und medialer Gehirnwäsche ist die soziale Zähmung breiter Volksmassen weitgehend gelungen.

Es wäre jedoch vereinfacht, das Verhalten großer Teile der Bevölkerung allein durch die Dingwelt des Kapitalismus und die totale Oberhoheit des Marktes beurteilen zu wollen. Einen nicht geringen Einfluß besitzt die Ideenwelt in dieser geldzentrierten Lebensweise. Marx und Engels haben in der „Deutschen Ideologie“ betont, daß „die Gedanken der herrschenden Klasse in jeder Epoche die herrschenden Gedanken (sind) – Ausdruck ihrer herrschenden geistigen Macht als ideeller Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse“.

Durch die Ideen der herrschenden Klasse – in deren Wertorientierungen, philosophischen Lehrmeinungen, in der Politik der Systemparteien und der Meinungsdictatur der bürgerlichen Medien widerspiegelt – soll die Werteordnung des Kapitalismus von den Volksmassen widerspruchlos akzeptiert werden. Nicht zu unterschätzen sind hierbei die Primitiv-Medien und die vorgegaukelte „Spaßgesellschaft“, die die Menschen ihrer Emanzipation entfremden sollen. Auch sozialromantische Vorstellungen setzt man zielgerichtet für eine zu erreichende Knechtseligkeit ein. Bei einem nüchternen Befund kann trotz der sich organisierenden Gegenkräfte festgestellt werden, daß es dem Kapital geglückt ist, die Volksmassen in die Zuschauerrolle seines politischen Theaters zu drängen und sie von der Entscheidungsgewalt auszugrenzen. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Volksseele besonders bei Nebensächlichkeiten überschäumt. Demonstrationen gegen eine Kampfhundeverordnung erhalten so oftmals einen höheren Stellenwert als Protestveranstaltungen gegen den rechten Mob und gegen Ausländerfeindlichkeit.

Über die „Verhausschweinung“ der Massen durch das Kapital

Bei der Manipulierung und Deformierung des Bewußtseins der Massen wirkt die SPD als sogenannte Volkspartei maßgeblich mit. Ihre programmatische Zielsetzung, eine „Balance“ zwischen Kapital und Arbeit zu erreichen, hat sie praktisch längst aufgegeben. Die Agenda 2010 läßt ihren Status als direkter Erfüllungsgehilfe der Unternehmerverbände überdeutlich werden. Hier ordnet sich auch der „Reformflügel“ der PDS mit seiner „Opposition aus der Kuschelecke“ nahtlos ein. Die Rechten dieser Partei intensivieren nach dem Chemnitzer Parteitag die von ihnen seit Ende 1989 verfolgte Sozialdemokratisierung. Auch die Begierde von PDS-Spitzenpolitikern, an der Macht teilzuhaben, führt zwangsläufig zur Auszehrung der Partei und zu ihrem Siechtum als politische Kraft. Wie der SPD geht es dem kleinstbürgerlichen Teil der PDS in Programmatik und praktischer Politik nicht um die Beseitigung des kapitalistischen Systems durch die Organisation des Klassenkampfes, sondern um die Sicherung eines lukrativen Platzes in der Ausbeutergesellschaft.

Die Offensive der Ideologen des Kapitals erhielt besonders nach dem Sieg der Konterrevolution in den sozialistischen Ländern Europas neuen Auftrieb. Neben der Diffamierung des Sozialismus als „brutale, diktatorische und inhumane“ Gesellschaftsordnung hatten auch solche „Theorien“ Hochkonjunktur, die unmittelbar die Psyche des Menschen betrafen. So wurde gezielt verbreitet, der Einzelne denke nur mit dem Bauch und sei von Natur

aus ein Egoist, dessen Geld- und Habgier einem uralten Triebverhalten entspringe. Es sei eine unerfüllbare Hoffnung, den Menschen zu einem solidarischen Verhalten zu bewegen. Nicht einmal die Religion habe das in Jahrhunderten geschafft. Deshalb stoße die Idee des Sozialismus ins Leere. Diese mentale Beeinflussung der Volksmassen fiel z. T. auf fruchtbaren Boden. Das führte zu Zweifeln an einer über den Kapitalismus hinausgehenden humanistischen Gesellschaftsordnung mit sozialistischem Charakter.

Die Zeit nach der Konterrevolution, das Erleben der täglichen Realität der BRD bewirkten jedoch bei nicht wenigen früheren DDR-Bürgern, die den westlichen „Wohlfahrtsstaat“ anfangs herbeigesehnt hatten, ein Umdenken. Mangelnde soziale Absicherung, Arbeitslosigkeit, die rasche Demontage des sogenannten Sozialstaates, fehlende Lebensperspektive, schändliche Raffkultur, Entwürdigung des Menschen bis zum Verlust seiner Selbstachtung, hohe Kriminalitätsrate, um nur einige negative Aspekte zu nennen, lassen Vergleiche mit der verlorengegangenen DDR aufkommen. Sie bewirken eine allmähliche Bewußtseinsänderung und ein erneutes Nachdenken über mögliche gesellschaftliche Alternativen. Trotz medialer Beeinflussung und Haßtiraden gegen den Sozialismus, assistiert durch die Parteirechten der PDS, läßt sich dieser Prozeß nicht aufhalten. Die DDR-Vergangenheit sitzt bei vielen Familien wieder unsichtbar mit am Tisch.

Prof. Dr. Werner Roß

Zur Europäischen Linken (EL)

In Berlin ist im Beisein von Vertretern einer größeren Zahl sozialistischer, linkssozialdemokratischer und kommunistischer Parteien von 11 der 19 Beteiligten eine Organisation initiiert worden, die sich Europäische Linke (EL) nennt. Es handelt sich eher um ein pluralistisches Konglomerat als um eine wirklich aktionsfähige linke Kraft. Die EL läßt sich nicht vom Marxismus leiten. Berlin wurde vermutlich als Tagungsort gewählt, um das besondere Engagement der PDS beim Zustandekommen des heterogenen Parteienbundes zu würdigen. So hielt auch der Vorsitzende der gastgebenden PDS, Lothar Bisky, die Eröffnungsrede.

Politische Beobachter vermerkten die Tatsache, daß sich die KP Griechenlands (KKE), die in den vergangenen Jahren eine herausragende Rolle bei der Neuformierung der internationalen kommunistischen Bewegung gespielt hat, nicht unter den Teilnehmern befand. Auch die einflußreiche Portugiesische KP (PCP) zählt nicht zu den Unterzeichnern.

Es handle sich um ein „offenes Projekt“, erklärte Bisky, der u. a. die Abgesandten einer Reihe von Parteien begrüßen konnte, die früher eurokommunistischen Positionen zuneigten oder heute wie die FKP und die KP Österreichs zum reformistischen Spektrum der Bewegung gehören. Unter Journalisten wurde die Meinung vertreten, es handle sich wohl um den Versuch der PDS und anderer Parteien, die marxistisch-leninistischen Kräfte Europas zu isolieren.

Aus kommunistischer Sicht zielt das Unternehmen möglicherweise darauf ab, linke Parteien außerhalb des traditionell reformistischen Einflußbereichs aufzuweichen und einzubinden. **K. S.**

*Wir halten am weltweiten
Kampf der Arbeiterklasse fest.
Hoch die internationale
Solidarität!*

Tragödie, Komödie, Kabarett, Seifenoper – und was noch?

Politik als Theater

Ist ein Vergleich von Politik und Politikern mit Theater und Schauspielern erlaubt? Könnten das ehrenwerte Mimen als Beleidigung werten? Gibt es überhaupt Vergleichbares? Wenn es so wäre: Worin bestünden die Ähnlichkeiten oder Unterschiede?

Auf den ersten Blick ist eins erkennbar: Schauspieler wie Politiker wenden sich an das Publikum, dessen Beifall und Zustimmung sie erheischen. Mindestens ein Medium teilen sie sich: das Fernsehen. Manche Talkshow ist bereits – abhängig von den Teilnehmern – Tragödie oder Komödie. Erfolg oder Mißerfolg (das „Ankommen“) kann über Karrieren entscheiden. Die Reihe der Analogien wäre fortzusetzen ...

Werfen wir einen kurzen Blick auf die Praxis, die als Kriterium der Wahrheit gilt: In den ersten Dezembertagen 2003 versammelten sich reichlich 1000 CDU-Delegierte in Leipzig. Edmund Stoiber trat nach Angela Merkel als Gast auf. Was erregte das Interesse der Medien? Ging es um die inhaltlichen Nuancen ihrer Reden? Keineswegs. Das Wichtigste war die Länge des Beifalls. Die Financial Times vom 5. 12. 2003 konstatierte, in Leipzig habe „ein Komplott“ gegen Stoiber stattgefunden: „Auf dem Parteitag hatte er nicht einmal eine Minute Beifall.“ Für Merkel seien es vier Minuten mehr gewesen. Den „Beifallsboykott“ habe Jürgen Rüttgers organisiert. Im ND vom 6./7. 12. 2003 lautete der Titel: „Stoiber abgeklatscht. Nach dem CDU-Parteitag kocht die Bayernseele“. Warum das? Ist die „verordnete“ Länge des Beifalls (früher von bezahlten Claqueuren besorgt) bereits die „demokratische“ Legitimation für die Kanzlerkandidatur?

Als George Bush bei einem überraschenden Blitzbesuch auf dem Flugplatz von Bagdad einigen seiner Söldner den traditionellen Thanksgiving-Truthahn servierte, reagierte die Medien mit der Feststellung, es habe sich um einen reinen Public-Relations-Gag gehandelt. Der Wahlkampf begann als Schmierentheater.

Zwei Ereignisse der letzten Zeit beweisen das Wechselspiel von Politik und „Theater“ in besonders anschaulicher Weise: Die Fernsehshow „Bester Deutscher“ und der inszenierte Streit um die Rede, die der frühere CDU-Abgeordnete Martin Hohmann am „Tag der Einheit“ in seinem Wahlkreis gehalten hatte.

Zur Show „Bester Deutscher“: „Das Ganze war ein Politbarometer für Schröder“, schrieb das ND. Und: „Das Spiel dieser Art hat Zukunft.“ Seine Autorin Sabine Günther weiß, wie Westdeutsche denken und fühlen und warum sie Adenauer und nicht Marx zum „Besten“ gewählt haben. Vielleicht

gibt es aber auch andere Erklärungen: Wäre ich einer der Verfasser des Buches „Geschichtsbilder, Weichenstellungen deutscher Geschichte nach 1945“, das unlängst von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegeben worden ist, würde ich mit Genugtuung feststellen, daß sich „die Arbeit“ gelohnt hat. Die „Geschichtsbilder“ der CDU machen Adenauer aus drei Gründen zum „Größten“: Er rettete die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und faschistischen Machtstützen über den „Absturz“ (Günther), die bedingungslose Kapitulation; er führte die antikommunistisch-antisowjetisch orientierte Politik seines Kanzler-Vorgängers fort; er setzte die „Westbindung“, die Remilitarisierung und die Spaltung Deutschlands mit ihren Lasten und Gefahren rücksichtslos durch. Die verheerenden Folgen sind heute zu besichtigen. Insofern ist die Entscheidung der größten Zahl von „Wählern“ für Adenauer vor allem ein Indiz, das den geistigen Zustand erheblicher Teile der westdeutschen Bevölkerung ausweist. Und da schließt sich der Kreis zu Martin Hohmann. Kaum eine Zeitung hat berichtet, was er am 3. 10. 2003 tatsächlich gesagt hat. Vier Wochen vergingen, bis die Rede zum Medienspektakel wurde, das mit der „Hinrichtung“ des Politikers endete. Hohmanns Thema hieß „Gerechtigkeit für Deutschland“. Sein Fazit lautete: Die Juden seien so wenig ein „Tätervolk“ wie die Deutschen. Als „Täter“ wären nur jene Juden zu bezeichnen, die als „Bolschewisten“ in der Oktoberrevolution gekämpft hatten. „Die Gottlosen mit ihren gottlosen Ideologien, sie waren das Tätervolk des letzten blutigen Jahrhunderts.“ Da Lenin und Hitler in einen Sack gesteckt werden, kann

kein „Totalitarismusforscher“ ernsthaft Einwände erheben. Der „Spiegel“-Experte für Judentum und Antisemitismus, Henryk M. Broder, urteilt (46/2003, S. 37): „Man schämt sich die Binsenwahrheit auszusprechen, daß es kein ‚Tätervolk‘ gibt.“

Bekanntlich hielt Angela Merkel anfangs eine leise Kritik als „Strafe“ für ausreichend. Erst, als der Vorwurf des Antisemitismus erhoben wurde, begann man eiligst mit der politischen Demontage Hohmanns, wie sie bereits Möllemann ähnlich erlebt hatte. Es ist keineswegs abwegig anzunehmen, daß mit der „Antisemitismuskeule“ vor allem jede Kritik an der Politik des imperialistischen Staates Israel verhindert werden soll. Echte antifaschistische Motivationen lagen dem Gebaren der CDU-Partei- und Fraktionsführung wohl kaum zugrunde.

Nun fehlt beim Blick auf das organisierte Politik-Theater noch eine Betrachtung der Regisseure, die sich hinter einer Nebelwand verbergen und selten sichtbar werden. Als Scharping sein Image verbessern wollte, fiel das Licht auf die PR-Firma Hunzinger. Später stand WMP EuroCom im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, weil die Bundesanstalt für Arbeit ihr Ansehen mit Hilfe dieses Meinungsmanipulationsunternehmens aufpolieren wollte. Vom „Spiegel“ (49/2003) war zu erfahren, daß bei der Firma u. a. Genscher (als Vorsitzender) und Rexrodt im Aufsichtsrat sitzen. Sie vermittelt Betuchten Interview-Plätze in Zeitungen und bei Fernsehstationen (auch in Talkshows) und bemüht sich um die zugkräftige Präsenz ihrer Klienten in den Leitmedien der Bundesrepublik.

Prof. Dr. sc. Phil. Horst Schneider



Nichts ist aufregender, als Demokratie in Aktion zu beobachten. Aus: „Guardian Weekly“

Das Recht auf die Straße

Den Halbzeitanalysen des Hamburger Senats fehlten Prognosen über die weitere Lebenserwartung der Koalition aus CDU, FDP und Schills „Partei Rechtsstaatliche Offensive“ (PRO). Ob es am Konsum eines gewissen weißen Pülverchens liegt – das wirre Gebaren des Mannes und seine Anwendungen von Größenwahn lassen das ahnen –, sei dahingestellt: Schill griff erneut den Bürgermeister und den Senat wüst an, worauf Ole von Beust die Notbremse zog und die Koalition beendete. In den letzten Februartagen wird in Hamburg ein neuer Senat gewählt. Es bleibt abzuwarten, ob sich in diesem „Richter Gnadenlos“ oder seine früheren Parteifreunde, die ihn inzwischen aus der PRO ausschlossen, noch wiederfinden werden. Sicher dagegen ist, daß sich die politischen Grundziele nicht ändern werden, wer immer auch den künftigen Senat bildet. Denn in bemerkenswerter Weise gleichen sich die Positionen der Parteien der Bourgeoisie an – über die Grenzen der Bundesländer hinweg. In Berlin regiert immerhin die SPD gemeinsam mit der PDS. Dem „Hamburger Abendblatt“ war zu entnehmen, daß der Schill-Nachfolger im Amt des Polizeisenators, der rechtsextreme Dirk Nockemann, eine Initiative seines Berliner Amtskollegen Ehrhart Körting (SPD) zur Einschränkung des Demonstrationsrechts unterstützt. Die Innenstädte, ihre Hauptverkehrsadern und Einkaufsmeilen, sollten künftig von Demonstrationen grundsätzlich „freigehalten“ werden. Körting fordert, es dürfe nicht 100 Demos pro Jahr durch die Innenstädte geben, nur weil sie ordnungsgemäß angemeldet worden seien ...

Für diesen Plan hat Nockemann „am Rande der Innenministerkonferenz vom 20. November seine Unterstützung zugesagt ...“ Beim Bundesinnenministerium

soll nachgehakt werden, ob und wann mit der Umsetzung gerechnet werden kann. Denn da geht es um Bundesrecht, für das der SPD-Minister mit dem Gehabe eines Putschobristen (ohne Sonnenbrille) zuständig ist. SPD-Schill(l)y dürfte für solche Vorhaben ebenso offene Ohren haben wie für das von Körting und Nockemann gleichfalls angestrebte „härtere Vorgehen gegen gewalttätige Protestler“. Wobei „Gewalttätigkeit“ bekanntlich stets von der Polizei definiert und interpretiert wird, wie unzählige Demonstranten schon erfahren mußten; auch Streikposten könnten irgendwann in dieses Raster passen. Pläne zur Einschränkung der bürgerlichen Demokratie entspringen nicht nur der aktuellen Situation, die durch Studentenproteste und Großdemos, in Hamburg durch andauernde Manifestationen gegen Bauwagenvertreiber, Krankenhausprivatisierer, Räuber und Kriegstreiber, gekennzeichnet ist. Denn in der Elbestadt ist es – wie im Dezember-RF berichtet – schon seit langem kaum noch möglich, durch die belebte Innenstadt zu demonstrieren. Dafür haben vor Polizeisenator Nockemann schon dessen Amtsvorgänger Olaf Scholz, jetzt SPD-General, und Ronald Schill gesorgt. Das mußten im Dezember 2002 auch die Gewerkschaften erfahren, als sie, mit ver.di und IGM an der Spitze, einen Protestmarsch gegen die Politik des Rechtssenats organisierten: Genehmigt wurde ihnen nur, in einem großen Bogen um den Stadtkern mit seinen Einkaufsstraßen zu ziehen.

Zu welchen, auch für Geschäftsleute, absurden Konsequenzen diese Verbote führen, zeigen zwei Beispiele: Im Juni 2003 lud der Senat die Bundeswehr zum „öffentlichen Rekrutengelöbnis“ nach Hamburg ein. Etwa 2500–3000 aus der ganzen BRD zusammengezogene Polizei-

sten sollten die Gegend um das Rathaus „weitläufig gegen Störer sichern“. Für die Geschäfte führte die den halben Tag dauernde Abriegelung wegen des Militärspektakels zu Umsatzverlusten von 90 % und mehr. Demonstrationen und andere Protestaktionen fanden überall im Umfeld und selbst im „Hochsicherheitsbereich“ statt. Provokationen und gewalttätige Angriffe der Polizei blieben nicht aus. Am 20. Dezember 2003 verbot der Senat erneut und abermals mit gerichtlicher Absegnung eine Demonstration für Bauwagenplätze, gegen den Senat und dessen Sozialraub. Eine alternative Route durch menschenleere Büroviertel wurde bewilligt. Dort fand sich allerdings kein Teilnehmer ein. Statt dessen versammelten sich mehrere hundert Menschen am „verbotenen“ Auftaktort, zwischen Massen von Weihnachtseinkäufern. Trotz eines Vermittlungsversuchs gaben die Polizeiverantwortlichen dieser Demo nicht den Weg frei – sie hätte den City-Bereich in 30–45 Minuten wiederverlassen. Vielmehr richteten sie durch planlose Manöver, Sperrketten und Einkesselungsversuche, die Passanten wie Demonstranten betrafen, ein weit über drei Stunden dauerndes Totalchaos an. In diesem fanden immer wieder kleinere und größere Demos statt. Erneut kam es zu zahlreichen Festnahmen, doch gingen auch zwei Polizeioffiziere im Streit über konträre Befehle aufeinander los. Das Ziel des Verbots wurde ganz und gar verfehlt, „der Geschäftsbetrieb massiv behindert“, wie Nockemann sagte. Die Akteure waren indes seine eigenen Truppen. Die in der BRD Herrschenden sind sich bewußt, daß die von ihnen vollzogene Offensive des Kapitals zur Zerschlagung elementarer sozialer Standards den Widerstand geradezu herausfordert. Der Klassenkampf wird sich weiter verschärfen. Da muß das ohnehin ausgehöhlte Demonstrationsrecht „der Lage angepaßt“ werden. Die Kapitalistenführer fordern inzwischen unverblümt die Illegalisierung „wilder“ Streiks. Wo die forcierte Ausbeutung in den Betrieben und im Dienstleistungssektor, die als „Zumutbarkeitsregelung“ bezeichnete Einführung der Zwangsarbeit für Erwerbslose, das systematische Bestehlen der ärmsten Bevölkerungsschichten als „alternativlos“ propagiert werden, dort muß man die Staatsgewalt aufpeppen. Der Vorwand lautet, man wolle den „Mißbrauch des Grundrechts auf Versammlung“ beenden. Rechte SPD-Politiker stehen dabei an der Seite von rechtsradikalen Schill-Anhängern. Sie besitzen zur Nachahmung empfohlene Vorbilder – von Noske bis Zörgiebel. Gegen die Verteidiger der bürgerlichen Demokratie steht ein Block – wenngleich kein monolithischer – aller Parteien der Bourgeoisie. Man wird den Protestierenden das Recht auf die Straße nicht kampfflos zubilligen. **Werner Hoppe**

Am 6. und 7. März 2004 findet in der früheren Hochschule für Ökonomie, Berlin-Karlshorst, Treskowallee

eine wissenschaftlich-politische, partei- und organisationsübergreifende Konferenz zu dem Thema

Sozialistische Bewegung und europäische Integration – historische und aktuelle Aspekte

statt.

Einladet: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der PDS, Marx-Engels-Stiftung Wuppertal, „RotFuchs“-Förderverein e. V., Geschichtskommission der DKP, Redaktion „junge Welt“, Redaktion „Sozialistische Zeitung“ (Köln)

Eilfertig und unterwürfig

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns hat Schulden. Deshalb ruft der SPD-Regierungschef die daran schuldlosen Bürger auf, „den Gürtel enger zu schnallen“. In den Räumen des Nobel-Hotels Heiligendamm verkündete Harald Ringstorff: „Wir (!) leben alle zu gut!“ Die Stadt Schwerin hat auch kein Geld. Angeblich, weil die Bürger zu wenig Steuern zahlen. In Wirklichkeit wird das Geld verjubelt. Eilfertig und unterwürfig erfüllt man jeden Befehl (Wunsch, versteht sich) der Unternehmer und Bankiers. Da träumt z. B. die Landesbank von einem neuen Palast. Aber die Stadtväter bieten kein genehmes Gelände an. Die Bankchefs bestehen auf einem Grundstück, das ausgerechnet von einer Straße durchquert wird. Die Straße muß weg. Die arme Stadt verlegt den öffentlichen Verkehrsweg, baut eine neue Kreuzung mit teurer Ampelanlage aus. Da sagt die Landesbank: War alles nur Spaß. Wir bauen nicht. Nun darf die Stadt Gras säen.

Ein anderes Beispiel: Ein Unternehmer will eine ultramoderne Kunststoffbrücke bauen. Import aus den USA, einmalig in Deutschland. Eifrig wird gesucht, wo eine solche Brücke hin soll. Die Stadtväter finden einen Standort – genau dort, wo sie niemand braucht. Denn 500 m weiter befindet sich ein Tunnel, der auch schon wenig genutzt wird. Eine Million Euro im Eimer, der Unternehmer lacht sich ins Fäustchen.

Weiter: Das erste, worin investiert wurde, war ein Einkaufsstempel, das Schloßparkcenter. Dazu mußte ein Bahnanschluß her, nicht etwa für die Warenanlieferung, nein, für die heranzukarrende Kundschaft. Also wird gleich daneben ein neuer Bahnhof gebaut mit dem klangvollen Namen „Schwerin Mitte“, der sein Geld kostet. Ist da schon mal einer ein- oder ausgestiegen? Zukünftig geht es aber um mehr: Schwerin hat mindestens 12 große und kleine Seen, einer immer schöner als der andere. Den Gestaltern der Gartenschau 2006 genügt das nicht. Sie wollen den Burgsee auf das Doppelte vergrößern, um in seiner Mitte vielleicht eine künstliche Insel anzulegen, gleich neben der idyllischen Schloßinsel. Ehrgeizig, wie die Stadtväter nun einmal sind, müssen die Schulden auf jeden Fall größer werden als bei der BUGA in Potsdam und bei der IGA in Rostock. Die Unternehmer lecken sich schon jetzt die Finger. Noch deutlicher wird deren Handschrift bei der Umgestaltung des Schweriner Güterbahnhofs in ein Gartenschauergelände, was sich zunächst sehr gut anhört. Aber das Hauptproblem ist der Anschluß dieses eingegentten Terrains an die Stadt. Es geht um Straßen, Brücken, Tunnel, Abriß usw. Aber daran können die einen verdienen, während die anderen Schulden machen. Jetzt will die Stadt das gut funktionierende Krankenhaus verkaufen. Ihre Oberen möchten uns einreden, daß ein „Investor“

Geld bringt. Dabei will er welches holen! Ist den Abgeordneten diese Konsequenz nicht klar? Wieso rechnet sich eine Klinik für Kapitalisten, aber nicht für die Stadt? So ein Hospital muß doch eine krisenfeste und profitsichere Kapitalanlage sein; Kranke gibt es immer, und das „Sozialsystem“ garantiert, daß gezahlt wird – vom Bürger. Die parlamentarischen Einwände der PDS und der magere Widerspruch ihrer Sozialministerin sind viel zu bieder. Ein Leser der Schweriner Volkszeitung schreibt dazu: „Schwerin braucht keine große Koalition der Diebe, sondern eine Kommunalpolitik im Sinne seiner Einwohner.“

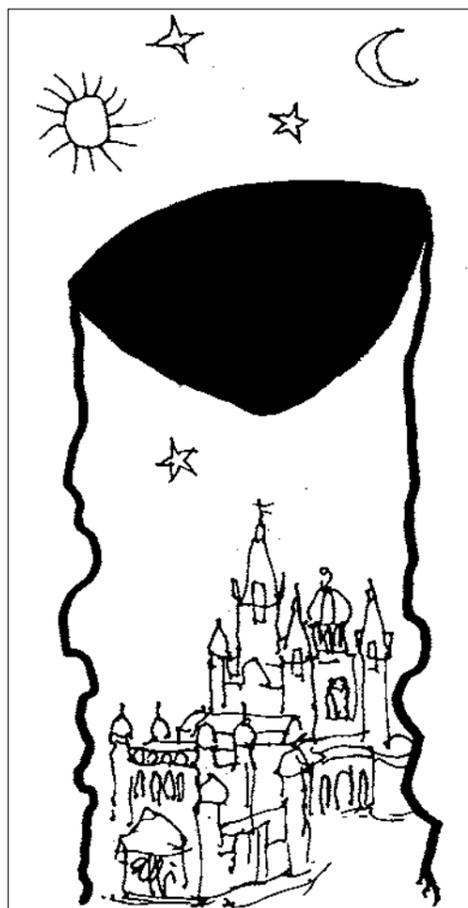
Wie es weitergehen soll, zeigt uns Stralsund. Dort will die Stadt sogar die Sparkasse verkaufen. Sind die Regierer von allein auf diese bevölkerungsfeindliche Idee verfallen? Natürlich nicht: Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Banken verkündet das „Aufbrechen“ der bestehenden Strukturen. In fünf Jahren werde es sowieso nur noch zwei bis drei Banken geben; es gehe um die Stärkung des Kreditgewerbes. Mit anderen Worten: um noch höheren Profit. Dazu brauchen die Banken selbst die Einlagen der Kleinsparer und die Girokonten der Bevölkerung. All das ist für ein kapitalistisches Land typisch. Genauer: Es charakterisiert das Wesen dieser Gesellschaft.

Nicht so charakteristisch (oder doch?) ist die Mitwirkung von PDS-Ministern und PDS-Parlamentariern bei diesem Umgang mit dem Geld des Volkes. Die PDS-Fraktionsvorsitzende im Schweriner Landtag, Angelika Gramkow, identifiziert sich damit: „Wir (!) kommen mit der geplanten Kreditaufnahme nicht aus. Uns (!) fehlen 225 Millionen Euro.“ Wer hat die Schulden gemacht? Die Bevölkerung, also wir? Nein, verehrte Fraktionschefin, die Regierung hat das Geld der Bevölkerung in den Schornstein gesteckt. Also, auf welcher Seite stehen Sie? Auf unserer oder auf der Position der volksverachtenden Regierung? Dabei erkennen Sie durchaus, „daß große Teile der Wirtschaft überhaupt keine Steuern mehr zahlen“. Wie kann man bei dieser Politik „mitregieren“ wollen? Oder gilt auch hier der Spruch: „Wes Brot ich eß, dess Lied ich sing“?

Noch deutlicher wird Helmut Holter, PDS-Minister für Bau und Arbeit. Er fordert vom Vermittlungsausschuß nichts anderes als „die Aufstockung des Etats zum Schuldenerlaß für gefährdete Unternehmen“ und schiebt dabei die Immobilienbesitzer vor, die angeblich 53 Millionen Euro Schulden aus DDR-Zeiten hätten.

Kein Wort davon, daß diese Wohnungen einmal dem Volke gehörten und auf seltsamen Wegen in Privathand gelangten. Das Geld für den Schuldenerlaß fordern die Unternehmer nicht etwa für Sanierungszwecke, sondern für den Abriß von Wohnungen. So steht es im Plan eines PDS-Ministers! Aber nicht genug, „die Wirtschaft“ bedankt sich für die Rückenbedeckung durch die PDS-Kabinettsmitglieder und besonders bei Angelika Gramkow persönlich, deren Mitwirkung bei der Finanzierung privater Unternehmen aus staatlichen Geldern unverzichtbar sei. Immer mehr PDS-Mitglieder und große Teile der Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns erkennen indes, daß man sich die Hände schmutzig macht, wenn man auf das Instrument einer kraftvollen, wirklich linken Opposition verzichtet und zu den Herrschenden ins Boot steigt.

Dr. Norbert Pauligk



Für Brillen ist kein Geld mehr drin –
heut ist 'ne Augenklappe in.
Ob links, ob rechts – das ist egal.
Der Durchblick fehlt in jedem Fall.

Grafik: Karlheinz Effenberger
Text: Gert Ullrich

Die BRD als stärkste Macht im Block von bald 450 Millionen Europäern

Wem dient die EU-Osterweiterung?

Wenn auch bei weitem nicht überall in Europa gebührend aufmerksam verfolgt und wenn, dann eher skeptisch und mit unterschiedlichen Befürchtungen, ja ernststen Vorbehalten bis zur absoluten Ablehnung aufgenommen, vollzieht sich die Erweiterung der Europäischen Union zu einer Art Staatenverbund mit einer Bevölkerung von derzeit 370 Mio. auf künftig (ab Mai 2004) 450 Mio. Menschen.

Die EU-Erweiterung ist nicht von der NATO-Erweiterung zu trennen, zumal die NATO bereits fast 700 km ostwärts an Rußlands Grenzen herangekommen ist und somit der EU vorangeht. Während die osteuropäischen Staaten für eine zügige Übernahme von NATO-Verpflichtungen als geeignet gehalten werden, kommt ein EU-Zutritt erst nach Bedienung marktwirtschaftlicher und rechtlich-administrativer Auflagen und „Hausaufgaben“ in Frage.

In einer Atmosphäre des politisch aufgeheizten Antikommunismus vollzieht sich der Prozeß der gezielten Einbindung der mittel- und osteuropäischen Staaten aus dem ehemaligen sowjetischen Einflußbereich, ein sozialökonomischer und politischer Revancheprozeß. Damit erfolgt eine Revision aller wesentlichen Ergebnisse des 2. Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung. Und dies unter Bedingungen des Festhaltens an der NATO-Doktrin des atomaren Erstschlags und der neuen US-Präventivkriegsstrategie (der die Vereinigten Staaten auch die EU unterordnen wollen), der Propagierung alter und neuer Feindbilder.

Bei einem militärischen Kräfteverhältnis NATO: Rußland von 6:1 sieht sich Moskau ebenfalls gezwungen, den Rüstungsetat zu erhöhen und neue Waffensysteme zu entwickeln. Unserem Planeten droht eine weitere Hochrüstungsspirale. Ob sich die EU als Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten profilieren kann, hängt von vielen Faktoren ab — darunter von der konkreten Zuspitzung zwischen imperialistischer Widersprüche, von der Zielsetzung einer gemeinsamen EU-Außen- und Sicherheitspolitik, vom Erstarken weiterer Machtzentren wie Rußland, China, Indien u. a. und nicht zuletzt von der Herausbildung einer weltweiten Allianz der Friedenskräfte.

Artikel 40 des EU-Verfassungsentwurfs schreibt bereits die Aufrüstung, die Militarisierung der EU vor. Eigene europäische Interventionsstreitkräfte sind im Aufbau. Es läßt sich somit feststellen: Die Teilung Europas ist nicht überwunden. Neue Spannungen und Spaltungen zeichnen sich zwischen dem „alten“ und einem „neuen“ Europa ab, den „EU-Kernstaaten“ und den anderen Mitgliedsländern sowie zwischen den EU-Mitgliedern und den übrigen Staaten des Kontinents. Angefangen mit dem Balkan gibt es in Europa bereits viele lodernde und potentielle Konflikt-herde. All das macht den Kampf gegen die

Militarisierung der sich erweiternden EU zu einer erstrangigen Aufgabe aller Friedensanhänger auch in Deutschland einig NATO-Land. Dies vor allem deshalb, da sich die BRD vom „Vorposten des Abendlandes“ in der NATO zu einer zentralen Macht im sogenannten Kerneuropa gewandelt hat. Deutschland ist nunmehr nicht nur ein ökonomischer Riese, sondern weitaus mehr als nur ein politischer und militärischer Zwerg. Auf die BRD entfallen bereits heute über 40 % aller EU-Exporte nach Mittel- und Osteuropa. Wenn auch die BRD ihre militärischen Muskeln bis nach Asien und dem Süden Afrikas spielen läßt, ist ihr sensibelster strategischer Faktor die enorme Rohstoff- und Absatzmarktabhängigkeit der deutschen Wirtschaft. Dies kann von anderen Machtzentren recht spürbar genutzt werden.

Nicht außer acht gelassen werden sollte, daß in 10 bis 15 Jahren die EU-Wirtschaft schwerlich ohne umfangreichere Energie-lieferungen u. a. aus Rußland wird auskommen können. Für seine unbegrenzte Exportorientierung setzt das deutsche Großkapital erneut auf eine stärkere militärische Komponente. Zugleich braucht es jedoch auch geeignete Partner und mehr Handlungsfreiheit gegenüber den USA.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Beitrittsländer wird seit über 10 Jahren von ihrer immer weiter voranschreitenden Integration in die EU, die auch der größte Investor dieser Länder ist, bestimmt. Unterschiedlich, unter Rückschlägen und problembeladen, vollzieht sich der Übergang in die kapitalistische Marktwirtschaft. Mit der Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik, im Außenhandel (der EU-Anteil liegt bei 60 bis 75 %) verbinden sich regionale Unterschiede und soziale Spannungen. Die Beitrittsländer sind stark verschuldet. Ihre Handelsbilanz ist negativ, insbesondere gegenüber Deutschland, das 2002 einen Außenhandelsüberschuß im EU-Gebiet von 5 Mrd. EURO aufzuweisen hatte. Die Neulinge importieren weitaus mehr Fertigprodukte aus Westeuropa, als sie Rohmaterialien und Teilprodukte dorthin exportieren. Viele Industriebereiche und Agrarbetriebe sind reduziert bzw. abgewickelt worden. Der von einer umfassenden Privatisierung geprägte Transformationsprozeß wird ohne gesicherte soziale Orientierung vollzogen. Bis 2001 war das Wirtschaftswachstum in den Beitrittsländern, außer in Bulgarien, Rumänien und z. T. in Tschechien, zwar höher als in den EU-Mitgliedsstaaten. Es sank die Inflationsrate. Gleichzeitig aber verringerte sich der Beschäftigungsgrad, nahm die Arbeitslosigkeit zu und wuchs das Haushaltsdefizit (am stärksten in Tschechien, Ungarn und in der Slowakei). Gegenwärtig sind 70 bis 80 % der Wirtschaft der Länder des Beitrittsgebiets privatisiert. Ganze Zweige gingen in ausländischen Besitz über. So sind z. B.

in Polen 95 % der Banken vor allem in deutscher oder britischer Hand. 25 % der 28000 größeren Auslandsunternehmen sind deutsche Firmen.

Das Jahr 2002 war generell durch eine sinkende Wachstumsrate gekennzeichnet, z. B. in Polen nur um 1,3 %, Tschechien verzeichnete außerdem eine zunehmende Exportschwäche. Für 2003/2004 prognostiziert das Deutsche Wirtschaftsinstitut eine höhere Wachstumsrate von 4 % (höher als in derzeitigen EU-Mitgliedsländern).

Zu den größten ökonomischen und sozialen Problemen gehören

■ Der enorme Abstand der Beitrittsländer zum sozialökonomischen Niveau der EU, die zu übersehende lange Dauer des Aufholprozesses bei einem starken, sich noch weiter vertiefenden West-Ost-Gefälle.

Bei den Kennziffern des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf (zu Kaufkraftparitäten) erreichten die Beitrittsländer im Jahr 2001 nur 30 % des EU-Durchschnitts (außer Slowenien, das bei 75 % liegt). Acht von ihnen sind durch Brüssel als „marktwirtschaftlich funktionierende Staaten“ eingestuft worden. Auch Bulgarien wurde erstmalig so charakterisiert, während man Rumänien „Fortschritte“ bescheinigte.

Industriell entwickelte Länder wie Tschechien, Ungarn und die Slowakei haben erst etwa die Hälfte des Beitrittsweges zurückgelegt. Im Unterschied zu diesen Staaten und Polen droht in anderen Ländern eher eine Vergrößerung des Abstandes. Das gilt insbesondere für die baltischen Länder, aber auch für Rumänien und Bulgarien (mit einem Pro-Kopf-Einkommen, das nur ein Viertel des EU-Niveaus beträgt).

Die Ausrichtung auf Westeuropa bringt somit keinen raschen Anstieg des Wohlstandes in den zehn Beitrittsländern. In Prognosen wird ihnen für das Erreichen des Pro-Kopf-BIPs auf einem Niveau zwischen 50 bis 80 % des heutigen EU-Standes eine Dauer von 35 Jahren vorausgesagt. Das wäre im Durchschnitt, da Polen dabei das größte Gewicht einbringt, ein Niveau von 60 %.

Die Westintegration führt somit ohne Zweifel auch zu einem voraussehbaren großen Vertrauensverlust. Ursachen sind dafür vor allem eine vorher unbekannte soziale Ungleichheit, die Ausweitung der Armut — über 30 % der Bevölkerung selbst in solchen Ländern wie Tschechien, Ungarn und Polen und 70 % der Menschen in Bulgarien leben unterhalb der Schwelle zu ihr. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit liegt in den Kandidatenländern bei 13 % (fast doppelt so hoch wie in der EU insgesamt). Der Anstieg der Arbeitsproduktivität ist überwiegend mit Massenentlassungen erreicht worden.

Bruno Mahlow

Der USA-Imperialismus hat unverhüllt seinen Anspruch auf die Weltherrschaft verkündet. Ein mörderischer Konkurrenzkampf um Märkte und Rohstoffreserven ist im Gange. Schon an der Schwelle zum 21. Jahrhundert warnten führende Experten, darunter in den USA selbst, daß spätestens 2015 andere Großmächte die USA in die Schranken fordern würden. Die jüngste Entwicklung — der forcierte Aufbau einer EU-Streitmacht und die verfassungswidrige Militarisierung in Japan — deutet eher auf einen kürzeren Zeitabschnitt hin.

Nach Einschätzung marxistischer Militärgeschichtler begann der 2. Weltkrieg mit der Intervention Hitlerdeutschlands und Mussolini-Italiens in Spanien 1936 und der Aggression Japans gegen China 1937. Die Frage ist berechtigt: Hat mit dem Überfall auf Jugoslawien und den Angriffen auf Afghanistan und Irak bereits der Dritte Weltkrieg begonnen? Auch wenn auf dem Balkan, am Horn von Afrika sowie im Raum Kabul noch eine Koalition imperialistischer Mächte, darunter die BRD, agiert und in Irak eine solche, obwohl mit Unterschieden zu Afghanistan, ebenfalls entsteht, zeigt sich hinter den Kulissen immer deutlicher die militärische Komponente künftiger Auseinandersetzungen. Die noch vorhandene Präsenz anderer imperialistischer Staaten an der Seite der USA in den angeführten Kriegsgebieten ist unter den Aspekten des dort Fußfassens und der Wahrnehmung eigener Interessen zu sehen. Neben der Sicherung von Einflußsphären geht es den Militärs, vor allem jenen der Bundeswehr, darum, Kriegserfahrungen zu sammeln, den Amerikanern in die Karten zu schauen und Wichtiges abzukupfern, um den militärischen Rückstand zu verringern. Bleiben wir bei der EU, und lassen wir die Tatsachen sprechen. Die Schaffung des Staatenbundes mit 450 Millionen Menschen und der Hälfte der Weltwirtschaftskapazität wird mit dem Ziel forciert, eine Militärallianz mit einer global intervenitionsfähigen Schnellen Eingreiftruppe zu formieren. Im EU-Verfassungsentwurf sind die militärischen Prioritäten nachzulesen. Im Rahmen einer gemeinsamen



Grafik: SHAHAR

USA-Weltherrschaftsbestrebungen stoßen auf erbitterte Konkurrenz

„Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ wird es für die Mitgliedsstaaten Verfassungspflicht, an der Aufrüstung und an militärischen Einsätzen überall auf dem Erdball teilzunehmen. Kriegshandlungen schließen das Eingreifen in Bürgerkriege ein, was nichts anderes bedeutet als die Niederschlagung nationaler und sozialer Befreiungsbewegungen. Die Entscheidung über Kriegseinsätze soll der Europäische Ministerrat fällen, das Parlament bleibt ausgeschlossen. Weitere Eckpunkte sind die Bildung eines „Amtes für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten“, die Konzipierung einer eigenen Sicherheitsdoktrin und die Errichtung eines EU-Hauptquartiers im belgischen Tervuren. Wie die USA verfolgen die EU-Staaten ihre Expansionsziele unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung.

Es handelt sich keineswegs um papierne Konzeptionen. Mit der Raumfahrttechnik an der Spitze laufen bereits gigantische Rüstungsvorhaben. Obwohl ihre Rolle als „Motor“ der wirtschaftlichen Entwicklung betont wird, geht es wie seit Beginn aller Weltraummissionen in der Hauptsache um deren militärische Nutzung, darunter um die elektronische Vernetzung aller Waffengattungen. Die Schaffung eines eigenen, von der durch die USA beherrschten NATO unabhängigen satellitengestützten Ortungs- und Navigationssystems ist das A und O für die Führung von weltweiten Militäreinsätzen. Bisher ist man hier auf das Global Positioning System (GPS) der USA (28 Satelliten rund um den Erdball) angewiesen. Nach der eigenen Träger Rakete Ariane, dem Militärtransporter Airbus und dem Kampfflugzeug Eurofighter soll sich nun auch das mit dem europäischen Satellitennavigationssystem Galileo und der globalen Umwelt- und Sicherheitsüberwachung (GMES) ändern. Denn, so das Handelsblatt, „wer da nicht mitspielt,

ist weg vom Fenster“, was hieße, sich dem Weltgendarmen USA unterzuordnen. Am Ende — 2008 sollen 30 Galileo-Satelliten kreisen — könnte die EU hier die USA überrunden haben. Denn das europäische Navigationssystem dürfte dann leistungsfähiger und dem amerikanischen um Jahre voraus sein. Die Schlüsselrolle in der EU-Weltraumrüstung nimmt der international zweitgrößte und in Europa größte Luft- und Raumfahrtkonzern EADS (24000 Beschäftigte) ein, der u. a. den Airbus produziert und an dem DaimlerChrysler mit 30 % beteiligt

ist. Im scharfen Konkurrenzkampf hat EADS den USA-Konzern Boeing bereits im zivilen Bereich überholt. Mit dem Start einer ersten Mars-Sonde erzielte die Europäische Raumfahrtorganisation (ESA) einen Teilerfolg. Daß ihr „Mars-Expreß“ vom kasachischen Baikonur aus mit einer Sojus-Trägerrakete startete, zeugt ein weiteres Mal von den EU-Bestrebungen, Rußland und andere GUS-Staaten in das eigene Konzept einzubeziehen, wobei sich auch die VR China — unter scharfem USA-Protest — mit 200 Millionen Euro an Galileo beteiligt. Im Kontrast zur Koalition mit den USA im Irak-Krieg will auch Großbritannien im EU-Raumfahrtprojekt eine „aktive Rolle spielen“, versicherte Blairs Forschungsminister Sainsbury.

Das Weltraumprojekt ist die Basis für Rüstungsanstrengungen in nahezu allen Bereichen zur Aufstellung einer global einsetzbaren Interventionsarmee, die in der Lage sein soll, einen Hightech-Krieg ohne große Verluste zu führen. Dabei ergreifen insbesondere die Bundesrepublik und Frankreich Maßnahmen, um Rüstungsunternehmen in EU- bzw. deutscher Hand zu behalten und Fusionen, Beteiligungen oder andere Kooperationen außerhalb des Kontinents zu verhindern. So blockiert die Bundesregierung beispielsweise den Verkauf des noch zu DaimlerChrysler gehörenden Flugzeugtriebwerkherstellers MTU an US-Investoren. Der Bundeskanzler schaltete sich höchstpersönlich ein, um den Verkauf der Kieler U-Boot-Schmiede (der Howaldtswerke) ins Ausland zu unterbinden. Nach Berliner Vorstellungen soll sie mit dem Stahlriesen ThyssenKrupp zusammen künftig U-Boote und Fregatten bauen und das Gerüst eines maritimen Bewaffnungsgiganten nach EADS-Vorbild verkörpern.

Treibende Kraft der EU-Militärallianz ist die BRD, die sich derzeit (noch) mit Frankreich (Achse Berlin-Paris) die Führungsrolle teilt. Doch machen wir uns nichts vor: Der deutsche Imperialismus, der in zwei großen Kriegen selbst um die Weltherrschaft gekämpft hat, ist nicht bereit, diese Rolle jetzt den USA auf Dauer zu überlassen. Er will zunächst den Platz an der Spitze der EU erobern. Dazu wirft er sein militärisches Potential in die Waagschale. Laut „Spiegel“ (49/03) plant SPD-Kriegsminister Struck über die derzeit bereits eingesetzten 9000 Mann hinaus vorerst 35 000 Soldaten „auch zu Kriegseinsätzen“ außerhalb der Landesgrenzen und für „große Operationen“ sogar 130 000 der 250 000 Bundeswehrangehörigen ständig bereitzustellen. Um ihren Führungsanspruch zu unterstreichen, entwickelt die BRD bereits einen eigenen rein militärischen Radar-Aufklärungssatelliten SAR-Lupe.

Dr. sc. Gerhard Feldbauer

Für die Freiheit des spanischen und des deutschen Volkes

Unvergessener Hans Kahle



**Hans Kahle,
1946 Chef der Landes-
polizei Mecklenburg**

Sohn Hans-Georg, am 22. April 1899 in Berlin-Charlottenburg geboren, soll Karriere machen. Der Vater, preußischer Staatsbeamter, bringt darum den Vierzehnjährigen an der Hauptkadettenanstalt in Lichterfelde unter. Hier wird die militärische Elite des deutschen Kaiserreiches herangezogen. Vater wie Ausbilder haben ihre helle Freude an dem Kadetten Hans Kahle, der fleißig seine Lektionen lernt, das Exerzierreglement paukt. Auch in der Feldausbildung ist er einer der Eifrigsten. Er will ein guter deutscher Offizier werden. 1917 kommt der Zeitpunkt, den Hans kaum erwarten kann. Er wird zum Fähnrich ernannt, wenig später zum Leutnant. Dann geht es an die Westfront. Im Juni 1918 kommt der Leutnant Kahle von einem Spähtruppunternehmen nicht zurück. Er und seine Männer sind in französische Gefangenschaft geraten. Damit ist der Krieg für ihn vorbei und vorläufig auch seine militärische Laufbahn. Als er im Frühjahr 1920 nach Berlin zurückkehrt, will er keine Uniform mehr anziehen. In der Gefangenschaft hat er Menschen getroffen, die ihm vieles erklärten über den Krieg, den Militarismus, den Kapitalismus, auch über den Sozialismus.

Doch der Vater gibt noch nicht auf. Sohn Hans soll sich nun eine „gutbürgerliche“ Existenz aufbauen. Er besucht die Handelshochschule, geht für sechs Jahre als Kaufmann nach Mexiko. Im täglichen Leben macht er dort seine praktischen Erfahrungen mit dem Kapitalismus, der Ausbeutung und dem Elend des Volkes. Schließlich kann er dieses Dasein nicht mehr ertragen. Er verläßt Amerika, wird in Berlin Journalist, sucht Verbindung zu Linken, zur Arbeiterbewegung. An der Marxistischen Arbeiterschule MASCH belegt er Kurse. 1928 wird der Leutnant a. D., Kaufmann und Journalist Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands. 1936 putschen faschistische Generale in Spanien gegen die Republik. Am 7. August appelliert das Zentralkomitee der KPD an die Genossen, dem Volk auf der Pyrenäen-Halbinsel als Soldaten zu helfen. Hans Kahle, seit dem Machtantritt der Hitlerfaschisten nach Frankreich emigriert

und dort Chefredakteur des Organs der Internationalen Roten Hilfe („Tribunal“), zögert keinen Augenblick. Zusammen mit 600 Antifaschisten aus Frankreich, Holland, Belgien, der Schweiz und Deutschland, von denen viele den faschistischen Terror in Zuchthäusern und Konzentrationslagern kennengelernt haben, läßt er sich als Freiwilliger für das republikanische Volksheer Spaniens registrieren und geht am 9. Oktober an Bord der „Ciudad de Barcelona“ auf die Reise nach Süden. Doch an einen Fronteinsatz ist vorerst nicht zu denken. Seine militärischen Kenntnisse und Erfahrungen braucht man in Albacete, dort, wo die Internationalen Brigaden formiert und ausgebildet werden. Anfang November bedrohen die Franco-Faschisten die Hauptstadt Madrid. Die XI. Internationale Brigade geht in den Kampf. Ihr erstes Bataillon „Etkar André“ wird von Major Hans Kahle befehligt. General Kleber, der Abschnittskommandeur, und Hans Beimler, der Beauftragte des ZK der KPD für die politische Arbeit unter den deutschen Interbrigadisten, ernennen Hans Kahle wegen seines militärischen Könnens und der persönlichen Tapferkeit schon Ende des Monats zum Kommandeur der XI. Brigade. Als Stabschef stellen sie ihm einen Genossen zur Seite, mit dem er bereits in Berlin Parteiarbeit geleistet hat: den Schriftsteller Ludwig Renn, ehemals Arnold Friedrich Vieth von Golßenau und wie Hans Kahle Offizier der kaiserlich-deutschen Armee. Kommissar der Brigade wird der italienische Sozialist Di Vittorio Nicoletti. Unter ihrer Führung verteidigt die Brigade zusammen mit spanischen Volksarmisten und weiteren Interbrigadisten heldenhaft Madrid. In einem Tagesbefehl des Verteidigungsrates der Spanischen Republik heißt es schließlich: „Die XI. Brigade hat in der sechszigtägigen Schlacht vor Madrid Ruhm und Ehre an ihre Fahnen geheftet.“ Ähnlich tapfer schlägt sich die Brigade an der Jarama-Front und bei Guadalajara. Schließlich überträgt man dem zum Teniente Colonel (Oberstleutnant) ernannten Hans Kahle das Kommando über die 45. Division der spanischen Volksarmee.

Dank der sogenannten Nichteinmischungspolitik der kapitalistischen Westmächte gelingt es den vereinigten spanischen, deutschen und italienischen Faschisten, die Republik zu besiegen. Die Kämpfer der Internationalen Brigaden werden in französischen und englischen Konzentrationslagern interniert, eine große Zahl liefert man an Nazideutschland aus. Hans Kahle und viele seiner Genossen werden nach Kanada deportiert, dort wie Verbrecher behandelt. Im Spätsommer 1940 trifft ein Brief im Lager ein: „Lieber Hans, es tut mir schrecklich leid zu hören, daß Du in einem Internierungslager bist. Wissen denn die Kanadier nicht, daß Du einer der wertvollsten lebenden Kämpfer gegen den Faschismus bist ...? Ich jedenfalls weiß es und werde alles tun, damit die höchsten Stellen es zu wissen bekommen ... Ernest Hemingway, Sun Valley, Idaho.“ Und in seinem weltberühmten Roman „Wem die Stunde schlägt“ schreibt Hemingway: „Hans war ein guter Soldat und ein guter Kamerad.“ Die Proteste des Schriftstellers und anderer Persönlichkeiten bahnen Hans Kahle den Weg in die Freiheit, vorerst nach London. Dort schreibt er für den kommunistischen „Daily Worker“, beschafft der Kundschafteurin Ruth Werner nützliche Informationen, gehört zu den Gründungsmitgliedern der „Freien Deutschen Bewegung in Großbritannien“.

Mit dem Sieg der Roten Armee über den Hitlerfaschismus wird auch in Mecklenburg der Weg geöffnet, um die politische und ökonomische Macht der Junker zu brechen. In diesem Lande gibt es rund 2200 Großgrundbesitzer, so die Grafen von Schwerin, die Erblandmarschälle von Hahn, die Freiherrn von der Kettenburg, den Bankmagnaten von Stauß, den SS-Obergruppenführer und General von der Schulenburg und andere, die über Jahrhunderte hinweg Bauern und Landarbeiter ausgebeutet, drangsaliert und ihnen Grund und Boden geraubt haben. Sie besitzen 62 Prozent der Äcker, Wiesen, Wälder und Seen. Weitere 29 Prozent gehören 11 000 Großbauern, während für 2 Millionen Pächter, Klein- und Mittelbauern gerade einmal 9 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche übrigbleiben. Die demokratische Bodenreform setzt dieser sozialen Ungerechtigkeit ein Ende, aber heimliche und offene Feinde der antifaschistischen Ordnung wollen mit Sabotage, Terror und Mord die Entwicklung aufhalten. Die junge Volkspolizei muß die neue Ordnung schützen. Ihr Chef im Land Mecklenburg-Vorpommern ist der entschlossene und tatkräftige Hans Kahle. Allerdings kann er diese Aufgabe nur wenige Monate erfüllen. Am 1. September 1947 stirbt der Mann, der als Offizier der spanischen und der deutschen Arbeiterklasse gedient hat.

Günter Freyer

Sie ehrten Wilhelm Pieck, indem sie sich nützten

Über Freiwilligkeit im Sozialismus

In Blankenburg am Harz gab es eine Herberge für wandernde Handwerksgesellen. In der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, als die Sozialdemokratie noch auf der Fortschrittseite stand, waren es vornehmlich Sozis wie August Bebel oder auch Wilhelm Pieck, die auf ihrer Wanderschaft hier weilten. Wilhelm hielt sich unverhältnismäßig lange in Blankenburg auf, nicht wegen der kleinstädtischen Liebeshwürdigkeit, sondern weil er wegen eines hübschen Harzer Köhlerliesels hängengeblieben war. In der DDR wurde diese Herberge als Wilhelm-Pieck-Gedenkstätte gestaltet. Die damaligen Honoratioren der Stadt waren stolz auf die progressive Sozi-Tradition, aber nach der Konterrevolution von 1989/90 empfanden es plötzlich die nach oben gespülten „Demokraten“ als einen Schandfleck, mit dem man nicht umzugehen wußte. So vertraute man die Einrichtung einer ehemaligen DDR-Geschichtslehrerin an und wartete ab. Inzwischen ist aus der Gedenkstätte ein Herbergsmuseum für die Handwerker-Wanderbewegung worden. Das große Wilhelm-Pieck-Bildnis, ich glaube es wurde von dem Magdeburger Maler Roßdeutscher geschaffen, deponierte man vorsorglich in einer Kammer. Ich empfand es als schändlich, wie die Wendehälsa plötzlich mit den besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung umsprangen! Daher bewarb ich mich schriftlich darum, das Bild kaufen zu dürfen, erhielt aber zur Antwort, die Leitung gedenke, es wieder angemessen zu präsentieren.

Als ich zu DDR-Zeiten mit meinen Enkeln das anheimelnde Herbergsmuseum voller Interesse, ja sogar mit Begeisterung besichtigte, schleppte die Leiterin einen schweren und riesigen Folianten herbei. Mit kunstvollen Lettern stellte sich das Ehrenbuch als Bericht des 1956 initiierten Wilhelm-Pieck-Aufgebots des Bezirks Magdeburg vor. Wir lasen darin von unzähligen Verpflichtungen, Aktivitäten des Nationalen Aufbauwerks und anderen sozial-politischen Leistungen, die realisiert worden waren, um Wilhelm Pieck zu ehren.

Im Hinterkopf dachte ich mir, wenn heute ein BRD-Präsident geehrt (nicht zu verwechseln mit: verehrt) würde, bekäme dieser höchstwahrscheinlich das goldene Bundesverdienstkreuz mit Eichenlaub und Schwertern, 100 000 DM (jetzt in Euro) aus Steuergeldern oder eine Audienz in Rom und Washington.

Hier aber staunten wir Bauklötzer, wie die Menschen aus dem Magdeburgischen ihres 80jährigen Staatsoberhaupts gedachten, indem sie zum eigenen Nutzen handelten und das Land wieder aufbauten. Gemeldet wurden u. a. die Fertigstellung des Feierabendheimes in Henninggen, der Kinderkrippe in Tangermünde, des Sportstadions in Haldensleben, des Sportheimbaus in Schönebeck, des Forstlehrlingswohnheims in Lohburg, der Reichs-

bahnhaltestelle in Staßfurt, des dortigen Thälmannendenkmals in Staßfurt, etlicher Wohnungen in Zerbst, der Rekonstruktion der St.-Trinitatis-Kirche in dieser Stadt, eines Landkaufhauses in Zernitz, des Bootshauses und einer Stadtgärtnerei in Genthin, von Freilichtbühnen in Oschersleben und Osterburg, des Volksparks und des Rosengartens in Gardelegen, der Magdeburger Pioniereisenbahn, von 4 Doppelhäusern für 8 Familien in Gardelegen, des Tiergartens Stendal, des Volksparks und der Freilichtbühne Wanzleben, des Schwimmbads in Klein Wanzleben, des Straßenbaus in Gommern, des Ernst-Grube-Stadions Magdeburg, des Musikpavillons in Wernigerode, der Parkbühne und des Heimatmuseums Ilsenburg, der Arbeiten zur Beseitigung der Hochwasserschäden in Halberstadt, von 6 Wohnungen und einem Tanzlokal ebendort.

Berichtet wurde von Sachleistungen, Aufbaustunden, Schrott-, Buntmetall- und Altpapiersammlungen, von Millionen Dachziegeln über den Plan und Geldspenden zur Linderung der Folgen des USA-Krieges gegen Korea. Es handelte sich ausnahmslos um zusätzliche, im Nationalen Aufbauwerk vollbrachte Leistungen, welche in diesem Geschenkbuch an Wilhelm Pieck nicht ohne Stolz aufgelistet wurden. Die Feinde der DDR pflegten zu sagen: „... weil die SED-Kreisleitung es befahl!“

Wilhelm Pieck starb 1961. Ich erfuhr von der Aufmachung der Bildzeitung. Selbst

bei Springer mußten sie schreiben: „Wilhelm Pieck – die Dampflokomotive der Revolution – ist tot.“

Jawohl, der erste Präsident der DDR war wirklich eine Kraftmaschine unserer Klasse!

Inzwischen haben wir doch ganz andere Staatsoberhäupter kennengelernt. Bundespräsident Herzog forderte: Ein Ruck möge durch dieses morbide Land gehen und meinte natürlich einen Ruck nach rechts. Die Bourgeois merken selbst: Es fehlt ihnen an Schwung! Heute würde es nicht einmal den Gesundheitsbetern im Traum einfallen, zu Ehren der „Marktwirtschaft“ und ihrer Apostel eine freiwillige, unbezahlte Dienst- oder Arbeitsleistung zu vollbringen. Würde jemand zu Ehren von Bundespräsident Rau oder Alt-Präsident Herzog einen Volkspark anlegen?

Die vielen anständig Gebliebenen in diesem Land aber werden sich gerne erinnern, daß wir nach der Arbeit, nach dem Dienst oder nach der Vorlesung noch so manche Stunde Aufbauarbeit oder einen Subbotnik dranhängten. Taten wir es wegen der Karriere, wegen Arbeitsplatzsicherung? Man könnte laut loslachen! Sicher, es gab auch Postenjäger und Karrieristen. Doch die Masse tat es für das Allgemeinwohl. Die Ehrung Wilhelm Piecks 1956 war ein beredtes Beispiel. Und was das Heute betrifft: Mein Gott, wo sind wir bloß hingekommen!

Hans Morgenstern, Dresden

Richtige Signale

Die auch als Wahlkongreß fungierende DKP-Bundesmitgliederversammlung hat am 10. Januar 2004 wichtige Beschlüsse gefaßt, die in die richtige Richtung deuten.

In der Hauptfrage wurde die Eigenkandidatur der Partei zum Europaparlament auf der Grundlage eines bestätigten Wahlprogramms beschlossen. Diese Entscheidung war eine Absage an die Vorstellungen jener in der DKP-Führung, die sich bis zuletzt für ein Zusammengehen mit der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL) engagiert hatten. In ihr geben u. a. diffuse trotzkistische Parteien und Gruppen den Ton an.

Außerdem wurde entgegen den ursprünglichen Absichten des DKP-Sekretariats jetzt die Auffassung vertreten, den anstehenden 17. Parteitag für eine Programmdebatte und zur Beschlußfassung über das strategische Hauptdokument der DKP um einen dritten Tag zu verlängern. Nach den intensiven Bemühungen einiger Parteiführer, auf dem nächsten DKP-Kongreß noch keine programmatische Entscheidung zu treffen, könnte der jetzt eingenommene Standpunkt den Weg für eine akzeptable Lösung öffnen.

Die Diskussionsreden von Hans-Heinz Holz, Patrik Köbele und anderen Befürwortern einer straffen, von marxistisch-leninistischen Positionen bestimmten Programmarbeit waren durch die Teilnehmer mit großer Zustimmung aufgenommen worden.

Positiv ist auch die von einigen Funktionären bedauerte Nichtbeteiligung der DKP am Projekt der Europäischen Linken (EL), zu dem sie aufgrund einer Intervention der dort mit federführenden PDS nicht eingeladen wurde.

Konrad Strehl

Vollbeschäftigung wäre möglich und nötig

Ein alternatives Konzept

Natürlich kenne ich die Theorie von der Notwendigkeit einer industriellen Reservearmee im Kapitalismus. Ich weiß auch, daß durch die bestehenden Eigentumsverhältnisse im Zusammenhang mit grenzenlosem Profitstreben sowie der Verfüllung von Wirtschaft und Politik kein Interesse an der Befriedigung echter Bedürfnisse der Bevölkerung besteht, z. B. daran, daß sich jeder Erwachsene durch sinnvolle Arbeit sein Geld zum Lebensunterhalt selbst verdienen kann. Dennoch halte ich die Vision der Vollbeschäftigung als Ausgangspunkt der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik einer marxistisch (damit sozialistisch) orientierten Partei auch heute schon aus mehreren Gründen für unabdingbar.

Erstens glaube ich, daß Menschen nur mit einem überzeugenden Konzept, in dem die Masse der Bevölkerung ihre Interessen (zur Existenzsicherung) wiederfindet, überhaupt zu bewegen sind, sich gegen den sozialen Abbau zu wehren und sich vielleicht zu organisieren.

Zweitens wird anhand der Widersprüche zwischen diesem Konzept und der Realität ein Stück politische Bildung vermittelt: Es zeigt sich nämlich, daß der Kapitalismus am Ende seines Lateins ist, wenn es um die Lösung existentieller Probleme geht, und daß eine Vergesellschaftung der entscheidenden Produktionsmittel historisch herangereift ist.

Drittens handelt es sich dabei um einen komplizierten Prozeß, der bereits vor dem Übergang zum Sozialismus gedanklich gut vorzubereiten ist, damit die nächste „Wende“ nicht im Chaos endet. Das Konzept einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel muß mit einem durchdachten System der Sicherung der Macht und der Entwicklung von Demokratie verbunden werden. Denn nicht nur volkswirtschaftliche Fehlentscheidungen haben im Sozialismus die Entwicklung der Arbeitsproduktivität gehemmt, sondern auch der teilweise Abbau von Demokratie innerhalb der Betriebe und im Staat trugen dazu bei, daß sich subjektive Irrtümer in großem Ausmaß durchsetzen konnten und die Macht wieder abgegeben werden mußte.

Wirtschaftlich gesehen wäre Vollbeschäftigung in den Industrieländern auch heute möglich. Vom Standpunkt der erreichten Arbeitsproduktivität, der Menge und Differenziertheit der jährlich hergestellten Waren, insbesondere auch der Konsumgüter, könnten wir alle nicht nur gut leben, sondern vermutlich noch ein paar Entwicklungsländer mitversorgen. Es gibt ein Überangebot an Konsumgütern nicht nur im Verhältnis zu der von den Kapitalisten angestrebten Profitrate, sondern auch über die sinnvolle Konsumtion hinaus. Ihm steht eine sehr differenzierte industrielle Reservearmee gegenüber: Da sind einmal die aus dem Arbeitsprozeß völlig

Ausgliederten, ein paar Millionen Erwerbslose, die von Arbeitslosengeld, -hilfe oder Sozialhilfe leben oder nicht mal die staatlich verordneten „Level“ liegt. Dann gibt es jene, die sich mit ABM, SAM und Weiterbildungen zeitweilig über die Runden retten und dann finanziell etwas besser dastehen als die ganz Ausgesonderten. Sie zählen in der Arbeitslosenstatistik nicht mit. Solche werden gerade immer mehr eingespart, um die Personalvermittlungsagenturen zu finanzieren, die kaum jemanden unterbringen können; doch die bei ihnen gemeldeten Arbeitslosen fallen ebenfalls aus der Statistik heraus. Dann kommen die in eine nicht funktionierende Selbständigkeit Gedrängten, die sich mit einer von Beginn an zum Scheitern verurteilten Ich-AG herumquälen und sich oft nicht mal Einzahlungen in die Rentenkassen leisten können. Die Arbeitslosigkeit drückt die Einkommen der noch Beschäftigten und erhöht so die Profite der Produktionsunternehmen und Handelsketten, indem man Tarife aushebelt (mit Hilfe der Gewerkschaften), bestehende Löhne senkt, die Arbeitsintensität bis zur Grenze der physischen Erschöpfung steigert und den Arbeitstag durch Überstunden verlängert. Familien, Rentnern, Alleinstehenden, allen Bevölkerungskreisen greift man in die Taschen durch Nullrunden, „Eigenverantwortung“ bei Gesundheit, Eingriffe in die Sparguthaben kleiner Leute usw. Immer mehr Menschen leben bereits am Rande des Existenzminimums oder gar darunter.

Für die massenhafte „Freisetzung“ von Arbeitskräften aus dem produktiven Bereich gibt es objektive Gründe, die u. a. in der wissenschaftlich-technischen Entwicklung zu sehen sind, in steigender Arbeitsproduktivität, in der wachsenden organischen Zusammensetzung des Kapitals. Immer weniger Arbeitskräfte können im gleichen Zeitraum immer mehr Waren produzieren. Für die Aussonderung von Menschen aus der Gesellschaft bzw. aus der Volkswirtschaft überhaupt gibt es im Kapitalismus nur einen Grund: Sie sind nicht brauchbar für den Verwertungsprozeß des Kapitals. Dieser Ausschluß liegt also einzig und allein in der kapitalistischen Produktionsweise begründet.

Dadurch erfolgt kein adäquater Einsatz in den Bereichen der Volkswirtschaft, die für die gesamte Gesellschaft notwendig sind, aber nicht direkt oder sofort Profit abwerfen. Denn dem Überangebot von Waren auf der einen Seite stehen andererseits massenhaft alte und neue Bedürfnisse der Menschen gegenüber, die nur mangelhaft oder gar nicht befriedigt werden. Da sehe ich zunächst die Umwälzung oder Umgestaltung der technischen Basis in Industrie und Landwirtschaft zu einer umweltgerechten, zukunftsorientierten und

gleichzeitig humanen Grundlage der Produktion, die Erzeugnisse mit ebensolchen Kriterien herstellen. Ich denke z. B. an die breitere Nutzung alternativer Energien, von Erdwärme, Solarenergie statt Kohle und Erdöl, nachwachsende Rohstoffe statt Ausbeutung von Bodenschätzen, Rapsöl statt Benzin usw. Da gibt es ja technologisch schon Vieles, aber es wird nicht kostengünstig und ausreichend produziert und angewandt. Die Gesellschaft braucht doch nicht die Verfeinerung der 1000 Autotypen, sondern einen Umschwung in deren Wirkungsweise. Die Strukturwandlung der technologischen Basis ist eine riesige Aufgabe, die Arbeitskräfte aller Art und vieler Qualifikationen benötigt.

Eine gute Allgemeinbildung und Berufsausbildung ist heute nur für eine Elite zu haben, der „Rest“ muß sich mit unzureichender Schul- und Berufsqualifikation, miesen Bedingungen an Universitäten, einem Bildungsniveau auf der Ebene der BILD-Zeitung oder gewisser Frauenzeitschriften zufriedengeben. Das Wort Kultur könnte man glatt aus dem Lexikon herausnehmen. Im Bereich der bildenden Kunst wird nur noch Dekadenz öffentlich gefördert, bei Film und Fernsehen dominieren Inhaltsleere und „Spaß“. Man schließt Theaterensembles, entläßt aus den noch bestehenden alljährlich Künstler und technische Angestellte ohne Sinn und Verstand, macht kulturelle Einrichtungen dicht, knapst überall Geld ab, wo vielleicht niveauvolle Filme oder Zeitungen entstehen könnten, wickelt intelligente Rundfunk- und Fernsehprogramme ab usw. Wir haben Ärztemangel, vor allem auf dem Lande im Osten, Krankenhausbetten werden abgebaut, prophylaktische Untersuchungen eingespart, Sorge um alte Menschen wird reduziert und unbezahlbar gemacht, psychologische Betreuung eingeschränkt. Ich will damit sagen, daß wir einen großen Arbeitskräftebedarf haben, wenn wir die realen Bedürfnisse der Gesellschaft und der Menschheit zugrunde legen. Keineswegs geht der Gesellschaft die Arbeit aus. In kapitalistischen Ländern sind massenhaft Leute an stumpfsinnige und unnütze Tätigkeiten gefesselt. Ich denke an den riesigen Personalaufwand von Arbeitsämtern, Sozialämtern, Finanzämtern, Steuerbüros, Anwaltsbüros, Krankenkassen, Auffanggesellschaften, Trägergesellschaften, Versicherungsunternehmen, Kontrollorganen der Ämter usw.

Die Arbeitslosigkeit der einen und die Beschäftigung der anderen sind auf dieselbe Wurzel zurückzuführen: das kapitalistische System.

Martina Dost

Unsere Autorin ist freiberufliche Malerin in Görlsdorf. Sie arbeitete bis 1990 als Wirtschaftsredakteurin bei Radio DDR.

Über Leute, die im Osten etwas wurden und sich dann im Westen verkauften

Treubruch

Während meines Studiums an der Ingenieurschule für Chemie in Köthen nahmen wir unser Mittagessen in einer kleinen Gaststätte ein. Einen Tag gab es Kartoffeln mit Soße und Sauerkraut, am nächsten Sauerkraut mit Soße und Kartoffeln. Fleisch war für uns ein Fremdwort. Eines Tages beschwerte sich ein Student über diese Speisenfolge. Man war erstaunt. Der Beschwerdeführer erfuhr, daß der Gastwirt erhebliche Fleischezuteilungen für uns erhielt. Als wir empört zum Lokal zogen, um den „sauberen“ Herrn, der das Fleisch verschob, zur Rede zu stellen, hatte dieser in Richtung Westen das Weite gesucht. Wie wir später hörten, wurde er dort als politischer Flüchtling anerkannt. Als Student besserte ich alljährlich während der Semesterferien meine Finanzen als Produktionsarbeiter in Leunas Caprolactam-Fabrik auf. Irgendwann bekam ich mit, daß die Kollegen eine völlig sinnlose Arbeit ausführten. Sie brachten nicht mehr gebrauchsfähiges Caprolactam, das in Papiersäcken lagerte, wieder in den Produktionsprozeß zurück. Sie berichteten mir, daß der Plan höher als der Absatz sei. Das war kompletter Unsinn, denn in den Textilgeschäften gab es viel zu wenig Dederon-Strümpfe u. a. Die Stimmung unter der Bevölkerung und besonders bei den Frauen war entsprechend. Ich fragte die Arbeiter, warum sie nichts dagegen unternähmen. „Wo lebst Du denn?“, sagte einer. (Und das etwa 1952 im SAG-Betrieb Leunawerke!) Nach diesem Gespräch besuchte ich einen Freund, der Mitarbeiter des MfS war. Ich erzählte ihm die Geschichte und machte ihm Vorwürfe, weil die Sicherheitsorgane von der Sache nichts wüßten. Im darauffolgenden Jahr erfuhr ich während der Semesterferien im gleichen Betrieb, daß die Produktion mit dem Absatz kaum noch Schritt halten könne. Zugleich berichtete man mir, daß sich der Technische Direktor der Leuna-Werke, Dr.-Ing. Wirth, der zuvor Leiter Technik der Organischen Abteilung gewesen war, zu der auch die Caprolactam-Fabrik gehörte, in den Westen abgesetzt habe.

Es muß etwa 1958 gewesen sein: Ich war in der Versuchsgruppe Salz der Leuna-Werke als junger Ingenieur-Chemiker beschäftigt. Meine Tätigkeit war sehr interessant und machte mir großen Spaß. Dem ent-

sprach auch meine Einsatzbereitschaft. Im Labor hatte ich Produkte, die in Patenten vorgegeben waren, herzustellen. Dabei konnte ich Erfolge erzielen, die meinen Chef Dr. Reinhold Frick bewogen, mich im Technikum arbeiten zu lassen. Hier führte ich Versuche zur Herstellung von Melamin, Dimethylharnstoff u. a. durch. Auch dabei war ich erfolgreich. Eines Tages bot mir Dr. Frick an, mir ein Empfehlungsschreiben für einen Großbetrieb in Westdeutschland auszustellen. Ich lehnte dieses Angebot ab. Es waren nicht politische, sondern moralische Gründe, die mich dazu bewogen. Ich hatte dem Leuna-Werk sehr viel zu verdanken. Kurze Zeit darauf war Dr. Frick in den „Westen“ abgehauen. Er hatte in mir einen Produktions-Butler gesehen, den er für seine Tätigkeit im kapitalistischen Betrieb brauchen konnte. (Jahre später fand ich Briefe von ihm, die er an die Leuna-Werkleitung geschrieben hatte; zwischen den Zeilen war erkennbar, daß er die Harnstoff-Produktion (ein wichtiges Produkt für Landwirtschaft und Industrie) bewußt gebremst hatte. Ihm war schließlich der Boden zu heiß geworden.

So wie er machten es auch andere. Unter ihnen befand sich Dr. Scheffler, der plötzlich unter Mitnahme seines Laboranten, mit dem er Forschung auf dem Caprolactam-Sektor betrieben hatte (er stellte ein Vorprodukt für die Textil-, Elektro- und Konsumgüterindustrie her), abhandeln kam. Offensichtlich hatte er die in den Leuna-Werken erarbeiteten Forschungsergebnisse in den Westen mitgenommen. Vieles spielte sich allerdings auch auf niedrigerer Stufenleiter ab: Bäuerinnen aus der DDR fuhren mit Eiern, Speck und anderen Kostbarkeiten jener Jahre nach Westberlin, um sie dort für DM zu verkaufen. Im Buna-Werk Schkopau wurde Quecksilber gestohlen und ein westliche Fehler veräußert. Man verwendete Kupfer und Messing, nicht etwa nur „Abfall“. Die Diebe waren oft derart kriminell, daß sie komplette Elektro-Installationen demontierten und im Westen für DM an den Mann brachten.

Etwa 1960 wohnte ich mit meiner Familie in Halle. Eines Tages hatte unsere Tochter starke Schmerzen. Wir suchten mit ihr eine Kinderärztin auf, die sie versorgte und uns zur Nachbehandlung (zwei Tage

später) bestellte. Als wir pünktlich in der Praxis erscheinen wollten, standen wir vor verschlossener Tür. Frau Doktor war stiftend gegangen. Etwa Mitte der 50er Jahre erfuhr ich, daß in dem Dorf, in dem meine Eltern wohnten, ein Fräulein Budenberg nach dem Westen gegangen sei. Das war eigentlich nichts Weltbewegendes. Allerdings: Sie hatte als Verkäuferin in einem HO-Geschäft für Luxusartikel gearbeitet und war mit einem prall gefüllten Koffer voll seltener Ware verschwunden. Auch diese „Dame“ wurde als politischer Flüchtling anerkannt. Ich könnte noch viele derartige Begebenheiten erzählen.

Große Empörung herrschte unter der Bevölkerung über die Situation in Berlin, darüber, daß viele Ostberliner im Westteil der Stadt arbeiteten und ihren Lohn, den sie dort in DM erhielten, im Verhältnis 1:3 bzw. 1:4 in Mark der DDR umtauschten, um anschließend in vollen Zügen die sozialen Errungenschaften des Arbeiter- und Bauern-Staates zu genießen. Mit dem 13. August 1961 war dieser Spuk endlich vorbei. Überall in der DDR herrschte Erleichterung, die Zustimmung überwog. Nun lautete die Devise: Die Ärmel hochgekrempelt und den verursachten Schaden beseitigen! Das war übrigens der Zeitpunkt, zu dem ich mit vielen weiteren Leuna-Beschäftigten den Antrag stellte, Kandidat der SED zu werden.

Doch das Kapitel Sabotage, Diversion und Spionage war noch nicht abgeschlossen. Die Mitarbeiter des MfS hatten allerdings inzwischen das „Laufen“ gelernt und Erfahrungen gesammelt. Etwa 1962/63 wurde im Leuna-Werk Dipl.-Ing. Strümpel als Spion verhaftet und zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Infolge guter Führung wurde er vorzeitig aus der Haft entlassen. Er bekam sofort wieder Arbeit als Dipl.-Ing. angeboten, und zwar in einem ähnlichen Kombinat wie Leuna. Wie ich von Bekannten im Jahr 2003 erfuhr, sieht er seine Bestrafung als gerecht an. In der Haft sei er nicht schlecht behandelt worden; seine Familie habe während dieser Zeit keinerlei Nachteile erlitten; seine Kinder konnten ohne Einschränkungen ihren Bildungsweg fortsetzen.

Wegen des gleichen Delikts wurde auch der Chef der Energiewirtschaft der Leuna-Werke, ein gewisser Kreuzmann, verhaftet. Auch er erhielt mehrere Jahre Freiheitsentzug. Seine Familie verließ bald darauf die DDR. Er selbst wurde später durch die BRD „freigekauft“ – eine Verfahrensweise, die von vielen Menschen in der DDR als unmoralisch betrachtet und mißbilligt wurde.

Abschließend möchte ich Lutz Jahoda zu Wort kommen lassen, der am 8. 9. 2001 in der Mitteldeutschen Zeitung feststellte: „Viele holten sich ihre Berühmtheit im Osten und gingen dann einfach in den Westen.“ **Karl Landskron**

Am 21. Februar 2004 findet in Strausberg, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, um 10.00 Uhr eine Veranstaltung der RF-Regionalgruppe statt.

Prof. Dr. Walter Schmidt spricht über das Thema

Karl Marx und die Entstehung des Manifests – seine Bedeutung heute

Alle Mitglieder, Leser und Interessenten aus Strausberg und Umgebung sind herzlich eingeladen.

Eine zentrifugale Kraft

Unter den vermeintlichen und tatsächlichen Ursachen für den Sieg der Konterrevolution in Ost- und Südosteuropa wird man vergeblich die Wirkungen des bürgerlichen Nationalismus suchen, der sich als eine zentrifugale Kraft erwies. Allein bei der Zerschlagung der UdSSR und Jugoslawiens mißt man ihm große Bedeutung zu. Dabei spielte der Nationalismus in Osteuropa historisch eine bedeutendere Rolle als im Westen des Kontinents. Mit Ausnahme der DDR und der UdSSR handelte es sich um Länder, die ihre staatliche Unabhängigkeit erst Ende des 19. (Bulgarien, Serbien, Rumänien) oder im ersten Fünftel des 20. Jahrhunderts (Polen, Tschechoslowakei, Ungarn) erlangten. Die sich etablierenden Staaten der Bourgeoisie konnten sich in ihrer kurzen Existenz auf einen aus der nationalen Befreiungsbewegung resultierenden Konsens stützen. Den zumeist kleinen kommunistischen Parteien war es nicht möglich, die vor allem bäuerliche Bevölkerungsmehrheit, große Teile der Intelligenz und des städtischen Kleinbürgertums dem Einfluß des zur Staatsdoktrin erhobenen bürgerlichen Nationalismus zu entziehen. Einzig unter dem zahlenmäßig schwachen Proletariat konnten in der Zwischenkriegszeit Klassenbewußtsein vertieft und internationalistische Haltungen erzeugt werden.

Den herrschenden Klassen gelang es in dieser Periode immer wieder, die Brisanz sozialer Konflikte auf nationale Minderheiten und „feindliche“ Nachbarstaaten abzuleiten. Anlässe boten sich mehr als genug: Jedes Land besaß solche Minderheiten, der Grenzverlauf entsprach in der Regel nicht den ethnischen Verhältnissen, was Feindseligkeiten zwischen den Staaten fast automatisch zur Folge hatte: Polen mit der CSR, der SU, Litauen und Deutschland; die CSR mit Polen und Ungarn; Bulgarien mit Jugoslawien; Ungarn mit der CSR, Rumänien und Jugoslawien; Rumänien mit allen seinen Nachbarn außer Jugoslawien. Nationale Minderheiten diskriminierte man. Sie setzten sich dagegen zur Wehr und wurden so auch zu Spielbällen deutscher und anderer westlicher Interessen. In unterschiedlichem Maße waren die brutalsten Formen des Antisemitismus sowie der Benachteiligung von Sinti und Roma verbreitet. Es herrschte ein erbitterter Antisowjetismus. Die meisten Ungarn, Polen und Rumänen (sie bildeten die Mehrheit der Osteuropäer) waren antirussisch orientiert. Darüber hinaus pflegten die Herrschenden mehrerer dieser Länder den angemessenen Mythos eines besonderen historischen Auftrags in der Region, der religiösen, sprachlichen und ethnischen Besonderheiten zugeschrieben wurde und sich permanent vor allem gegen die östlichen Nachbarvölker richtete.

In den – außer der CSR – schwach entwickelten Staaten Osteuropas entstan-

den zumeist schon in den 20er Jahren autoritäre oder faschistische Diktaturen, um der wachsenden sozialen Konflikte Herr zu werden. Hierbei konnten sich die machtausübenden Kreise zunächst auf einen politischen Vertrauensbonus stützen, den ihnen die nationalistisch verklärten Massen einräumten.

Was heute gern verschwiegen wird: Nicht zuletzt Angehörige der Intelligenz unterstützten extrem rechte Kräfte bei der Zerschlagung der bürgerlichen Demokratie. Sie waren auch maßgeblich daran beteiligt, daß, anders als in Westeuropa (die Länder des klassischen Faschismus ausgenommen), rechtsextreme Bewegungen zeitweise über eine beträchtliche Massenbasis verfügen konnten.

Mitte der 30er Jahre kam auch unter bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten ein gewisser Polarisierungsprozeß voran; dennoch hielt die Mehrheit auf verschiedene Weise an ihren Regimes fest. Das hatte nicht zuletzt handfeste wirtschaftliche Gründe, was zu einer starken Identifizierung mit den politisch herrschenden Kräften führte.

Die Unterdrückung der nationalen Minderheiten verschaffte trotz verschlechterter allgemeiner Wirtschaftslage weiten Teilen des Volkes die Illusion einer Privilegierung, die nach überstandener Krise wieder materiell zu Buche schlagen würde. Das traf auf Polen, Ungarn, Rumänien und in gewissem Maße auch auf Jugoslawien zu, wo die Bourgeoisie den Eindruck zu erzeugen suchte, die faschistische Okkupation habe eine mehr oder weniger günstige Entwicklung abgebrochen. Diese wollte man nach dem Krieg fortführen.

In Jugoslawien und Albanien erschienen derartige Perspektiven allerdings aussichtslos, da sich der größte Teil der herrschenden Klasse auf die Seite der faschistischen Okkupanten gestellt und am Kampf gegen das eigene Volk teilgenommen hatte. Die jugoslawische Bourgeoisie und ihr soziales Gefolge waren dermaßen diskreditiert, daß sie jahrzehntelang über ihre Multiplikatoren nicht zum Zuge kamen. In der Slowakei hatte sich der vor allem von klerikalen Kräften um Hlinka und Tiso getragene Nationalismus durch die Errichtung einer faschistischen Diktatur ebenfalls so kompromittiert, daß es den Kommunisten erleichtert wurde, nationalistische Auffassungen und die katholische Kirche zurückzudrängen. In Bulgarien hatten die tonangebenden Kreise durch ihr Kriegsbündnis mit Nazi-Deutschland das Gesicht verloren: Der Umstand, daß sich der bulgarische Nationalismus nie gegen Rußland gerichtet hatte, wirkte sich günstig aus. Er erleichterte den Kommunisten bei der Befreiung durch die Rote Armee die Machtübernahme und damit eine sofortige Umorientierung gegenüber den kämpfenden jugoslawischen

Partisanenarmeen. Die verlustreiche Beteiligung Rumäniens am faschistischen Krieg und der Vormarsch der Roten Armee auf dessen Territorium brachte dem großrumänischen Nationalismus eine schwere Niederlage bei. In Ungarn hatte die ausgeprägt faschistisch-nationalistische Horthy-Diktatur trotz starker Kritik und verlustreicher Kriegsteilnahme noch einen erheblichen Vertrauensbonus unter großen Teilen der Bevölkerung. Der Grundkonsens war durch Gebietsangleicherungen auf Kosten der CSR, Rumäniens und Jugoslawiens gestärkt worden. Die Niederlage an deutscher Seite wurde zumeist als Resultat einer strategischen Fehlentscheidung betrachtet. Mit dem Einmarsch der Roten Armee verlor Ungarn die geraubten Gebiete ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg, was häufig als ungerecht empfunden wurde. Den ungebrochenen Nationalismus vermochten die ungarischen Kommunisten nie zu überwinden.

Obwohl Polen zu den Siegermächten gehörte und im Westen und Norden große Territorien zugesprochen bekam, wurde hier die Front der Nationalisten und Revanchisten vor allem dadurch gestärkt, daß es östliche und südöstliche Regionen an die UdSSR verlor. Millionen Polen hielten politisch-ideologisch am Vorkriegssystem fest und empfanden die Errichtung der Volksmacht als etwas von der Sowjetunion aufgezwungenes. Derartige Auffassungen blieben trotz linken Einflußgewinns weiterhin erhalten.

In der CSR setzte sich eine Entwicklung fort, die bereits vor dem Krieg begonnen hatte. Die KP wurde zur stärksten politischen Kraft des Landes und konnte die einflußreiche Bourgeoisie in wenigen Jahren zurückdrängen. Dabei wurden gleichberechtigte Verhältnisse zwischen Tschechen und Slowaken hergestellt. Die relativ komplikationslose Machtgewinnung und die damit verbundene breite Unterstützung durch die Werktätigen riefen in der Folgezeit unter Kommunisten eine Euphorie hervor, die sie vergessen ließ, daß der tschechische Nationalismus im zahlenmäßig starken Kleinbürgertum eine Basis hatte und trotz anfangs proso-wjetischer Einstellung der meisten Landesbürger zwei Jahrzehnte später eine heftige Renaissance erleben sollte.

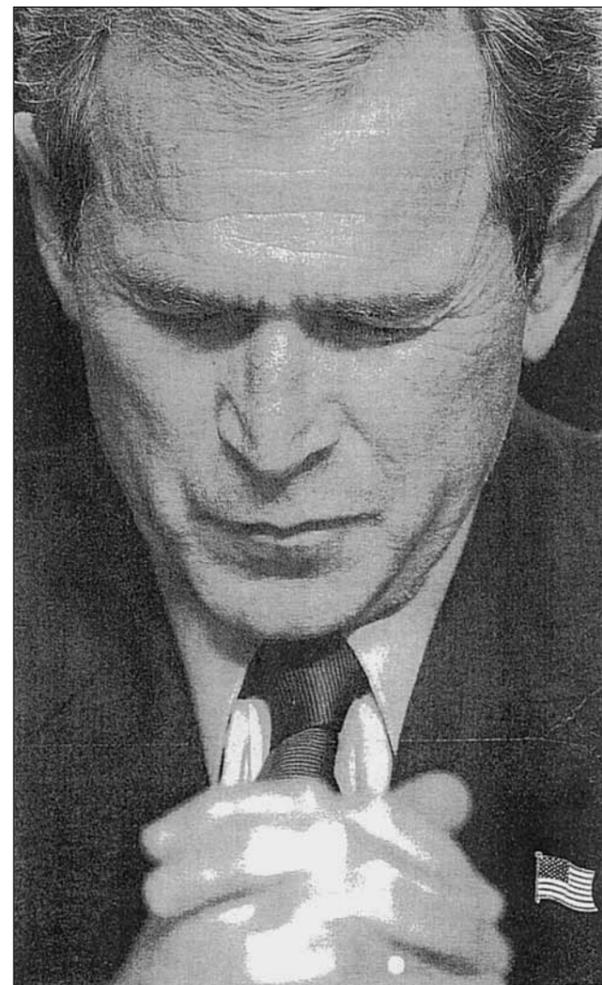
Bei der Zerschlagung der Volksmacht nach dem Wegfall der sowjetischen Schutzmacht und der Freisetzung konterrevolutionärer Kräfte spielten nationalistische Ressentiments zweifellos eine große Rolle. Das zeigte sich ganz besonders in der UdSSR, aber auch in anderen früher sozialistischen Staates Europas. Die jugoslawische Tragödie wäre ohne ein beispielloser Aufflammen des Nationalismus nicht denkbar gewesen.

Bernhard Majorow

Die zehn Gebote

Das erste Gebot ist der Schlüssel für das Verständnis aller anderen: „Ich bin der Herr, dein Gott. Du sollst keine anderen Götter haben neben mir!“ Wenn man das Phänomen, „andere Götter“ oder „falsche Götter“ anzubeten, anthropologisch wendet, dann darf man auch sprechen vom „falschen Bewußtsein“, vor dem wir damit gewarnt sind. Aber wie kann man überhaupt „andere“ Götter von dem „richtigen“ Gott unterscheiden? Was heißt es eigentlich, sich das „richtige Bewußtsein“ anzueignen? Hier müssen wir endlich auf die Todsünde zu sprechen kommen, die sich die ungetreuen kirchlichen Verkünder des Gotteswortes haben zuschulden kommen lassen. Hatten sie das zweite Gebot aus durchsichtigen Gründen gleich ganz unter den Tisch fallen lassen, so haben sie das erste Gebot seines eigentlichen Kerns, seiner inhaltlichen Füllung beraubt. Denn es lautet nach dem hebräischen Text vollständig: „Ich bin der Herr, dein Gott, der ich dich aus Ägyptenland, aus der Sklaverei befreit habe. Du sollst keine anderen Götter haben neben mir.“ Ein Gott, der die Sklavenketten zerbricht, ein Gott, der aus der Unterdrückung durch eine imperiale Großmacht herausführt, kam den kirchlichen Schriftverwaltern höchst ungelegen. Sie entschlossen sich, den be-

freienden Gott seines eigentlichen Kerns zu berauben, der in seiner Solidarität mit den Unterdrückten und Entrechteten besteht. Als die Kirche seit dem Jahr 300 mit dem römischen Kaiser ihren Frieden geschlossen hatte, mußte der Gott der Christen, der nun auch der Gott Cäsars geworden war, für das Fortbestehen unterdrückerischer Verhältnisse nutzbar gemacht werden. Dazu war er zu „entkernen“, loszulösen von seinem Selbstverständnis. Der Gott, der nun „alles so herrlich regieret“, wurde der „Allmächtige“, der vor allem die Allmacht der Mächtigen zu garantieren hatte. Ein monströser Atheismus im Namen Gottes gewann die Herrschaft im Reich des „christlichen Abendlandes“. Religiös verbrämt, ist er die am schwersten zu überwindende Form der Gotteslästerung. Er hält sich bis heute am Ruder, und ihm hat sich vor allem die verfaßte Christenheit ergeben. Mit diesem Gott läßt sich auch die angebliche Naturgegebenheit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung als „beste aller möglichen Welten“ schön rechtfertigen. Mit der Zerstörung, mit der Unkenntlichmachung des ersten und wichtigsten Gebots wurde der Weg frei, alle anderen Untaten zu begehen oder zuzulassen, vor denen die anderen neun Gebote warnen.



Deshalb ist es auch unglaublich schwer, im Kapitalismus Christ zu sein. Im Sozialismus der DDR seinem christlichen Glauben zu leben, war viel leichter. Denn hier führten die Befreienden nicht ständig Gott im Munde, gerade weil und indem sie Schritte zur Befreiung aus der Knechtschaft unmenschlicher Verhältnisse gingen. Dieses Paradox hat bereits Jesus, das menschengewordene Wort Gottes, formuliert, als er sprach: „Es werden nicht alle, die zu mir sagen: ‚Herr, Herr!‘, in das Himmelreich kommen, sondern die den Willen tun meines Vaters im Himmel.“ (Matthäus 7,21). Und so gilt auch hier: Nur gegen das herrschende System kann das erste Gebot eingehalten werden!

Nach diesem Rundgang durch das Land des Menschenfressers entlang dem Geländer der biblischen Gebote bleibt uns nichts anderes, als festzuhalten: Eine Welt, in der das meiste wenigen gehört und in der die meisten wenig zu hoffen haben, widerspricht dem erklärten Willen jenes Gottes, der im „christlichen Abendland“ bis heute unbekannt geblieben ist. Einen „Kapitalismus mit menschlichem Antlitz“ zu erhoffen, ist nichts als der widerchristliche Versuch, ein falsches Bild von Gott und der Welt für den wirklich befreienden Gott, für den allein lobenswerten Gott, auszugeben.

Peter Franz, ev.-luth. Theologe

Platzeck und der Papst

Von den überregionalen Medien wenig beachtet, hat Brandenburg bereits im November 2003 einen Staatsvertrag mit dem Vatikan unterzeichnet. Er wurde durch Ministerpräsident Matthias Platzeck und den Apostolischen Nuncius Giovanni Lajolo signiert. Nach zehnjährigen Verhandlungen hat so auch Brandenburg als

letztes Land der Bundesrepublik ein Konkordat mit dem Heiligen Stuhl geschlossen. Der Vertrag regelt das Verhältnis zwischen Staat und Kirche, darunter Eigentumsfragen, Religionsunterricht, Denkmalschutz und finanzielle Zuwendungen des Landes. Platzeck hob das „gegenseitige Versprechen“ hervor, „stets einen partnerschaftlichen Umgang“ zu pflegen.

Wie die „Lausitzer Rundschau“ erfuhr, erhält die katholische Landeskirche einen jährlichen Zuschuß von einer Million Euro. Hinzu kommen 100 000 Euro für die Erhaltung der Substanz sakraler Bauten und 50000 Euro für die Kirchengemeinde Neuzelle. So weit so gut. Erstaunen muß jedoch die Formulierung hervorrufen: Die Zahlungen seien „Entschädigungen für während der Reformationszeit sowie zu Beginn des 19. Jahrhunderts eingezogenes Kirchenvermögen“.

Wir wußten nicht, daß das Land Brandenburg dem Vatikan gegenüber derart in der Pflicht steht, daß es für Vorgänge im 16. Jahrhundert aufzukommen hat. **R. H.**



Panama: Die Gringos behalten ihren Fuß in der Tür

Interventionsrecht vertraglich gesichert

Vor 18 Jahren, vom 24. bis 26. 1. 1986, war ich in Panama-Stadt. Dort tagte der VIII. Kongreß der Partei des Volkes Panamas (PPP). Das ZK der SED hatte mich beauftragt, unsere damalige Partei bei diesem Ereignis zu vertreten. Die PPP kämpfte in jener Zeit gegen Pläne, die darauf abzielten, das Land zu entmündigen und die Kolonialenklave wiederherzustellen, die 1979 formell zu existieren aufgehört hatte. Sie gab sich die Aufgabe, eine Strategie für die Vollendung der demokratischen Etappe der nationalen Befreiung und den nahtlosen Übergang zur sozialistischen Revolution auszuarbeiten.

Seit Jahrhunderten dreht sich in Panama alles um den Kanal. Kolumbus entdeckte 1501 die Atlantikküste des Landes. Ab 1538 wurde Panama der spanischen Kolonialverwaltung unterstellt. Seit 1739 war es Teil des Vize-Königsreichs Neugranada. 1821 erklärte es seinen Anschluß an Großkolumbien. Bei Colon, wo Kolumbus gelandet war, begann 1879 der Bau des Kanals, ein Projekt, das bereits den Spaniern im 16. Jahrhundert vorschwebte. 1889 scheiterte das Vorhaben. Daraufhin sicherten sich die Nordamerikaner 1901 das Alleinrecht auf den Kanalbau. Sie betrieben die Loslösung des Territoriums von Kolumbien und die Gründung des Freistaates Panama am 3. 11. 1903. Dieser trat dann wenige Tage danach im frisch unterzeichneten Hay-Bunau-Varilla-Vertrag alle gewünschten Rechte zum Bau, Betrieb und Schutz des Kanals ab und verpachtete die künftige Kanalzone „auf unbestimmte Zeit“ an die USA.

Die Verfassung Panamas von 1904 sicherte den USA das Interventionsrecht in der Kanalzone zu. Der Bau wurde 1906 wieder aufgenommen und 1914 beendet. Infolge des veränderten internationalen Kräfteverhältnisses gestanden die USA im Jahr 1960 Panama die nominelle Souveränität zu. Das hatte Folgen für den Kanalvertrag. Am 11. Oktober 1968 übernahmen Militärs um General Omar Torrijos die Macht und übten sie 11 Jahre aus. Sie galten als

fortschrittlich, weil sie danach strebten, Washington die Rechte auf den Kanal streitig zu machen. 1977 unterzeichneten Torrijos und USA-Präsident Carter einen modifizierten Vertrag, der 1979 in Kraft trat. Danach sollte der Kanal bis Ende 1999 gemeinsam, danach nur noch von Panama verwaltet werden.

Torrijos gründete die Demokratische Revolutionäre Partei (PRD). Ihm war klar, daß er ohne die Existenz der UdSSR den Anspruch auf die Kanalzone nicht hätte durchsetzen können. Seine Regierung nahm eine positive Haltung gegenüber der Sandinistischen Volksrevolution in Nicaragua ein. 1981 starb Torrijos bei einem mysteriösen Hubschrauberabsturz. Die von ihm eingeleitete demokratische Revolution gegen den Kolonialismus und das damit verbundene „Kanalprojekt des Volkes“ kamen ins Stocken.

Auf Torrijos folgte Barletta als Präsident. Er lieferte das Land erneut den Interessen der einheimischen Oligarchie, der USA-Administration, der Weltbank und des IWF aus. Zwischen 1983 und 1989 erzwang die Nationalgarde unter dem Befehl des Generals Noriega mehrfach einen Wechsel im Amt des Staatspräsidenten. Der Militär war ein Gewährsmann der CIA und öffnete die Torrijos-Partei zunehmend für imperialistische Einflüsse und korrupte Elemente. Als er aber die USA-Wünsche nicht bediente, entdeckte Washington sofort „Menschenrechtsverletzungen“ in Panama und stellte 1987 seine Militärhilfe ein. Wirtschaftssanktionen folgten.

Nach dem „Wahlsieg“ eines von den USA geförderten Parteienbündnisses mit Endara als Kandidat, den Noriega nicht anerkannte, intervenierte das Pentagon im Dezember 1989. Bei der Operation „Gerechte Sache“ wurden fast 3000 Menschen getötet. Die Interventionen brachten Noriega, der des Drogenhandels beschuldigt wurde, in die USA und urteilten ihn dort ab. „Ali Baba haben die Gringos mitgenommen, aber die vierzig Räuber blieben da“, kommentierten die Panamaer die Installation

einer neuen Regierung unter Balladares. 1995 begannen Geheimgespräche über die Weiternutzung von vier USA-Basen ab 2000. 1999 verlor Balladares die Wahl an Mireya Moscoso, die Witwe des 1968 gestürzten Präsidenten Arias.

Im Machtpoker der Jahre ging es immer um die USA-Präsenz am Kanal. Nicht umsonst heißt es im „Santa-Fé-IV“-Dokument der Nordamerikaner: „Der Panamakanal ist ein geostrategisches Element für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten.“

Eine wichtige Rolle spielte die sogenannte Panamakanalkommission, eine Agentur der USA-Regierung. Am 1. Januar 1990 übernahm erstmals ein Panamaer deren Leitung. Ein USA-Bürger wurde „zweiter“ Mann. 1996 erhielt die Kommission den Status einer panamaischen Regierungskörperschaft. Deren Erbe trat ein Jahr später die „Panamakanalbehörde“ an. Offiziell übernahm Panama am 1. Januar 2000 die Kanalzone. Die USA behielten sich jedoch ein vertraglich gesichertes „Interventionsrecht“ vor, falls sie ihre Interessen bedroht sähen.

Konsequenteste Kraft im Kampf gegen Kolonialismus und Neokolonialismus war und ist die Partei des Volkes Panamas. Sie entstand 1930 als KP Panamas und existierte nach deren Auflösung im Jahr 1937 seit 1943 als PPP. Die Partei wurde 1953 verboten, arbeitete aber illegal weiter. Mit der Machtübernahme der Torrijos-Militärs 1968 begann für sie eine neue Etappe. Der General verbot zunächst alle Parteien. Er und seine Mitstreiter waren entschlossen, gegen den USA-Imperialismus aufzutreten. Aber es mangelte ihnen anfangs an politischen Visionen und Partnern. Als sie das bemerkten, schlossen sie punktuelle Übereinkommen. Die PPP unterstützte Torrijos bei seinen Sozialreformen. Sie erlangte begrenzten und teilweisen Einfluß auf die Regierungspolitik. Später unterstützte sie auch die sozialdemokratisch orientierte PRD, die einen Demokratisierungsprozeß betrieb und eine akzeptable Sozialpolitik bis zum USA-Einmarsch 1989 verfolgte.

Nach dem Sturz Noriegas mußte die PPP erneut für einige Zeit untertauchen. 1990 erkannte ihr Präsident Endara den Partei-status ab, weil sie bei der vorangegangenen Wahl angeblich zu wenig Stimmen erhalten hatte. Ab 1996 stellte sich die PPP, die in Gewerkschaften, an Universitäten und in Bauernorganisationen nach wie vor starken Einfluß besitzt, auf die neue Lage ein. Innenpolitisch setzt sie auf die Bildung der Patriotischen Volksbewegung, um das Zweiparteiensystem zu durchbrechen. Zu den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Mai 2004 strebt sie einen Regierungswechsel an, ohne den PRD-Kandidaten Martin Torrijos, einen Sohn des Generals, zu unterstützen.

Wolfgang Herrmann

Vor 45 Jahren zogen die Barbudos in Havanna ein

Fidel Castro: Wie ich Kommunist wurde

Als ich die Universität bezog, hatte ich noch keine feste politische Überzeugung, sondern lediglich eine Neigung zu politischem Engagement. Ich ließ mich eher von bestimmten moralischen Normen leiten. Betrug, Mißbrauch und dergleichen waren mir zuwider. Zudem hatte ich einen aufsässigen Charakter.

Im ersten und zweiten Studienjahr wurden wir in politischer Ökonomie des Kapitalismus unterrichtet. Als ich sie studierte, begann ich über Wirtschaftsprobleme nachzudenken und gelangte im Endergebnis zu dem Schluß, daß das kapitalistische System absurd ist. Früher war ich einfach nicht auf so etwas gekommen. Ich stammte ja aus einer wohlhabenden Familie und hatte eine kirchliche Schule besucht. Überproduktionskrisen, Lebensmittelüberfluß trotz Hungernder, Anarchie der Produktion, Maschinen, die den Werktätigen die Arbeit nehmen und somit zu ihren Feinden werden – diese und ähnliche elementare Dinge gaben mir den Anstoß zu einer kritischen Einschätzung des kapitalistischen Systems. Ich begann mir Gedanken darüber zu machen, wie sich all diese Probleme lösen ließen, und gelangte spontan, ohne es selbst zu ahnen, zu sozialistischen Schlußfolgerungen, die utopischen Charakter trugen.

Beim Studium der Politökonomie erkannte ich, daß es verschiedene Doktrinen – kapitalistische und sozialistische – gibt. Da begann ich sie zu vergleichen. Als mir zum erstenmal das „Manifest der Kommunistischen Partei“ in die Hände kam, war ich darauf durchaus schon vorbereitet. Es machte auf mich einen überwältigenden Eindruck. In diesem Werk fand ich eine theoretische Erklärung aller Fragen, die mich bewegten und für die ich aus eigener Kraft eine Lösung suchte. Und was weiter? Meiner Überzeugung nach wurde ich rasch zu einem Kommunisten. Dazu trug auch mein freundschaftliches Verhältnis zu den Kommunisten an der Universität bei. Als ich dorthin kam, freundete ich mich unter dem Einfluß einiger Studentenfürher mit Menschen an, die zur Regierung Grau in Opposition standen. Das war die Partei von Chibás, Luis Orlando und anderen Politikern, die aus der Kubanischen Revolutionspartei hervorgegangen waren und gegen die Regierung opponierten. Noch bevor ich zu einer kommunistischen Überzeugung gelangt war, hatte ich mich diesen Männern angeschlossen. So begann meine Tätigkeit in der Orthodoxen Partei bzw. der Kubanischen Volkspartei, einer fortschrittlichen liberalen Reformpartei, die zur Regierung Grau in Opposition

stand und von den breiten Massen unterstützt wurde. Auf diese Weise bin ich, als ich schon dieser Partei angehörte, auf marxistische Positionen übergewechselt. Zum Zeitpunkt, da ich die Universität absolvierte, ergab sich folgendes Bild: Die Kommunisten waren eine kleine, isolierte Gruppe. Im Lande herrschte Antikommunismus. Zugleich gab es eine aktive Massenpartei, der Bauern, Arbeiter und Vertreter der Kleinbourgeoisie angehörten. Nun machte ich mir Gedanken darüber, auf welche Art die Masse der einfachen Mitglieder dieser Partei an revolutionäre Positionen herangeführt werden konnte. Zu diesem Zeitpunkt vertrat ich selbst bereits kommunistische Ansichten und verstand mich an der Universität ausgezeichnet mit allen kommunistischen Führern. Ich besaß alle Schriften von Lenin und Marx, die damals auf Kuba veröffentlicht worden waren. An der Universität koordinierten wir unsere Aktionen. Kurz und gut, ich unterhielt zu Mitgliedern der Sozialistischen Volkspartei denkbar enge Verbindungen. Zugleich wurde ich aber in meiner eigenen Partei von manchen Führern scheel und argwöhnisch angesehen, weil sie über meine Ansichten mehr oder weniger im Bilde waren.

Nachdem ich die Universität verlassen hatte, entfaltete ich eine rege politische Kampagne. Es gelang mir, ein gutes Sprachrohr zu erhalten: die Oppositionszeitung „Alerta“, damals das auflagenstärkste Blatt des Landes. Jeden Montag brachte es eine Sonderausgabe heraus, und da wurden auf der Titelseite unter großen Schlagzeilen meine Artikel gedruckt. Schon leidenschaftlicher Kommunist, gehörte ich aber formell nicht der Partei an. Und zwar deshalb nicht, weil ich für die Revolution auf Kuba eine eigene strategische Linie entworfen hatte.

Warum nun hatte ich eine solche Entscheidung getroffen? Weil im Lande Antikommunismus herrschte, das Volk verwirrt und die Kommunistische Partei stark isoliert war. Mit anderen Worten, damals bestand auf Kuba für die Kommunistische Partei objektiv keine Möglichkeit, sich an die Spitze der Revolution zu stellen. Deshalb schwebte mir folgendes vor: Sollte es mir gelingen, die breiten Massen mitzureißen, so könnte man, ohne vom Kommunismus zu reden, die Macht erobern. Ungeachtet dessen war ich aber der Ansicht, daß ein revolutionäres Programm unentbehrlich war. Sein Endziel sollte der Sozialismus sein. Für mich war das absolut klar. Und eine solche Strategie hatte ich noch vor Moncada ausgearbeitet.

Zum Zeitpunkt des Staatsstreichs vom 10. März unterhielt ich enge Kontakte zur Kommunistischen Partei, doch der Putsch schuf eine neue Situation. Zunächst bildete ich Leute für den voraussichtlichen gemeinsamen Kampf aller gegen Batista gerichteten Kräfte aus. Ich wandte mich der Militärstrategie zu. Die Situation hat sich geändert, sagte ich mir. Batista kann nur durch die vereinten Anstrengungen der ganzen Opposition gestürzt werden. In den Reihen der Opposition begann man vom bewaffneten Kampf zu reden, und ich schickte mich an, die Bewegung zu organisieren.

Doch ein Jahr verstrich, und es wurde offenkundig, daß die Hoffnungen auf einen realen Kampf nicht in Erfüllung gegangen waren, daß sich die Oppositionsparteien als unfähig erwiesen und überhaupt nicht das Zeug dazu hatten, einen realen bewaffneten Kampf zu organisieren, daß sie uns alle hinters Licht führten. Die einen wollten nicht, und die anderen konnten einfach nicht. So standen die Dinge. Und da kam ich zu dem Schluß, daß wir auf eigenes Risiko den bewaffneten Kampf aufnehmen müssen.

Wir stellten den Moncada-Plan auf, der darin bestand, die Kaserne zu besetzen, die Provinz aufzurütteln und uns den Volkshaß gegen die Diktatur für die Ausrufung eines Generalstreiks zunutze zu machen, d. h. das zu tun, was uns dann am 1. Januar 1959 – 5 Jahre, 5 Monate und 5 Tage später – gelungen ist.

Als wir uns auf die Erstürmung der Moncada vorbereiteten, hatten wir bereits eine klare Vorstellung von dem, was später in die Tat umgesetzt wurde. Während dieser ganzen Zeit unterhielt ich Kontakte zu den Kommunisten. In der damaligen Situation hatten sie ihren eigenen Standpunkt und ihre eigenen Losungen. Offen gestanden, konnte man von ihnen auch nicht verlangen, daß sie an das, was wir vorhatten, glauben sollten. Einer Partei, erzogen im klassischen Geist, mit ihren Plänen und ihren Konzeptionen, mußte das schwerfallen. Darüber hinaus konnte die Kommunistische Partei sich selbst ja nicht die Machtergreifung zum Ziel stellen. Obwohl sich die Macht auf Kuba auf revolutionärem Weg erobern ließ, konnten die Kommunisten dies angesichts der damaligen totalen Herrschaft der Vereinigten Staaten von Amerika nicht tun.

(Aus einem Interview Fidel Castros mit der Moskauer Zeitschrift „Kommunist“ Nr. 15/1978)

Wir übermitteln unserem langjährigen Leser

Egon Krenz
aus Dierhagen

herzliche Grüße zu seiner Freilassung, die nicht auf ein Gnadengesuch hin erfolgte. Der Kampf für die Aufhebung des rechtsbeugenden Urteils und für die Rehabilitierung aller Opfer der BRD-Klassenjustiz in Ost und West geht weiter.

Freiheit für Heinz Kadgien!

Am 6. März 2004
findet um 10.00 Uhr
in der Drogenmühle
Heidenau,
Dresdener Straße 26
eine Mitgliederversammlung
des RG Dresden statt.

Prof. Dr. Horst Schneider
spricht über das Thema:

**Funktion von Geschichtsbildern
im politischen Kampf
der Gegenwart**

Außerdem findet die Wahl
des Vorstandes statt.

Karsei rennt um sein Leben

Da Afghanistan faktisch kein funktionierender Staat mehr ist, sondern zu einem NATO-Protectorat verkam, wurde das Land zum Tummelplatz für entwicklungspolitische Agenturen, für NGOs und „Agenten aller Herren Länder“. In Kabul, diesem Schutthaufen neben einem riesigen internationalen Militärlager, treiben über 800 NGOs, die mit unbegrenzter Vollmacht ausgestattet, niemandem im Lande rechenschaftspflichtig sind, die Miet- und Nahrungsmittelpreise in für einfache Afghanen unbezahlbare Höhen, so daß viele von ihnen, deren Alltag nach wie vor von Not, Armut und Unsicherheit geprägt ist, und die in Ruinen dahinvegetieren, fragen, wo die Milliarden Dollar, die seit Anfang 2002 nach Afghanistan geflossen sind, wohl geblieben sein könnten. Das Gros der in Tokio (Januar 2002) zugesagten Wiederaufbauhilfe von 5,25 Mrd. Dollar bleibt bei der Weltbank geparkt, da die Geberländer kein Vertrauen zur afghanischen Übergangsregierung „Afghan Transitional Authority“ (ATA) haben und befürchten, das Geld könnte in dunklen Kanälen verschwinden.

Nach Angaben der afghanischen Zentralbank betrug das Budget Afghanistans für 2001/02 insgesamt 2195 Mio. Dollar. Nur 102 Mio. Dollar davon wurden aus eigenen Staatseinnahmen erzielt, hingegen 2093 Mio. Dollar aus ausländischen Quellen finanziert. Für 2003/04 wurde eine Summe von 2268 Mio. Dollar geplant, bei einer Eigenbeteiligung von 200 Mio. Dollar, einem Fehlbetrag von 704 Mio. und einer Auslandsfinanzierung von 1364 Mio. Dollar. Der afghanische Staat ist faktisch bankrott, obwohl im Lande Geld genug da ist. Nach Angaben von Karsei nehmen die Zollbehörden jährlich rund 600 Mio. Dollar ein, die sie aber nicht nach Kabul abführen. Die Warlords von Herat und Qandahar, Esmael Khan und Gul Agha Schersei, kassieren täglich eine Mio. Dollar. Die Administration bestellte alle 32 Provinzgouverneure zur Klärung der Finanzlage des Landes nach Kabul. Karsei drohte mit seinem Rücktritt, schließlich sogar mit der Auflösung der Regierung durch eine Loya Jirga und forderte von den nur zwölf erschienenen Gouverneuren, daß die Zolleinnahmen in voller Höhe unverzüglich nach Kabul überwiesen werden müßten. Die Gouverneure jedoch waren davon nicht sonderlich beeindruckt. Erst nach monatelangen Verhandlungen und mittels verstärktem ausländischen Druck sah sich der Warlord von Herat genötigt, die lächerliche Summe von 20 Mio. Dollar an Kabul zu überweisen.

Im Handel ist zwar ein Aufschwung zu konstatieren, aber nur mit defizitärer Bilanz auf afghanischer Seite. Nach Angaben der Zentralbank importierte Afghanistan im Fiskaljahr 2002/03 Waren im Werte von

2452 Mio. Dollar, aber der Export betrug nur 100 Mio. Dollar. Damit ist Afghanistan zu einer Exportoase für die Industrieländer geworden. Gleichzeitig wird deutlich, wie sehr die Wirtschaft des Landes am Boden liegt. Auch das im letzten Jahr verabschiedete, für ausländische Anleger sehr attraktive Investitionsgesetz hat nicht den erwünschten Erfolg gebracht. Geschäftslizenzen sind zwar reichlich ausgestellt worden, aber es werden kaum Investitionen getätigt, weil die nötige Infrastruktur fehlt und es an Sicherheit mangelt. Bezeichnenderweise wurde die erste Direktflugverbindung von Deutschland nach Kabul, als „Neustart für den Wiederaufbau“ gefeiert, schon nach einer Woche eingestellt.

Hingegen nehmen die Produktion von und der Handel mit Drogen rasant zu. Während 2001 ca. 185 Tonnen Opium produziert wurden, waren es nach UNO-Angaben 2002 ca. 3500 Tonnen, und durch Drogengeschäfte wurden in Afghanistan rund 1,2 Mrd. \$ erzielt, neue UNO-Angaben sprechen von ca. 2 Mrd. \$. Stellt man die 1,3 Mrd. Dollar für 2002 an Afghanistan zugesagte internationale Hilfe dem gegenüber, wird klar, welche Dimensionen diese Geschäfte haben. UN-Experten schätzen, daß zwei Drittel des weltweit gehandelten sowie etwa 90 % des in Europa verbrauchten Heroins aus Afghanistan kommen. Für 2003 wurde eine neue Rekorderte von über 4600 Tonnen erwartet.

Da es bei der Drogenproduktion und beim Drogenhandel eine Personalunion von Warlords, Politikern und hohen Sicherheitsbeamten gibt, spricht der afghanische Finanzminister Ashraf Ghani von einem „Drogenmafia-Staat“. Mohammad Scharif, Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, konstatierte: „Die Drogenbekämpfungspolitik der westlichen Geberländer ist ein eklatanter Mißerfolg.“ Weder die Briten, die in Rahmen der Arbeitsteilung der Besatzer für die Drogenbekämpfung zuständig sind und dafür 100 Mio. Euro zur Verfügung hatten, noch die ATA konnten den Bauern eine Alternative zum Mohnanbau anbieten. Es wurden ihnen einmalig 13 000 Dollar je Hektar als Ausgleich versprochen, was sie jedoch ablehnten. Sie sind zumeist beim Großgrundbesitzer, bei Geldverleihern, aber auch bei den Drogenbaronen hoch verschuldet. Die seit dem Sturz der Taleban ins Land gebrachten rund 600 000 Tonnen der US-Nahrungsmittelhilfe, die nur selten die Ärmsten erreicht und von den Verteilern auf örtlichen Märkten verkauft wird, treiben die Preise für einheimische Produkte in den Keller und ruinieren die Bauern zusätzlich. Vom Weizenanbau können sie nicht mehr leben. Verständlich, daß viele Bauern den Taleban nachtrauern. Der Großgrundbesitzer Mohammad Asghar

aus der östlichen Provinz Laghman weist darauf hin, daß die Taleban dort die Wäfen der Privatpersonen eingesammelt und die Opiumfelder vernichtet hätten. Nun müsse er sich selbst schützen und finde keine Landarbeiter mehr, um Weizen anzubauen, denn die meisten bevorzugten die Opiumbauern.

Nicht nur diese Bauern, sondern immer mehr Menschen fragen sich in Afghanistan: „Was bringt uns das Engagement der internationalen Gemeinschaft eigentlich?“ Deshalb findet die neue Koalition von Al Qaeda, Taleban und Hekmatjar in der Bevölkerung nicht nur Rückhalt und sichere Rückzugsgebiete, sondern sie kontrolliert sogar wieder weite Teile im südlichen und östlichen Afghanistan. Die geplante Entwaffnung von über 100 000 nicht-staatlichen Milizionären der mächtigen Warlords – eine der Hauptforderungen der „Talks on Afghanistan“ – hat gerade einmal ansatzweise begonnen. Allein Verteidigungsminister Fahim verfügt über eine Privatarmee von 30 000 Mann.

Die afghanische Polizei wird traditionsgemäß von Deutschland ausgebildet und ausgerüstet. Die Kabuler Polizeiakademie ist bereits reaktiviert worden, und seit August 2002 werden dort rund 1500 Führungskräfte und die in den Polizeidienst übernommenen ehemaligen Mudschaheddin zu einer, wie es das Auswärtige Amt formulierte, „den Menschenrechten verpflichteten Polizei“ ausgebildet.

Sicherheit ist, trotz der Anwesenheit der internationalen Schutztruppe ISAF selbst in Kabul nicht gewährleistet, von der Situation in den Provinzen ganz zu schweigen. „Die Lage in Afghanistan verschlechtert sich täglich“, wie Human Rights Watch unlängst konstatierte. Selbst der UN-Sonderbeauftragte für Afghanistan, Lakhdar Brahimi, bezeichnet die Menschenrechtssituation nach 18 Monaten ATA-Tätigkeit als schlecht. Er resümierte, daß es ohne Sicherheit keine Wahlen 2004, keinen wirtschaftlichen Aufbau, weder Recht noch Schutz geben wird. Brahimi scheint erst jetzt einzusehen, daß die Kriegsfürsten, durch die Afghanistan auf dem Petersberg auch mit seiner tatkräftigen Unterstützung „warlordisiert“ worden ist, eher Teil des Problems als Teil der Lösung des Afghanistan-Konflikts sind.

Wie kann eine Regierung Sicherheit und Ordnung im ganzen Land herstellen, wenn sie nicht einmal ihre höchsten Repräsentanten zu schützen vermag? Karsei, der wie ein Gefangener nur in Kabul residiert, aber keine Regierungsmacht ausübt, kann ohne seine amerikanischen Bewacher keinen Schritt tun. Will er sein Büro verlassen, um zur 500 Meter entfernten Moschee zu gelangen, geht er nicht – wie mehrfach beobachtet wurde –, sondern er rennt.

Dr. Matin Baraki

Mängel im politischen Stil

Die russische Zeitschrift „Kommunist“ (November/Dezember 2003) bringt einen Artikel der Gebietssekretärin der KPRF von Stawropol, C. Umnjagina, aus dem wir zitieren.

Die Aktivität der Kommunisten wird von Wahl zu Wahl schwächer. Die Parteiorganisationen gehen aus den Wahlen nicht gefestigt und mobilisiert hervor, sondern mit immer größerer Apathie, unzufrieden mit sich selbst und den Parteileitungen aller Stufen. Ich hoffe, daß der denkende Teil der Genossen versteht, welche Gefahren für die Partei diese Symptome in sich bergen ... Ich habe täglich Umgang mit Kommunisten, nicht nur aus unserer Gebietsorganisation, und behaupte, sie sind in den vergangenen Jahren nicht weniger überzeugt, treu und diszipliniert geworden. Erfolge, die wir bis jetzt hatten und noch erreichen werden, liegen im historischen Beharrungsvermögen und in der Tradition der Kommunisten begründet, aber wir verlieren dabei die geschichtliche Perspektive. Das zeigen die Analyse der Altersstruktur und der tolpatschigen Versuche einer Verjüngung der Partei, die mehr Reklamecharakter haben. Daher die Apathie und Unzufriedenheit, noch verstärkt durch die Erkenntnis, daß die Genossen und die Partei insgesamt von einem kleinen Teil der Funktionäre als Trampolin benutzt werden, um für sich soziale Perspektiven zu schaffen.

Ein anderer Teil unserer Auserwählten verliert das Interesse am Parteigeschehen und stürzt sich voll in den Prozeß der Gesetzgebung, der durch sie doch gar nicht kontrollierbar ist. Statt mit und mittels der Partei den Vernichtungsreformen in der Gesellschaft zu widerstehen und damit das Kräfteverhältnis zum Nutzen der Allgemeinheit zu verändern, sind sie nur mit dem Widerstand ihrer Fraktion gegen die anderen beschäftigt, und zwar auf dem Niveau von Papieren und Korrekturen. Somit wird die Rolle unserer Partei und unserer Anhänger in der Gesellschaft auf das Maß einer protestierenden Wahlgemeinschaft reduziert. Und genau das wurde von Marx als Krankheit des Partei-Kretinismus bezeichnet. Lenin hat das schon früh erkannt. Er zog eine exakte Grenze zwischen Partei und Duma-Fraktion, die nur eines der Werkzeuge der Parteiarbeit in der Gesellschaft ist. Wir dagegen bringen, indem wir den größten Teil der Parteileitung aus taktischen Gründen in die Duma-Fraktion einbeziehen, die Partei strategisch in Schwulitäten. Wir helfen unseren Gegnern, die Meinung zu festigen, daß die Kommunisten gar nicht die Macht und die Verantwortung für das ganze Land übernehmen wollen. Sie sind mit einer Beteiligung an beliebiger Macht ohne eigene Verantwortung zufrieden. Für viele ist die Partei nur ein Mittel, nicht aber ein Ziel und Werkzeug für

unsere durchdachte und energische Arbeit in der Gesellschaft. Und das wird so lange dauern, wie wir unseren Genossen, die dank kollektiver Bemühung der gesamten Partei zu Deputierten gewählt wurden, gestatten, die Ergebnisse dieser Bemühungen individuell, also im kleinbürgerlichen Sinne, zu nutzen. Man muß die bittere Wahrheit feststellen, daß das kleinbürgerliche Herangehen nicht nur die Gesellschaft, sondern auch die Partei bis in die Spitze beherrscht. Eigentlich müßte der Kommunist seine Bezüge als Deputierter voll in die Parteikasse einzahlen und seinen Lohn entsprechend der Festlegung der Genossen aus dieser Kasse beziehen. Jede Partei führt, wenn sie an die Macht kommt, in der gesamten Gesellschaft die Beziehungen ein, die sich in ihr selbst herausgebildet haben. Und worin unterscheiden sich unsere Beziehungen innerhalb der Partei von den heutigen Beziehungen in der Gesellschaft? Vielleicht wird deswegen von uns gesagt, wir kämpften nicht um kommunistische Veränderungen, sondern

wollten nur eine Revanche, also eine Rückkehr zur Vergangenheit?

Die besten Kräfte der KPRF müssen in der Parteiarbeit konzentriert werden. Das ist die Hauptaufgabe! Doch von unseren leitenden Genossen hören wir etwas anderes: Für die Duma brauche man vor allem Fachleute – Juristen, Ökonomen, Finanzspezialisten, Soziologen, Politologen usw., um mit dem notwendigen Wissen an Gesetzen zu arbeiten. Diese bedienen, nebenbei gesagt, die Interessen einer verschwindenden Minderheit. Ja, der komplette Staatsapparat ist ja nur noch ein Komitee für die Aufgaben der Oligarchen. Ich bin davon überzeugt, daß gerade dort standhafte Kommunisten benötigt werden, die dank ihrer Bewegungsfreiheit und der Immunität als Abgeordnete aktive Propagandisten, Agitatoren und Organisatoren eines weitgesteckten Kampfes um die Realisierung unserer Programmziele sein müssen.

Übersetzung: Dr.-Ing. Peter Tichauer

KPB unterstützt Lukaschenko

In Minsk hat der VII. (XXXIX.) Parteitag der KP Belorußlands (KPB), stattgefunden. Im Rechenschaftsbericht des Ersten Sekretärs des ZK der KPB Walerij Sachartschenko und in den Reden von Parteitage delegierten wurde davor gewarnt, die anstehenden Wahlen der Deputierten des belorussischen Parlaments und danach die Wahl des Präsidenten Belorußlands könnten den Westen auf den Gedanken bringen, in der Republik eine Wiederholung der jugoslawisch-georgische Variante zu versuchen.

Auf dem Parteitag wurde das Programm der KPB in neuer Fassung beschlossen. In ihm wird klargestellt, daß die ideologische Grundlage der KPB, die zum Nachfolger der Kommunistischen Partei Belorußlands im Bestand der KPdSU auf dem Territorium der Republik geworden ist, die marxistisch-leninistische wissenschaftliche Theorie bildet. Der Kampf für die Volksmacht, für Gleichheit, soziale

Gerechtigkeit und Sozialismus – das sind die Hauptziele, auf deren Erreichung die gesamte Tätigkeit der KPB gerichtet ist. Eben deshalb bezieht die Partei die Position aktiver Unterstützung des Kurses, der in Belorußland unter Führung von Präsident Alexander Lukaschenko ausgearbeitet und realisiert wird.

Zur Wendung der belorussischen Gesellschaft auf den Weg des Aufbaus des Sozialismus hält es die KPB für notwendig, sich an die Spitze des Kampfes für die Wiederherstellung der Macht des werktätigen Volkes zu stellen und keine Restauration des Kapitalismus zuzulassen. Eine der Hauptaufgaben besteht darin, die Stärkung und Entwicklung des belorussisch-russischen Unionsstaates zu erreichen und etappenweise die Wiedergründung der Union der Sowjetvölker auf freiwilliger Grundlage zu erringen.

Leider, so hoben die Delegierten hervor, stellen sich die Kräfte der inneren „Anti-Lukaschenko“-Opposition der Schaffung des Unionsstaates entgegen. Ihnen hat sich auch die von marxistisch-leninistischen Positionen abgegangene Partei der Kommunisten Belorußlands angeschlossen, die dem Wesen nach dem Westen und der oligarchischen Führung Rußlands hilft und gegen die Vereinigung unserer Völker kämpft.

Oleg Stepanjenko, Korrespondent der „Prawda“

Übersetzung: Eberhard Bock



Erinnerungen an den österreichischen Kommunisten Sepp Teufl

Meine Rechnung geht bis Anfang Mai

„Wenn die Ereignisse so forteilen wie gerade jetzt, so hoffe ich auf ein recht baldiges Wiedersehen. Wir alle befinden uns hier in Höchstspannung, und jeder malt schon die nahe Zukunft in den rosigen Farben. Meine Rechnung geht jetzt bis zum 1. Mai ...“ – so Sepp Teufl in seinem letzten illegalen Brief vom 30. März 1945 aus dem KZ Mauthausen.

Ingeborg Ertelt erzählt in ihrem vor kurzem erschienenen Buch ihre Kindheits-erinnerungen an ihren Vater, den österreichischen Kommunisten Sepp Teufl, einen der 12 Helden des Zentralkomitees der KPÖ.

Sepp (Josef) Teufl, von Beruf Maschinenschlosser, war seit Ende der zwanziger Jahre Mitglied der Kommunistischen Partei Österreichs. Nach dem Verbot der Partei im Mai 1933 war er Landesobmann



Letztes Foto von Genossen Teufl (1944)

in Oberösterreich und wurde nach dem Februar 1934 in das Zentralkomitee der KPÖ gewählt. Mehrmals durch die Austrofaschisten festgenommen und inhaftiert, reorganisierte Teufl nach der Okkupation Österreichs durch Nazi-Deutschland die Partei. Die Gestapo Linz berichtete 1938 nach Berlin: „Teufl Josef, Landesobmann der KP Oberdonau, führte den Decknamen Brand und entfaltete im Gau Oberdonau eine große organisatorische Tätigkeit, ... ist ... fanatischer Kommunist ...“

Im September 1944 verhaftete schließlich die Gestapo Teufl und lieferte ihn in das KZ Mauthausen ein, wo ihn die SS grausam quälte. Am 28. April 1945 wurde er gemeinsam mit 41 Häftlingen, fast alle Kommunisten, auf ausdrücklichen Befehl des NS-Gauleiters mit der Begründung,

daß ein wiedererstandenes Österreich „keine aufbauwilligen Kräfte“ vorfinden solle, in die Gaskammer getrieben und ermordet.

Diese Buchveröffentlichung ist ein weiterer wichtiger Beitrag des KZ-Verbands Oberösterreich zum Gedenken an Sepp Teufl und seine Genossinnen und Genossen, die im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben einsetzten und verloren. Heute erinnert im Linzer Arbeiterviertel Binder-michl ein Straßennamen an Sepp Teufl. Im Krematorium des KZ Mauthausen befindet sich eine Gedenktafel ebenso wie am

Eingang zur Tabakfabrik Linz, seiner langjährigen Arbeitsstätte.

Ingeborg Ertelt ist es mit diesem Buch gelungen, ein bewegendes Bild über Sepp Teufl und ihre ganze Familie zu zeichnen, auf daß sie niemals vergessen werden.

Harald Grün, Linz/Österreich

Ingeborg Ertelt: Meine Rechnung geht bis Anfang Mai. Aus dem Leben des Widerstandskämpfers Sepp Teufl (1904–1945). Mit einem Vorwort von a. o. Univ.-Prof. Dr. Hans Hautmann. 124 S. Buchverlag Franz Steinmaßl, Grünbach 2003. 14,90 €. ISBN: 3-902427-03-5

Antifaschistische Solidarität in Buchenwald

Wie ich Theo Neubauer schützen half

Mit Interesse habe ich den Artikel von Günter Freyer über Dr. Theodor Neubauer (RF Nr. 72) gelesen. Dazu einige persönliche Erinnerungen.

Ich war ab Juli 1937 Häftling im KZ Buchenwald. Nachdem ich beim Lagerappell infolge der mörderischen Bedingungen im Arbeitskommando bewußtlos zu Boden stürzte, wurde ich von einem Kameraden in das Häftlingsrevier gebracht. Nach zwei Tagen sollte ich mit der Aussicht entlassen werden, wieder in das gleiche Kommando zurückzukehren. Zufällig war der Lagerarzt anwesend. Ein Kamerad des Reviers bat ihn, mich dort als Schreibkraft zu belassen, da eine solche dringend gebraucht wurde und ich gut maschineschreiben konnte. Der Lagerarzt stimmte zu. So wurde ich der erste Häftlingsschreiber. Zu meinen Aufgaben gehörte es u. a., das Revierbuch zu führen und die Namen der täglich verzeichneten Toten sowie der ambulanten und stationären Kranken einzutragen.

Eines Tages sah ich Theo Neubauer völlig erschöpft an der Wand des Reviers lehnen. Er war nach der schweren und langen Arbeit bei gänzlich unzureichender Ernährung am Ende seiner Kraft. Der stellvertretende Kapo des Reviers, der Kommunist und frühere Landtagsabgeordnete Walter Krämer, veranlaßte, daß Genosse Neubauer in die Krankenstation eingewiesen wurde. Hier blieb Theo drei Tage, bis er wieder einigermaßen bei Kräften war. Natürlich barg die stationäre Aufnahme für die Mitarbeiter des Reviers ein Risiko, das schwerste Folgen haben konnte. Der Eingewiesene war ja nicht krank, sondern „nur“ restlos ausgepowert. Und was wir taten, geschah nicht nur aus Solidarität, sondern war auch Widerstand gegen die Lagerleitung. Um Theo Neubauer den

Aufenthalt in der Station zu ermöglichen, fertigten wir ein Krankenblatt an, auf dem eine fingierte Diagnose vermerkt war. Glücklicherweise nahm der Lagerarzt bei seiner Visite von Genossen Neubauer kaum Notiz.

Wir haben Theo auf solche Art dreimal in die stationäre Behandlung bringen können, bis es gelang, ihn mit Hilfe anderer Kameraden in ein leichteres Arbeitskommando einzugliedern. Das solidarische Handeln der Mitarbeiter des Reviers hat ihn in Buchenwald vor der Vernichtung bewahrt. Nach der Entlassung konnte er den illegalen Kampf bis zu seiner endgültigen Verhaftung, die dann zum Todesurteil führte, zunächst einmal fortsetzen.

Nebenbei bemerkt: Kapo des Reviers war zu dieser Zeit ein gewisser Willi Klangwart. Er trug den roten Winkel eines politischen Häftlings. Tatsächlich aber war er in der SS-Sprache ein BVer (Berufsverbrecher). Er entlarvte sich ungewollt selbst. Als Theo Neubauer eines Tages vor seiner stationären Aufnahme wieder erschöpft an der Wand lehnte, sagte Klangwart hämisch zu mir: „Das sind nun Eure Führer.“ Dieser Mann wurde bald darauf aus der Haft entlassen. Die Leitung des Reviers übernahm Walter Krämer. Das war ein Segen, denn für ihn stand die Solidarität über allem. Der Schutz für Theo Neubauer war nur ein Beispiel. Übrigens: Es ist kaum vorstellbar, wie sich die Kameraden des Reviers in unglaublich kurzer Zeit ein solches medizinisches Wissen aneigneten, daß sie nahezu alle vorkommenden Krankheitsfälle selbst behandeln konnten. Viele Häftlinge wurden dadurch wieder gesund, was nicht wenigen das Leben rettete.

Herbert Thomas

30 Kundschafter der DDR-Aufklärung melden sich zu Wort

Es hat sich gelohnt

„Die uns allen gemeinsame Motivation bestand objektiv darin, einen Beitrag zum Schutz des ersten sozialistischen Staates in Deutschland zu leisten und damit dem Frieden zu dienen. Wir haben, glaube ich, auch durch unsere Haltung nach der Niederlage zeigen können, daß die DDR-Auslandsaufklärung eine besondere moralische und politische Qualität hatte. Darin liegt aus meiner Sicht das wichtigste Ergebnis unserer politischen Arbeit.“ Dieses Fazit im Beitrag Klaus von Rausendorffs wählten die Herausgeber Klaus Eichner und Gotthold Schramm als Motto des Buches „Kundschafter im Westen“.

Zu Recht bezeichnen Werner Großmann und Markus Wolf als Autoren des Vorworts das Buch als außergewöhnlich: 30 Autoren bekennen sich zu ihrer Tätigkeit als Kundschafter für den Frieden und wenden sich unter dem gemeinsamen Motto an die Öffentlichkeit. Und es ist verständlich, daß angesichts des gesellschaftlichen Klimas in der BRD einige der Autoren es aus persönlichen Gründen vorgezogen haben, sich unter Pseudonym zu äußern. So sehr sich die Autorinnen und Autoren durch Alter, Geschlecht, Herkunft, Entwicklungsweg, Bildungsgang, Beruf, ausgeübte Funktion und aktuelle soziale Situation auch unterscheiden, ausnahmslos alle stehen zu dem, wofür sie sich entschieden und eingesetzt haben. Gleichermaßen unterschiedlich waren ihre Ausgangspositionen und die Anlässe für ihren Entschluß zur konspirativen nachrichtendienstlichen Arbeit – vergleicht man z. B. Klaus Kuron, den Karriere-Beamten im BfV, Rainer Rupp, den ins NATO-Hauptquartier gelangten Kundschafter oder Günter Guillaume, den übersiedelten DDR-Bürger. Sie alle lassen keinen Zweifel daran, daß sie aus politischen und ideologischen Motiven für die Auslandsaufklärung der DDR – für die Hauptverwaltung A des Ministeriums für Staatssicherheit, die Verwaltung Aufklärung des Ministeriums für Nationale Verteidigung oder für die Spionageabwehr (HA II des MfS) tätig waren.

Das Buch ist ein wichtiger Beitrag für die Auseinandersetzung mit all denen, die nicht müde werden, gerade diese Motivation der Kundschafter der DDR zu leugnen und zu verfälschen, die ihnen – wie der Aufklärung der DDR insgesamt – absprechen wollen, daß ihre Ziele vornehmlich die Erhaltung und Sicherung des Friedens, der Schutz der DDR und zu keiner Zeit Vernichtung oder Zerstörung der BRD waren. Die Beiträge der Autoren strafen alle die der Lüge, die, wie Herr Müller-Enbergs in seinem Verriß des Buches ihren Einsatz und ihre Haltung diffamieren, ihre Leistung verunglimpfen wollen. Der „Rezensent“ von der Gauck/Birthler-Behörde meint: „Freilich hat dieses Buch die Funktion, die nachrichtendienstliche Arbeit der DDR zu legitimieren. Nicht wenige der Autoren machen politische Motive für ihr jahrelanges Doppelleben geltend ... Selten

nur schimmert das Wahre im falschen Leben durch.“ (ND, 02. 10. 2003)

Keiner der Autoren bezeichnet sein nachrichtendienstliches Wirken als „falsches Leben“. Und weder die Autoren noch die Herausgeber haben es nötig, „die nachrichtendienstliche Arbeit der DDR zu legitimieren“: Diese Arbeit bedarf keiner nachträglichen Legitimierung – sie war legitim!

So bekennt Dieter Popp: „Um zu verhindern, daß aus dem Kalten Krieg ein heißer wurde, entschloß ich mich, Aufklärer für die NVA zu werden.“ Rainer Rupp betont, daß „die Triebkraft für mein Handeln in meiner begründeten Sorge um die Gefahr eines bewaffneten Konflikts in Europa lag, da dieser schnell außer Kontrolle geraten wäre. (...) In der Aufgabe mitzuhelfen, einen Krieg zu verhindern, habe ich meine oberste moralische Pflicht gesehen.“ Karl Gebauer ging es darum, „sich für die soziale Achtung und Würde seiner Mitmenschen einzusetzen. Wir nannten uns Kundschafter für den Frieden und waren darauf bedacht, daß die NATO-Seite kein Übergewicht bekam, welches sie verführt hätte, einen Krieg anzuzetteln. Das Gleichgewicht der Kräfte hielt immerhin 40 Jahre, und daran haben Leute wie ich ihren Anteil.“

Angesichts der periodisch bemühten Wellen von Diffamierung und schmutziger Phantasie („Serienkiller“ u. ä.), mit denen in der heutigen BRD die Delegitimierung der DDR und besonders ihrer Nachrichtendienste immer wieder neu betrieben werden soll, ist den Autoren und den Herausgebern ausdrücklich Dank und Anerkennung für diesen Beitrag zur Verteidigung der Wahrheit auszusprechen.

Das Buch ist interessant, ja fesselnd, weil in sehr persönlicher Weise Erlebnisse, Empfindungen und Erfahrungen geschildert werden, in Tagebuchaufzeichnungen, Briefen und Interviews dem Leser Erfolg wie Erlittenes, gepaart mit Erkenntnissen und Bekenntnissen, nahe gebracht werden. Einige Autoren vermitteln auch eine sehr intime Sicht auf Leben und Verhalten in der Konspiration.

Beeindruckend ist die menschliche Größe, mit der alle Autorinnen und Autoren ungebrochen trotz Haft, Demütigungen, Erpressungsversuchen, sozialer Diskriminierung und Ausgrenzung zu ihrer Tätigkeit und Haltung stehen.

Wie Rainer Rupp seine Erfahrung in der JVA Saarbrücken schildert Gabriele Gast im Buch unaufdringlich und ergreifend das von ihr in der Haft Erlittene, die Isolationsfolter. Weitere Autoren vermitteln menschlich ergreifend Erfahrungen, persönliche Gefühle und Erlebtes in der Konfrontation mit der Justiz im Gerichtssaal wie im Gefängnis.

Viele der Beiträge geben Antwort auf die häufig gestellte Frage, warum sich Bürger im Westen für die DDR entschieden haben. Gabriele Gast hat bereits an ande-

rer Stelle geantwortet, „daß die DDR auf eine ganze Reihe von Bundesbürgern, und nicht nur auf angebliche intellektuelle Schwärmer, eine erhebliche politische Anziehungskraft ausübte. Das förderte die Bereitschaft, sie gegen den ständigen Druck Bonns zu unterstützen. Aus diesem Reservoir konnte die HVA schöpfen. Vergleichbares hatte der BND in der DDR nicht.“ (ND, 22. 03. 1999). Klaus Kuron erläutert: „Die Gründe, mich gegen die BRD und für die DDR zu entscheiden, waren für mich stichhaltig und sind auch heute noch nachvollziehbar.“ Und er verweist u. a. auf größere soziale Gerechtigkeit in der DDR und setzt hinzu: „Ich habe auch deshalb für die DDR gearbeitet, weil ich wollte, daß beide deutsche Staaten zumindest im Aktionsbereich Nachrichtendienst voneinander wissen, damit das Gleichgewicht der Kräfte gewahrt bleibe.“

Einige der Beiträge vermitteln anschaulich das über den dienstlichen Charakter hinausgehende kameradschaftlich enge, von zumeist politisch gleicher Gesinnung und Vertrauen gekennzeichnete Verhältnis zu den Führungsoffizieren und weiteren Hauptamtlichen. Häufig wurde daraus Freundschaft, die heute weiter besteht.

In völligem Unverständnis für diese Partnerschaft, die auch den entschlossenen Einsatz der Hauptamtlichen für den Schutz der Kundschafter während der Auflösung der DDR-Dienste umfaßte, meint der Rezensent Müller-Enbergs – wider besseres Wissen – der HVA „eigenes Versagen bei der Aktenvernichtung“ und ihrem Leiter, Generaloberst Großmann, Verantwortung für „unzulänglichen Quellenschutz“ unterstellen zu können. Er wird aber bestätigen, daß seine Behörde bisher keine einzige Akte der HVA vorgelegt hat (weil vernichtet), mit der die Tätigkeit auch nur eines Kundschafters ausgewiesen werden konnte oder die Bewertung der Motivationen der Kundschafter ermöglicht worden wäre. Auf dubiose Weise beschaffte Kopien von Karteikarten und Datenträger elektronischer Informationsspeicher (SIRA) sagen weder etwas über die tatsächliche Arbeit noch die Beweggründe der inoffiziellen Mitarbeiter aus. Ausgangsinformationen (von der HVA vollständig im Archiv hinterlassen und laut M.-E. „Informationsberichte an die Parteiführung“) sind ausgewertete Arbeitsergebnisse. Gabriele Gast brachte es schon vor längerem auf den Punkt: „... wir lassen uns nicht durch diffuse Gerüchte und unbewiesene Behauptungen gegen die ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeiter der HVA, die zumeist auch unsere Freunde waren und es größtenteils noch sind, blindlings aufhetzen.“ (ND, 22. 3. 1999)

Wie Dieter Feuerstein nach der Haftentlassung auf die Frage, ob es sich gelohnt habe, antwortete: „Ja – ein halbes Jahrhundert Frieden in Europa, das hat sich schon gelohnt“, so lohnt es sich, das im Buch nachzulesen.

Oberst a. D. Bernd Fischer

50 „Rote Kalenderblätter“ aus Brandenburg

Das erste Heft der von der Brandenburger DKP monatlich herausgegebenen Chronik erschien im Januar 2000 mit einem Beitrag von Karl Marx über den Kölner Kommunistenprozeß und mit einer biographischen Skizze zum Geburtstag von Wilhelm Pieck. Nachdem Jahr für Jahr ein Dutzend weiterer Hefte herausgekommen ist, kann im Februar 2004 die 50. Ausgabe der „Roten Kalenderblätter“ vorgelegt werden. Der biographische Beitrag ist diesmal dem Gewerkschaftsführer Herbert Warnke gewidmet, im Mittelpunkt einer wissenschaftlichen Analyse steht Karl Liebknechts Broschüre „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugend“ aus dem Jahre 1907.

50 Kalenderblätter, die jeweils in Jahreshänden zusammengefaßt worden sind, vermitteln mit über 200 Artikeln zu bedeutenden Ereignissen aus der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung einen verdichteten Einblick in die Kämpfe der Werktätigen um ihre politische und soziale Befreiung. Die Autoren berichten über Siege und Niederlagen von den Anfängen der revolutionären Bewegung bis in unsere Tage. Einen bedeutenden Platz nehmen Zeitzeugenberichte ein. Das sind dann in der Regel keine allseitigen Betrachtungen historischer Prozesse, sondern häufig Momentaufnahmen der persönlich erlebten Vergangenheit. Aber gerade das ist ein Stück eigenen Lebens, wie es sich für Kommunisten in Ost und West vollzogen hat. Obwohl wir den Klassenkampf unter unterschiedlichen Bedingungen führten, wurden die Erfolge stets gemeinsam errungen. Auch der Sieg der Konterrevolution in der DDR stellte eine gemeinsame Niederlage der revolutionären Arbeiterbewegung ganz Deutschlands dar.

Bemerkenswert waren die Beiträge im Oktoberheft des Jahres 2002. Unter dem Titel „Brandenburger Kommunisten stehen zur DDR“ berichteten acht Aktivisten der ersten Stunde, wie sie die Gründung ihres Staates erlebten und wie sie durch dessen sozialistisches Umfeld geprägt wurden. Die DDR war in der Tat das Werk von Generationen revolutionärer Arbeiter, die seit den Tagen des Bundes der Kommunisten für ein solches Deutschland gekämpft haben. Deshalb soll nach dem Willen der heutigen Machthaber jede Erinnerung an sie und ihre Leistungen ausgelöscht werden. Man will ihre Repräsentanten vergessen machen. Denkmäler werden geschändet, Gedenkstätten geschlossen, Straßen und Plätze umbenannt. Hier steuern wir dagegen. In 50 biographischen Skizzen haben wir Monat für Monat ein wahres Bild je-

ner Persönlichkeiten gezeichnet, die sich um die revolutionäre Arbeiterbewegung und den sozialistischen deutschen Staat verdient machten. Es sind Arbeiter, Politiker, Wissenschaftler und Künstler.

„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!“ Eingedenk dieser Worte Lenins haben wir den theoretischen Arbeiten unserer Klassiker besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Gesellschaftswissenschaftler verschiedenster Disziplinen – Philosophen, Ökonomen und Historiker – haben sich eingehend mit den Werken von Marx, Engels und Lenin beschäftigt. In einer Vielzahl analytischer Beiträge wurde der theoretische Reichtum des Marxismus-Leninismus untersucht und seine Bedeutung für die Lösung aktueller Fragen erschlossen. Der enge Zusammenhang zwischen den Auffassungen

von Marx und Engels und ihrer Weiterentwicklung durch Lenin zieht sich wie ein roter Faden durch diese Artikelserie. Marx’ „Kapital“ und Lenins „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ oder Marx’ „Bürgerkrieg in Frankreich“ und Lenins „Staat und Revolution“ veranschaulichen die innere Einheit der Theorie der Klassiker. Fortan wollen wir uns den theoretischen Leistungen auch anderer Persönlichkeiten der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung zuwenden. Die Autoren unserer Beiträge sind keineswegs nur Mitglieder der DKP, sondern gehören auch anderen linken Parteien und Organisationen an oder sind Parteilose. Einig wissen sich alle im Bekenntnis zum wissenschaftlichen Sozialismus und in der Verbundenheit mit den Traditionen der revolutionären Arbeiterbewegung. In diesem Sinne leisten die „Roten Kalenderblätter“, die gegen den Geschichtsrevisionismus auftreten, einen Beitrag zur Aktionseinheit aller linken Kräfte.

Prof. Dr. Erich Kundel

Eine Pseudo-Biographie

„Honecker. Eine Biographie“ ist das Taschenbuch betitelt, das aus der Feder eines Ulrich Völklein stammt und 2003 im Aufbau Taschenbuchverlag Berlin unter der ISBN 3-7466-1921-1 erschien. Der runde rote Aufkleber „Erste umfassende Biographie im Taschenbuch“ unterstreicht die Notwendigkeit, dieses Druckerzeugnis zu kaufen. Ich habe es getan und ausnahmsweise recht bald gelesen. Nicht nur, weil ich Biografien sehr mag, sondern auch, weil Erich Honecker über viele Jahre meines Lebens mit seiner Tätigkeit mein Dasein als SED-Mitglied und Offizier der NVA beeinflusste.

Die alles in allem 468 Seiten erscheinen durch übersichtliche Anmerkungen, eine umfangreiche Literaturliste und ein ausführliches Personenverzeichnis auf den ersten Blick als eine recht solide Fundgrube. Wer allerdings eine Lebensbeschreibung, und nichts anderes heißt ja „Biographie“, erwartet, der sollte die Finger von diesem Taschenbuch lassen. So von oben herab und unpersönlich wie der Buchtitel „Honecker“ ist das ganze Werk. Zweifelsfrei hat der Autor fleißig gearbeitet, in Archiven gesucht und Bücher gelesen. Den Menschen Erich Honecker als Person zu beschreiben, ist ihm jedoch nicht gelungen.

Beeindruckt hat mich die objektive Schilderung der Lebensverhältnisse im Saarland um das Jahr 1912 und danach. Erschreckend sind gewisse Parallelen zum heute wieder in alter Form erwachenden brutalen Kapitalismus, die mir beim Lesen in den Sinn kamen. Je mehr sich der Autor allerdings dem Jahr 1945 nähert, desto

weniger bleibt die Person Erich Honecker Gegenstand des Buches. Die bis hierher lichten Momente werden ersetzt durch ein Bad in Zitaten, Häme über Probleme in der jungen DDR und das Auskosten von Fehlern in der politischen Praxis. Man brauchte kein Wort über „Honecker“ zu verlieren, formte dieses Buch nicht einen Rahmen aus tatsächlichen Ereignissen, Dokumentfetzen aus Archiven und politischen Spitzfindigkeiten, der so etwas wie die Geschichte der DDR vorgaukelt, aber dann leer bleibt.

Nicht Erich Honecker als Person der Zeitgeschichte oder als Mensch schlechthin wird hinterfragt. Der Autor befleißigt sich, den Staat DDR und die kommunistische Idee überhaupt ideologisch anzugreifen, zu kriminalisieren und auf dem Papier zu zerstören. Daran ändert auch das Mitleid nichts, das der Autor zumindest zwischen den Zeilen mit dem Gestürzten und vor Gericht Gezerrten vermittelt. Herr Völklein ergießt sich in einer fast genüßlichen Schilderung des Endes der sozialistischen Länder und protokolliert akribisch den politischen Untergang der DDR.

Den Schluß des Taschenbuches bildet die emotionslose, buchhalterisch anmutende Darstellung des inhumanen Umgangs der bundesdeutschen Sieger mit dem todgeweihten Erich Honecker und seines Sterbens in der Fremde. Natürlich nicht, ohne noch einen kleinen Seitenhieb zu Bestattungswunsch und Bestattungswirksamkeit anzufügen.

Richard Georg Richter, Cloppenburg

Angekündigt wurde eine Autobiographie. So eingestimmt, begann ich das brandneue Buch zu lesen. Lebensberichte sind mir immer willkommen, denn sie vermitteln etwas von dem magischen Hauch eines einzigartigen, unverwechselbaren Daseins. In der Tat: Schon nach der ersten Seite ist klar, daß es sich um eine anregende, spannende Lektüre handelt, die man nur ungern aus der Hand legt.

Dr. Manfred Böttcher, geboren 1928, sicher nicht wenigen bekannt als Generaldirektor der Deutschen Werbe- und Anzeiengesellschaft DEWAG der DDR, hat ein von der NORA Verlagsgemeinschaft herausgegebenes Buch geschrieben, in dem er seinen über sieben Jahrzehnte zurückgelegten Weg lebendig werden läßt. Nicht nur die für das eigene Leben wichtigen Stationen sind darin festgehalten, sondern vor allem die Menschen an seiner Seite, das ihn prägende Milieu, Regional- und Weltgeschichte. Der Autor vermag es, mit einer an vielen Stellen bildhaften Sprache das Geschehen so detailliert und anschaulich zu fassen, daß man meint, selbst dabei gewesen zu sein.

Zum Glück hat sich Manfred Böttcher der Mühe unterzogen, dies alles aufzuschreiben. So bleibt erhalten, was vor allem der jungen Generation vermittelt werden sollte. Und das sind nicht nur Name und Gesicht eines einzelnen. Das Buch mit dem zur Diskussion anregenden Titel „Haben wir das verdient?“ geht weit darüber hinaus. Wenigstens zwei Aspekte machen aus dem Stoff mehr als eine Autobiographie. Da ist zum einen der gewählte Einstieg in die Lektüre. Dieser beginnt nicht mit dem üblichen Verweis auf das eigene Geburtsdatum, sondern mit einer Polemik zwischen zwei Freunden, deren Wege sich vor langer Zeit trennten. Der eine ging in den Westen, der andere blieb in der DDR. Nach 1989 sehen sie sich wieder, und der eine sagt: „Die Mauer ist endlich gefallen.“ Der andere antwortet: „Vor allem wir älteren Bürger empfinden, wie sich das Rad der Geschichte wieder zurückgedreht hat, und zwar in Ost und in West.“

Manfred Böttcher nutzt den in den einzelnen Kapiteln eingeflochtenen Dialog, um treffsicher und argumentativ zu fast allen aktuellen Fragen, die mit der konterrevolutionären Rückwende aufgebrochen sind, Stellung zu nehmen. Er läßt keinen Zweifel daran, auf welcher Seite er steht. Als junger Mensch hat er sich seinen Standpunkt hart erkämpft, im Ringen mit sich selbst und der Umwelt, um ihn fortan – auf welches Bewährungsfeld er auch immer gestellt war – mit Herz und Verstand zu vertreten. Seine kritische Parteilichkeit, unglaubliche Sachkenntnis und enge Verbindung mit den arbeitenden Menschen halfen ihm bei der Suche nach richtigen Entscheidungen.

Man spürt, daß die DDR dem Autor besonders am Herzen liegt. So ist es nur folgerichtig, daß deren Zeitbeschreibung einen recht großen Raum einnimmt. Die Darstellung seiner Entwicklung vom Studenten über den Hauptreferenten im Finanzapparat und Wirtschaftsjournalisten bis zum Generaldirektor bezieht sich

Stationen eines Kämpferlebens

nicht nur auf den beruflichen Werdegang, sondern könnte sogar als eigenständiges Werk unter dem Titel „Lehrbuch für politische Ökonomie des Sozialismus“ publiziert werden. Verblüffend das bestechende Maß an Kompetenz und Engagement, mit dem dieses geschichtliche Kapitel aufgeschlagen wird. Auf einen solchen analytischen Reichtum hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR zu stoßen, halte ich für einen seltenen Glücksumstand. Der zweite Aspekt, der bei dieser Besprechung unbedingt Erwähnung finden muß, bezieht sich auf den letzten Teil des Buches, in dem Manfred Böttcher zum „Leben im anderen System“ Stellung nimmt. Gemeint ist der Existenzkampf, dem wir heute ausgesetzt sind. Der Autor kann seine Lebens-

beschreibung nicht beschließen, ohne auf die rasant zunehmende Bedrohung der gesamten Menschheit durch das imperialistische System einzugehen. Und er stellt fest: „Das einzige, was sie (die Herrschenden) wirklich fürchten, sind ein wachsendes Bewußtsein der Menschen und deren Erkenntnisse über die wahren Ursachen einer sich sozial verschlechternden Welt sowie über Gewalttaten und Kriege.“ Für sie ist „jeder Gedanke über Alternativen einer zu viel“. Aber genau das ist der Grund, warum dieses Buch geschrieben wurde.

Bruni Steiniger

Manfred Böttcher: Haben wir das verdient? Im Blick sieben Jahrzehnte, drei Gesellschaftsordnungen und ein Leben, NORA Verlagsgemeinschaft Dyck &

Vorführung eines Klimow-Films in Dresden

„Geh und sieh!“

Anläßlich des Todes des sowjetischen Regisseurs Elem Klimow am 23. 10. 2003 wurden im Dresdner Kino „Metropolis“ seine bedeutendsten Filme aufgeführt, darunter „Geh und sieh“, welcher in Belorußland zur Zeit der faschistischen Besetzung spielt. Er schildert den Mord an der Bevölkerung von über 600 Dörfern durch SS und Wehrmacht und handelt zugleich vom Partisanenkrieg gegen die deutschen Okkupanten. Schonungslos zeigt dieser Film, welche Greuel das Herrenmententum hervorbrachte, aber auch, wie die Folgen der Untaten auf die Täter zurückfielen. Nicht zuletzt wird die Entwicklung des Faschismus aus dem kapitalistischen System heraus eindrucksvoll dargestellt. Der Regisseur benutzt die Form rückwärts laufender Zeitrafferwiedergabe von Filmdokumenten, endend beim Säugling Adolf Hitler auf den Armen seiner Mutter. Der realistische Eindruck wird dadurch verstärkt, daß sich alle Personen ihrer Originalsprache bedienen. Hier gibt es kein gebrochenes Deutsch, wie es in manchen anderen Filmen gesprochen wird, sondern echte Dialekte. Die russischen Texte wurden durch deutsche Untertitel verständlich gemacht. Kurz: ein sehenswerter Film. Ich bin froh, daß mich Anke zum Kinobesuch bewegte.

Ein dickes Aber betrifft die Umstände der Vorführung. Schon am Kinoegang ging es los: Eintrittspreis 7 Euro, Ermäßigte (Schüler, Studenten, Arbeitslose) 6 Euro. Ein wahres Schnäppchen. Anke besitzt als Sozialhilfeempfängerin einen „Dresden-Paß“, welcher neben einem Zuschuß zum Erwerb einer Monatskarte der öffentlichen Verkehrsmittel auch zur Erlangung von Ermäßigungen in kulturellen Einrichtungen dient. „Aber doch nicht im

„Metropolis!“, machte uns der junge Mann an der Kasse klar. Nun ja, man könnte spekulieren, daß die meisten Filme in diesem Kino nicht unter den Begriff „Kultur“ fallen, was eine Ermäßigung ausschließt.

Um 14 Euro ärmer betraten wir den Vorführungssaal. Ich war überrascht, ihn fast vollständig gefüllt zu sehen. Sollte ich etwa mit meiner Meinung über die Dresdner Bevölkerungsmehrheit schief liegen? Leider war es der falsche Saal. Im richtigen kam mein Weltbild angesichts der 25 Besucher wieder in Ordnung.

Der Film lief nur wenige Minuten, dann herrschte Leere auf der Leinwand. Dämmerlicht und beruhigende Hintergrundmusik. Ob technische Probleme (Filmriß oder so) vorlagen oder bewußt eine Zwangspause eingelegt worden war, blieb ungeklärt.

War die Lautstärke anfangs aufdringlich, wurde sie später ins Unerträgliche gesteigert. Besonders schlimm war dabei, daß die Verstärker gnadenlos übersteuert wurden, wodurch Verzerrungen und Klirren den Ton noch unangenehmer machten. Durch die Übersetzung wurde der Filmtitel entstellt und entschärft. Statt „Geh und sieh“ stand da „Geh und sieh dir das an“. Man muß kein Sprachwissenschaftler sein, um den emotionalen Unterschied zwischen beiden Versionen zu bemerken.

Alles in allem scheute man keine Mühe, den Besuchern, die einen sowjetischen, inhaltlich antifaschistischen Film sehen wollten, diesen nach Kräften zu vermissen. Und doch bereue ich den Kinobesuch nicht. Wir gingen und sahen. Nicht nur den Film „Geh und sieh“, sondern auch die Manipulationsversuche der Bourgeoisie.

Torsten Reichelt, Dresden

Wie ich von meiner Familie weggerissen wurde

Vor etwas mehr als 50 Jahren wurde ich als Sohn der ca. 17 Millionen zählenden Familie der DDR-Bürger geboren. Wie alle Kinder konnte ich mir meine Familie nicht aussuchen. Es gab keinen Grund, weshalb ich nicht in ihr hätte aufwachsen und leben wollen. Sie bot mir das Gefühl von Geborgenheit sowie die Möglichkeit zu studieren und mich im Berufsleben zu entfalten. Natürlich kam es dann und wann auch mal zu Reibereien. In welcher Familie gibt es keine Konflikte?

Anfang der 70er Jahre begann eine Entwicklung, in der einige meiner Geschwister glaubten, die Geschicke der Familie ganz in ihre Hände nehmen zu können, allein zu wissen, was für die übrigen gut ist und was nicht. Speichellecker biedereten sich diesen an. Doch sehr vielen lag das Wohlergehen der anderen weiterhin mehr am Herzen als die eigene Karriere. Durch ihren Einsatz und ihre Unbestechlichkeit gelang es noch etliche Jahre, den familiären Zusammenhalt zu bewahren und Schwierigkeiten zu beherrschen.

Keine Familie lebt isoliert auf der Welt. Es gibt Nachbarn. Solche, mit denen man sich gut verträgt, und jene, mit denen man weniger harmoniert. Es gibt echte Freunde, aber auch Heuchler und Neider. Und es gibt schließlich auch Leute, die sich – nicht immer durch ehrliche Arbeit und eigenen Fleiß – eine bunt flimmernde Scheinwelt aufgebaut haben und nun verächtlich auf das Nachbargrundstück blicken. Auch in einer Familie kann man es nicht allen recht machen. Spannungen untereinander und natürlich auch Einflüsse der Umgebung hinterlassen Spuren. Das familiäre Wohlergehen bedarf des Einfühlungsvermögens, eines gewissen Maßes an Sensibilität und vor allem eines vertrauensvollen Miteinanders. Unseren Eltern kam diese Fähigkeit mit zunehmendem Alter leider immer stärker abhanden. Sicher wollten sie nur unser Bestes, doch sie wählten den autoritären Weg – nicht ohne Folgen. Nach und nach brach die Familie auseinander. Die Eltern starben, und unsere Nachbarn rechter Hand erschwindelten sich das Sorgerecht. Allerdings nicht aus

Unlängst hatte Archie von einem Redakteur das Argument hören müssen, seine Berichte seien eigentlich voriges Jahrhundert, anachronistisch sozusagen. Sie gehörten einer vergangenen literarischen Gattung an, der sogenannten Flaneurliteratur. Erschrocken griff Archie zum Fremdwörterbuch und fand, daß Flaneur ein Müßiggänger sei, flanieren bedeute, einfach so herumzuschlendern. Als literarisches Genre entdeckte er den Begriff in keinem Lexikon.

Dabei fiel ihm ein, daß das bürgerliche Feuilleton den vor kurzem verstorbenen, viel gelesenen Heinz Knobloch als „einen der letzten großen Flaneure“ und noch dazu aus dem Osten bezeichnet hatte. Von einem inzwischen leider ebenfalls verbliebenen Buchgrafiker, der mit Knobloch zusammenarbeitete, wußte Archie, daß der bekannte Autor ein Frühaufsteher und unermüdlicher Arbeiter war, der sich kaum eine Pause gönnte. Wenn er nicht gerade schrieb, dachte er nach, daß ihm der Kopf rauchte, oder er sammelte Fakten und Daten über Geschehnisse und Menschen, meist Dinge historischer Art. Recherchieren nennt man das wohl. Auch an der Gegenwart schlenderte Knobloch selten achtlos vorbei. Ein Flaneur also? Archie las die Bücher und Berichte dieses Autors stets mit Interesse. Auch hatte er, der gebürtige Breslauer, z. B. aus Alfred Kerrs Reportagen „Aus dem Tagebuch eines Berliners“, geschrieben für eine Zeitung in Breslau, mehr über die damalige Zeit erfahren als aus allen Schilderungen seiner Verwandten in Berlin und Breslau zusammen, mündlich, versteht sich. Bloß so einfach im Herumschlendern konnte

das dem großen Theaterkritiker wohl auch nicht zugeflogen sein. Selbst Roda Roda, der Mann mit der roten Weste, war kein flanierender Wiener Kaffeehausliterat um 1920, wenn man Kurt Tucholsky glauben darf. Der schrieb über Roda Roda: „Wenn sich Wege zum Verständnis des habsburgischen Imperiums, seines Mechanismus und besonders der Mentalität seiner Bewohner und Anrainer eröffnen, so hat Alexander Roda Roda geholfen, sie zu bahnen.“ Nicht umsonst

Archie als Flaneur

mußte dieser wegen seiner journalistischen Tätigkeit den Dienst in der Armee quittieren. Seine ideologische Nähe zu Jaroslav Hasek war offenbar. Unerwartete Schützenhilfe findet Archie bei Vladimir Nabokov, der einige Jahre in Berlin lebte und hier u. a. neun Romane schrieb. In seinem Bericht „Stadtführer durch Berlin“, 1925 in russischer Sprache verfaßt, konstatierte er: „Die Pferdebahn ist verschwunden, die Straßenbahn wird auch verschwinden – und irgend ein kauziger Berliner Schriftsteller der zwanziger Jahre des einundzwanzigsten Jahrhunderts, der unsere Zeit schildern möchte, wird im Museum für alte Technik einen hundertjährigen gelben, etwas klo-

reiner Barmherzigkeit, wie sie es bis heute gern darzustellen versuchen. Nein, die Kinder waren ihnen völlig egal. Sie hatten es nur auf das Grundstück abgesehen.

Unterdessen wohne ich immer noch in meinem früheren Elternhaus. Doch von einem glücklichen Leben kann keine Rede mehr sein. Obwohl ich schon lange volljährig bin, wurde ich, wie viele meiner Geschwister auch, von Stiefeltern zwangsadoptiert. Unsere Stiefgeschwister sagen uns nun, was wir zu tun und zu lassen haben. Um unser Erbe hat man uns betrogen, und man nutzt jede Gelegenheit, uns zu verhöhnen und zu verspotten. Jegliche Erinnerung an unser früheres Leben soll ausgelöscht werden. Die einstigen Familienbande will man zerschneiden. Die alte Geschichte vom Aschenputtel in einer neuen Fassung.

Ich finde es schade, daß eine Reihe meiner Geschwister diesem Druck nicht standgehalten hat. In der Hoffnung auf die Brosamen von der Herren Tisch haben sie sich dazu hinreißen lassen, ihr Elternhaus zu verleugnen und sogar mit Schmutz zu bewerfen.

Immer öfter frage ich mich: Weshalb suche ich mir eigentlich keine neue Familie? Ich bin doch noch nicht zu alt, um mich auf die Suche nach einer neuen Heimat zu begeben. **Wolf-Peter Rudolph**

bigen Straßenbahnwagen mit altmodisch gebogenen Sitzen finden ... Nach Hause zurückgekehrt, wird er darangehen, die einstigen Berliner Straßen zu beschreiben. Dann wird alles, jede Einzelheit, Wert und Gewicht haben ...“

Nabokov trifft fast den Nagel auf den Kopf, aber nicht genau ins Schwarze. Er vermittelt beim Flanieren durch den Berliner Zoo, in der Straßenbahn und in der Kneipe auf melancholisch-witzige Weise genau das

Lebensgefühl eines Emigranten, der sich an dieses Exil nicht gewöhnen kann. Genauso fühlt sich Archie, als Exilant im eigenen Land, durch die Restauration des Kapitals ausgegrenzt und zum Müßiggang verurteilt. Zweifellos ist er ein Flaneur, aber kein nutzloser Müßiggänger. Wer sollte das Lebensgefühl von Hunderttausenden, ja Millionen Menschen besser beschreiben können als solche Betroffenen wie er? Und herumschlendernd eine Wirklichkeit zu beschreiben, die vorwiegend aus teuren Widersprüchen und bedrohlichen Widerwärtigkeiten besteht, die auf den kleinen Jedermann zukommen, ist auch kein reines Flanier-Vergnügen, empfindet Archie. **Manfred Hocke**



Ich bin erst 18, aber schon seit mehreren Jahren Mitglied der Spurensucher von Sebnitz-Sluknov im VVN-BdA. Unsere internationale Gruppe beschäftigt sich mit antifaschistischer Traditionspflege und dem Aufspüren von Bewahrenswertem. Dazu ermitteln und befragen wir Zeitzeugen. Unlängst erlebte ich den Geburtstag des ältesten Kameraden der Gruppe. Es handelt sich um Oberst a. D. Jiri Horský aus Décin. Wir – Honza (Heinz Senenko), Milan Bily und ich – gratulierten ihm, wünschten noch frohe Jahre und übergaben ihm den schriftlichen Gruß mit den Namenszügen des Vorsitzenden des Verbandes der Interbrigaden und des Landesvorsitzenden der VVN-BdA Sachsen, Hannes Schulz. Ich nutzte unseren Besuch für ein kleines Interview.

Mein erstes Interview

Jirka, Du bist heute 94, an welche Kameraden denkst Du da besonders?

Ich war zuerst nach Paris gefahren, um von dort aus nach Spanien zu gelangen. Anfangs wurde ich Interbrigadist der 15. Anglo-amerikanischen Brigade, und zwar im Stab. Später kam ich zur südslawischen Einheit unter dem Kommando des Pragers Nekavasil. Ich denke an ihn und die vielen anderen, so an Michael Bron, der Pole war, jetzt in Schweden lebt und mir vor Minuten telefonisch gratulierte.

Erinnerst Du Dich auch an deutsche Spanienkämpfer?

Gern. Ich denke besonders an Ludwig Renn. Und ich fühle mich mit dem Sebnitzer Alfred Möbius verbunden, den ich freilich in Spanien noch nicht kannte. Er war Meldeläufer im Thälmann-Bataillon und Mitglied der KP Spaniens. Später kämpfte er in Griechenland als ELAS-Partisan. Leider wurde er auf dem Heimweg im März 1945 in Jugoslawien ermordet.

Ich hörte, Du seiest jetzt auch spanischer Bürger?

Tatsächlich. Mein Freund Nekavasil hat die Ehrenurkunde als Staatsbürger des

Königreichs Spanien vor Jahren in Madrid erhalten. Da ich nicht so gesund bin, wurde sie mir wie auch anderen noch lebenden Spanienkämpfern zugesandt.

Was soll ich unseren Freunden von Dir ausrichten?

Sag ihnen, daß ich der Alte geblieben bin, daß ich unverändert zu den Idealen der Solidarität stehe. In mir lebt der Wunsch, in Tschechien wie in Deutschland möge der Antifaschismus über den Ungeist egoistischer Nationalisten siegen.

Lukas Navratil, D. Poustevna



Jiri Horský als junger Offizier

Zwei Frauenporträts

dem Ende der Naziherrschaft im Raum Konstanz in der Antifa, als Stadträtin, als hauptamtliche Gewerkschaftssekretärin, in Frauenausschüssen, um nur einige Stationen zu nennen. In vielen Bereichen war sie die einzige aktive Frau. Sie hat sich mit der Schwierigkeit, Kolleginnen und Mitbürgerinnen zu bewegen, auseinandergesetzt. Zu diesem Zweck schrieb sie eine Reihe von Texten, die Wirkung erzielten. Johanna Hemm setzte sich besonders für den Mutterchutz ein, wandte sich gegen niedrige oder ungleiche Bezahlung von Frauen und betrieb die Schaffung von Kindergartenplätzen. Rechte dieser Art waren damals keineswegs selbstverständlich. Eindringlich wird beschrieben, wie der Antikommunismus in der Gesellschaft auch nach dem Krieg unvermindert geschürt wurde. Gerade in den Gewerkschaften legte man Johanna Hemm wegen ihrer KPD-Zugehörigkeit viele Steine in den Weg. Unbeirrt vertrat sie die Position der Einheitsgewerkschaft und wich von diesem Grundsatz keinen Millimeter ab. Nachvollziehbar für westdeutsche Leserinnen

und Leser anderer Generationen wird der Druck, der wegen unterstellter Ostkontakte auch in den Gewerkschaften ausgeübt wurde.

Die Tochter Vera Hemm, Chemielaborantin, berichtet im zweiten Teil des Buches über ihre Aktivitäten und Erfahrungen. Zunächst Mitglied der Deutschen Friedensunion und später dann der DKP, hat sie sich ebenfalls in den Gewerkschaften engagiert. Außerdem baute sie eine im Konstanzer Raum bekannte Frauengruppierung auf. Auch sie schildert aus eigener Erfahrung die Diskriminierung als Kommunistin in der BRD.

Das schlichte Buch liefert eine lebensnahe, mit historischen Fakten verbundene Information, die mich selbst sehr nachdenklich stimmte. Es ist noch nicht lange her, daß in der Bundesrepublik grundlegende Arbeitsrechte erkämpft wurden. Wie rasant und mit welchen Mitteln sie heute niedergewalzt werden, muß erschüttern. Die Entsolidarisierung in den Betrieben wird systematisch geschürt. Die Konkurrenz ist erbittert, gerade auf dem sogenannten Zweiten Arbeitsmarkt (ABM- und SAM-Stellen) und bei befristeten oder ungeschützten Arbeitsverhältnissen. Wo dieses System dominiert, kann niemand mehr einen Betriebsrat aufbauen.

K. W., Hamburg

Vera Hemm: Im Zeichen der Roten Nelke, Pahl-Rugenstein-Verlag 2003, 648 S., 24 €, ISBN 3-89144-300-5

Warum Stanislaus Kalinowski jr. kein Berginvalide wurde

Ein Leben im Kohlenpott an der Ruhr

Stanislaus war schon mit achtzehn Jahren vor Kohle. Steile Lagerung. Seine Zeche war ein Familienpütt. Der Vater war hier Invalide geworden. Staublunge – Silikose mit Nebenerscheinungen, das gab wenigstens Rente. Nach und nach waren alle vier Söhne vom alten Stanis Kalinowski auf Zeche „Fröhliche Morgensonne“ angelegt worden. Sein Zweitältester, der ihm stolz den ersten Enkel präsentiert hatte, war untern Bruch in Flöz Ernestine gekommen und lag deshalb schon ein paar Jahre auf dem Westenfelder Friedhof. Den Erstgeborenen rechneten sie, seitdem der Schießmeister geworden war, nicht mehr zur Familie. Der hatte sich umschreiben lassen und hieß nun Kahlert. Diese Prozedur und der ganze Papierkram kosteten beinahe soviel wie die Pelzjacke für seine hochnäsige Frau. Der Vorname Ignaz war dem Gatten aber zu deren Kummer geblieben. Doch sie hatte ja einen Trost: Sie war die einzige in der Zechenkolonie mit echtem Löwenfell, also eine richtige Dame. Dann war da noch der Iwan, der wollte Junggeselle bleiben und war der Lieblingssohn seiner zahnlosen Mama, die die Nachbarn die Kalinka vom alten Stanis nannten.

Warum erst der jüngste Kalinowski auf den Namen seines Erzeugers getauft wurde, das wußte von der ganzen Sippe keiner. Jedenfalls war klar, daß er auch auf Morgensonne seine Brötchen mit mehr als nur Schweiß im Angesicht verdienen mußte. Und er verdiente auch „die Butter auf die Brötchen“, denn er hielt den Abbauhammer wie ein Herkules in den Kohlenstoß, nahm jede Übersicht mit. Bis er eines Tages in Flöz Blücher wie sein verunglückter Bruder auch untern Bruch lag. Seine Kumpels buddelten ihn frei, er war mit ein paar Rippenbrüchen und dem Balg voller Hautabschürfungen davongekommen. Im Bergmannsheil hatte er ein paar schöne Tage. Sogar sein Obertruppführer von der Grubenwehr besuchte ihn. Das war verdammt eine Ausnahme, aber dieser Gesteinssteiger Busch war überhaupt eine Ausnahme – ein richtiger Mensch. Erneut auf dem Damm, steckte ihn sein Revier-

steiger wieder gnadenlos in den Blücherstreb; doch das machte dem Stanislaus Kalinowski knapp die Hälfte – er war ganz zufrieden mit seinem Leben.

Nach einer Grubenwehrübung bot ihm Steiger Busch am Biertisch das Du und gleichzeitig Maloche im Gesteinsrevier an. Fortan trieb der junge Stanis mit seinen neuen Kumpels Querschläge und Richtstrecken in den Berg. Jahrelang war er auf der Bohrschicht und für die Löcher in der Sohle zuständig. Selbst als die Bohrsäulen eingesetzt wurden, die das Bohren der Löcher für den Einbruch und die Kränze erleichterten, rutschte Stanis weiterhin auf dem Hosenboden herum und preßte mit den Füßen den Bohrhammer mit dem Zweimetergestänge gegen die untere Ortsbrust. Das Rütteln und Schütteln ging in die Knochen, darüber lachte der Stanis nur. Aber immer war er darauf bedacht, eine trockene Bohle unter dem Hintern zu haben, damit er nicht wie viele Kumpel über Hämorrhoiden jammern mußte. Das änderte sich auch nicht, als sein Reviersteiger Busch ihn zum Ortsältesten beförderte. Stanis blieb am Boden. „Hauptsache, der Schießmeister kann pünktlich den Abschlag besetzen. Zwei Meter wie gemalt aus dem Stein gesprengt oder Blut am Stempel!“

Das ging so über Jahrzehnte. Busch hatte längst einen Fahrsteigerlehrgang absolviert und Stanislaus Kalinowski die ersten grauen Haare; wegen einiger Zipperlein war er aus der Grubenwehr ausgeschieden. Aber vor Ort stand er immer noch seinen Mann. Die Knie wollten nur nicht mehr, Stanis rannte immer öfter zum Revierarzt. Der verschrieb ihm Salbe nach eigenem Rezept, die taugte nicht einmal zum Schuhewichsen.

„Glückauf, Männer! Na, Stanis, altes Haus, alles klar?“ Fahrsteiger Busch befuhr sie wieder einmal. Er war der alte leutselige Kumpel geblieben.

„Gar nix ist mehr klar. Meine Knie sind kaputt, ich bohr jetzt sogar mit der Säule.“ Er zog den Busch zur Seite. „Geld braucht man immer, aber ich bin oppe, die Knie sind to-

tal im Arsch. Leg bei deinem Nachfolger ein gutes Wort für mich ein, daß der mir leichte Arbeit gibt oder mich meinetwegen in den Schichtlohn tut. Irgendwie kommt meine Elfriede mit weniger Moos schon klar.“

„Hast du selbst denn schon mit deinem Steiger gesprochen?“

„Gelacht hat der: Leichte Arbeit hat nur der Betriebsführer, und der gibt die nicht ab.“

„Ich mache das schon“, sagte Busch. „Hast du schon mal an einen Rentenantrag gedacht? Abbauhammerkrankheit ist doch jetzt entschädigungspflichtig.“

Stanis rappelte sich auf, nahm einen Tag Urlaub und latschte zum Knappschaftsältesten, der sollte den Schreibkram erledigen. Er fragte nach den Beschwerden und formulierte, daß der Hauer Stanislaus Kalinowski über dreißig Jahre auf dem Gesäß Löcher mit den Füßen gebohrt hat und im letzten Jahr wegen verschlissener Kniescheiben oft krankfeiern mußte. Der Antragsteller unterschrieb und wurde bald zur Begutachtung ins Knappschaftskrankenhaus bestellt. Stanis wunderte sich – warum nicht ins Bergmannsheil zur Berufsgenossenschaft? „Egal, Karl! Hauptsache, die schreiben mich kaputt!“

Zwei Dutzend Röntgenaufnahmen ließ der Gutachter anfertigen: von Schultern, Rückgrat, Arm- und Handgelenken. Wenn der erst meine Knie vornimmt, dachte Stanis, wird der sich ganz schön wundern. Der Arzt beugte dem Patienten die Arme, das Kreuz, drehte ihm den Kopf hin und her, maß Glieder und diktierte seiner Assistentin. Als er das Maßband weglegte, sagte er: „Sie können sich anziehen.“ Stanislaus war verdattert, guckte dumm aus der Wäsche. „Und meine Knie? Ich habe mich immer mit den Füßen gegen den Hammer gestemmt und ...“

„Setzen Sie sich mal!“ schnarrte der Gutachter, hatte plötzlich stechende Augen. Ein Bein wurde gebeugt und gestreckt, beide Knie mit dem Hämmerchen bearbeitet. Der altgediente Bergmann Stanislaus Kalinowski, verdienter Grubenwehrukumpel, traute sich nicht aufzuschreiben. „Alles in bester Ordnung! Keine Luxationen. Keine Verschleißerscheinungen. Vielleicht eine beginnende Arthrose, altersbedingt und schicksalhaft. Stellen Sie sich nicht so an!“

„Aber ich habe doch zig Jahre mit den Beinen gebohrt. Die verfluchten Knie sind im Eimer!“

„Brüllen Sie hier nicht so rum. Sie sind hier nicht zu Hause!“ schnauzte der unabhängige Gutachter. „Ich habe Sie auf Abbauhammerkrankheit zu untersuchen. Und die ist nur in den Gelenken ab Bauchnabel aufwärts entschädigungspflichtig. Welcher Heini bohrt denn schon mit den Knien!?“

Stanis schlich davon.

Hans-Dieter Hesse, Recklinghausen

Poetisch und sensibel, sperrig und trotzig

Erinnern an Erich Köhler

Erich Köhler wurde am 28. Dezember 1928 – also vor gut 75 Jahren – in Karlsbad (Karlový Vary) als Sohn eines Porzellan-schleifers geboren. Er vertrat die Ansicht: „Man muß die einzelnen Schriftsteller differenzieren, keine Marmorfiguren draus machen und aufs Podest stellen, das vernebelt den Blick auf das, was sie wirklich geleistet haben.“ Köhler berief sich auf eine Äußerung Goethes, das wirkliche Talent habe seine tiefste Befriedigung im Schaffen und kümmere sich wenig um das Schicksal seiner Produkte.

Der ehemalige Bergmann und Landarbeiter Erich Köhler war durch Westdeutschland und Holland getrampt, ehe er 1950 in der DDR ansässig wurde. Er begann seinen Weg als Schriftsteller mit der Erzählung „Das Pferd und sein Herr“ (1956), die später in den mehrfach verlegten Band „Nils Harland“ (1968) aufgenommen wurde. Dieser enthielt außerdem die bereits veröffentlichte Erzählung „Die Teufelsmühle“, die Titelgeschichte und seine Arbeit „Die lange Wand“. In den vier Texten wurde in mehrschichtigen Parabeln Elementares auf neue Weise zur Diskussion gestellt, so die Themen Mensch – Natur und Individuum – Gemeinschaft. Zu erwähnen sind Köhlers als authentisch zu betrachtende Aufzeichnungen „Aus dem Marnitzer Tagebuch“ (1960) und seine autobiographische Skizze „Reiten auf dem Leben“ (1964). Das Tagebuch löste damals einigen Wirbel aus, wovon Eva Strittmatter seinerzeit in der „NDL“ 4/1960 berichtete. Von 1958 bis 1961 studierte Köhler am Institut für Literatur in Leipzig.

Seine Erzählung „Der Geist von Cranitz“ erschien als Teilabdruck in der Akademiezeitschrift „Sinn und Form“ (6/68). Nach dem Prosawerk schrieb er das gleichnamige Stück, in dem er sich mit dem Verhältnis von Kunst und Kunstaufnahme beschäftigte. Ein ehemaliger Knecht gestaltete aus einem Findling eine Kröte, was unter der Dorfbevölkerung Gefallen, Spott und Mißverständnis auslöste. Das Stück wurde 1972 an der Berliner Volksbühne in der Regie von Fritz Marquardt uraufgeführt. Bereits 1970 erlebte Köhlers Einakter „Die Lampe“ seine Premiere. Das geschichtsgeschriebene, originelle Kinderstück „Das kleine Gespenst“ ging 1977 am Berliner Theater der Freundschaft über die Bretter. Ein verblichener Ritter schickte seinen gespensternden Sprößling Florian in das einstige Schloß, das zu einem Kinderheim geworden war. In der tragfähigen Komödie hielt der Autor Überraschungen, Spaß und auch Nachdenklichkeit bereit. Nach seinem Roman „Der Schatzsucher“ (1964) schuf der Regisseur Bernhard Stephan den gleichnamigen DEFA-Film.

Mit seinen Kinderbüchern brachte Köhler eine neue originelle Erzählweise in die Kinderliteratur ein, wie in „Goldnase“ (1965) und „Platkatel-Bazkosumerade“ (1973). Im letzteren ließ er die fünfjährige

Roswitha ihr Wunderland entdecken, indem er seine Geschichte sehr poetisch und phantasievoll erzählte. Das Mädchen ging der geheimnisvollen Sprache der Schwalben nach. In „Der Schlangenkönig“ (1975) setzte er sich mit der Problematik des Fehlverhaltens von Kindern auseinander und konstatierte, daß die Wurzeln dafür oftmals im Versagen der Erwachsenen zu suchen sind. Der Autor spürte dem dialektischen Verhältnis zwischen Kind und Erwachsenen nach, dem wechselseitigen Geben und Nehmen. In seiner phantastischen Erzählung „Reise um die Erde in acht Tagen“ (1979) betrachtete er die Welt im Spiegel einer erfundenen Reise, indem er einen Lehrling acht Tage verschwinden ließ. In dem Kinderbuch „Die Denkmaschine“ (1979) baute der Schüler einer 9. Klasse eine alte Wäschemangel in eine „Denkmaschine“ um.

In seiner Kraftwerksgeschichte „Der Krott oder Das Ding unterm Hut“ (1976) ließ der Autor seinen Paul Jordan gründlich hinter und auf die Dinge schauen. Der Krott – ein seltener, gefährlicher Schmarotzer – weckte ihn aus der Bequemlichkeit und Selbstzufriedenheit auf und verschaffte ihm ungewöhnliche und nachdenklich stimmende Einblicke. Gerade im „Krott“ plädierte der konsequente Materialist Köhler für die Produktivität von Traum, Phantasie und Pathos. Spätestens seit dieser Fabel galt er als Geheimpot unter den Hinstorff-Autoren. „Genaueste, kritische Beobachtung von Wirklichkeit mit einer Seitentür zum Phantastischen, skurrile Einfälle, die zu gleichnishafter Überhöhung getrieben werden, das waren fortan Erich Köhlers Markenzeichen.“ (Irmtraud Gutschke) Mit „Hinter den Bergen“ (1977) legte der Schriftsteller keinen hinterwäldlerischen Heimatroman vor, sondern ein Buch voller Geschichten, die kräftige Farbigkeit und enorme Pffiffigkeit auszeichneten. Der geschichtsphilosophische Ansatz, die erzählerische Souveränität und der überlegene Humor zeigten Köhler auf der Höhe seiner künstlerischen Möglichkeiten, so daß der Eindruck entstand, mit dem Roman sei ein altes Legendenbuch wieder aufgelegt worden. Die Literaturwissenschaftlerin Prof. Eva Kaufmann zählte Erich Köhlers Werke „Der Krott“, „Der Gespensterwald von Alt-Zauche“ und „Hinter den Bergen“ zum „Wichtigsten und Interessantesten, was die DDR-Literatur in den 70er Jahren hervorgebracht hat“.

Bereits 1964 entstanden Köhlers „Kiplag-Geschichten“, die erst 1980 herauskamen. Drei Abenteurer stießen darin in eigenartige Welten vor, ins Land „WIR“, ins Land „OHNE“, zur „unbekannten Größe“. In dem Band vereinte der Autor vier Erzählungen von Abenteuern und Sehnsüchten, Wagnissen und Konflikten Käpt'n Rebhuhns, Kiplags und des Ich-Erzählers. Es waren „Parabeln, die in ihren sinnträchtigen, dichtfarbigen Bildern geschichtsphilo-

sophische Dimensionen erreichten“ (Waltraut Schröder) und wurden als „Requiem für die Abenteuerstory“ (Jürgen Grambow) betrachtet. Die Filmerzählung „Hartmut und Joana oder Geschenk für Kinder“ (1980) war von phantastisch-komischen Elementen durchdrungen. Ein Transportarbeiter erfüllte sich einen Kinderwunsch, indem er ihn zur Idee seines Lebens erhob und 30 Jahre lang Erde auf einen unplanmäßigen Berg karrte. Köhler gestaltete die Wechselwirkung zwischen Einzelnem und Allgemeinem poetisch gleichnishaft. Nach dem Prostatext wurde 1989 in Schwedt Köhlers Stück „Der verwunschene Berg“ uraufgeführt. Der Hinstorff-Verlag Rostock erwarb sich das Verdienst, Erich Köhlers als „Betrachtungen und Polemiken“ deklarierte Texte unter dem Titel „Nichts gegen Homer“ (1986) zu veröffentlichen. Die scharf polemischen Essays und Reden, die bereits in „Sinn und Form“ erschienen waren, stammten aus den 80er Jahren. Sie provozierten Denkangebote und hatten einen utopischen Zug, da Köhler die Diskrepanz zwischen Programmatik und Realitäten beunruhigte. Sein anspruchsvoller Troll-Roman „STURE und das deutsche Herz“ (1990) erschien ebenfalls bei Hinstorff. „Sture Thorson, der Schwede, ist so alt wie Europa. Auf dem Weg der Seelenwanderung kommt er ins Gespräch mit einer eddischen Seherin, mit alten wie modernen Heerführern, und am Ende seines vorläufig letzten Erdenlebens landet der Blinde mit seiner Vision vom SCHWEBEN auf der Krone der schwankenden Berliner Mauer ...“ Der Roman mit der „grimmigen Heerschau von Geistesgeschichte“ erregte in der Zeit der sogenannten Wende leider nur geringes Interesse.

Erich Köhler war Mitglied des PEN-Zentrums der DDR. Als dieses mit dem PEN-Zentrum West in den 90er Jahren fusioniert werden sollte, galt es schier unüberwindbare Hürden zu bezwingen. Etliche Mitglieder sollten aufgrund ihrer Ost-Vergangenheit im Allgemeinen und MfS-Mitarbeit im Speziellen nicht übernommen werden, wie Erich Köhler und Hans Marquardt. Es kam zu einem maßlosen Gezeter und zu protestierenden Austritten einiger Westautoren. Später wurde Köhler sogar vom PEN ausgeschlossen. Er leistete würdig erbitterten Widerstand.

In den 90er Jahren veröffentlichte das ND wiederholt Köhlers moralisierende kritische und scharfzüngige Kurzsays. Im SPOTLESS-Verlag erschienen seine „BLASMAGORIEN“ (1996). SPOTLESS legte ebenfalls von Köhler die Bändchen „Sentenzen kontra Schwarzbuch“ (1998) und „Credo oder wie gleiches Streben Held und Dichter verbindet“ (2000) vor.

Erich Köhler verstarb 74jährig am 16. Juli 2003 in Alt-Zauche bei Lübben, wo er jahrzehntelang gelebt hat. **Dieter Fechner**



Diese „RotFuchs“-Briefmarke aus den USA sandte uns der zu Unrecht verurteilte politische Gefangene **Kurt Stand**. Hier seine Adresse: Kurt Stand, 42289-083, Virginia Hall FCC, Petersburg Low, P.O. Box, 1000 Petersburg VA 23804, USA

Die Regionalgruppe Schwerin des RF-Fördervereins

lädt zu einer Veranstaltung am **7. Februar 2004**, 10.00 Uhr, in die Alt-Schweriner Schankstuben, Schlachtermarkt, ein.

Über den 16. Parteitag der KP Chinas

spricht der ehemalige DDR-Botschafter in der Volksrepublik China **Rolf Berthold**.

¡Presente!

Nichts ist jemals ganz erobert. Alles muß täglich von neuem erobert werden, oder es geht verloren.

Romain Rolland

■ Genosse **John Schehr** wurde am 9. Februar 1896 in Altona geboren und vor 70 Jahren, am 1. Februar 1934, in Berlin ermordet. Der Sohn eines Arbeiters (nach der Lehre bis 1927 war er Schlosser und Lastenträger in Hamburg) schloß sich 1912 der SPD und 1913 den freien Gewerkschaften an. Aus Protest gegen die Politik der rechten Führer der SPD wurde er 1919 Mitglied der USPD und trat noch im gleichen Jahr zur KPD über. Schehr war seit dem 10. Parteitag 1925 Kandidat des Zentralkomitees. Wie schon auf der 5. Tagung des Zentralkomitees der KPD (Mai 1925) kritisierte Schehr auch auf dem 10. Parteitag die sektiererische Politik der Ultralinken. Schehr nahm in Moskau an der Beratung einer Kommission des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) mit Vertretern der KPD über die Lage in der KPD teil (August 1925). Er gehörte zu den Unterzeichnern eines auf dieser Beratung beschlossenen offenen Briefes, der die nächsten Schritte für die weitere marxistisch-leninistische Entwicklung der KPD bestimmte. Schehr entwickelte sich zu einem der engsten Kampfgefährten Ernst Thälmanns und leistete einen großen Beitrag zur Durchsetzung einer leninistischen Massenpolitik der KPD. 1926 besuchte er die Internationale Lenin-Schule der Kommunistischen Internationale in Moskau.

Von Februar 1927 bis Anfang 1930 war Schehr Organisationssekretär der Bezirksleitung Wasserkante, danach bis Frühjahr 1932 Politischer Sekretär der Bezirksleitung Niedersachsen. Er führte einen konsequenten Kampf gegen die faschistische Gefahr und war daran beteiligt, daß das von der KPD initiierte Volksbegehren für den Rücktritt der faschistischen braunschweigischen Landesregierung im Juni 1931 erfolgreich durchgeführt wurde. Auf der Tagung des Zentralkomitees im Februar 1932 wurde er in die erweiterte Kommission zur Ausarbeitung des Parteiprogramms gewählt. Seit April 1932 gehörte Schehr dem preußischen Landtag und seit August 1932 dem Reichstag an. Die Tagung des Zentralkomitees im Mai 1932 wählte Schehr zum Mitglied des Politbüros und des Sekretariats des Zentralkomitees. John Schehr nahm gemeinsam mit Wilhelm Pieck an der Aussprache Thälmanns mit 20 sozialdemokratischen Funktionären am 8. Juli 1932 teil. In Massenversammlungen rief Schehr die Werktätigen zum einheitlichen Kampf in der Antifaschistischen Aktion auf. Auf der Konferenz der Bezirkssekre-

täre Anfang August 1932 charakterisierte er die Verhinderung der faschistischen Diktatur als die historische Aufgabe der gegenwärtigen Zeit. Nach Errichtung der faschistischen Diktatur hatte John Schehr großen Anteil an der Umstellung der KPD auf die Bedingungen der Illegalität. Seit Ende Oktober 1933 war Schehr für die Leitung der gesamten zentralen politischen und organisatorischen Arbeit der illegalen KPD in Deutschland verantwortlich. Im November 1933 wurde er in Berlin verhaftet. Vergebens versuchten die Nazis, Schehr durch Folterungen zum Sprechen zu bringen. Sie ermordeten ihn in der Gestapozentrale in der Prinz-Albrecht-Straße.

■ Vor 20 Jahren (am 21. Februar 1984) starb der am 24. Mai 1905 geborene sowjetische Autor **Michail Scholochow**. Vielleicht regen die nachfolgenden Stimmen zu Scholochows Hauptwerk, dem „Stillen Don“, den einen oder anderen dazu an, sich wieder einmal mit diesem Werk zu beschäftigen (oder es für sich neu zu entdecken).

Alexander Serafimowitsch:

Zwei, drei Jahre lang lebte er unscheinbar, ein kaum bemerkter kleiner Punkt am literarischen Himmel. Und auch der Scharfsinnigste hätte nicht voraussagen können, wie leicht er sich plötzlich entfalten würde. Es stimmt nicht, daß seine Gestalten erfunden und bis ins Detail ausgemalt sind – sie sind nicht papieren. Er formte sie, eine bunt schillernde Masse: Jede Gestalt hat ihre besondere Nase, ihre Runzeln, ihre Augen mit Krähenfüßen in den Augenwinkeln, ihre Sprache; auf ihre Weise geht jede Figur, bewegt sie den Kopf; auf ihre Weise lacht jede Gestalt, haßt sie. Und anders bei jeder Person schillert die Liebe, erglüht und enttäuscht sie.

Und die Fähigkeit, jede Figur mit besonderen Zügen auszustatten, einer Figur ein einmaliges Gesicht zu geben, einen einmaligen Charakter zu gestalten – diese außerordentliche Fähigkeit bewirkte Scholochows Aufstieg, und von da an bemerkte man ihn.

Konstantin Fedin:

Das gewaltige Verdienst Michail Scholochows liegt in der Kühnheit, die seinen Werken eigen ist. Nie ist er den Widersprüchen des Lebens ausgewichen, ganz gleich, welche Epoche er schildert. Seine Bücher zeigen den Kampf der Vergangenheit und der Gegenwart in all seiner Vielfalt. Unwillkürlich fällt mir Lew Tolstois Schwur ein, den er schon in seiner Jugend vor sich selber abgelegt hat, den Schwur, weder offen zu lügen noch indirekt durch Verschweigen. Scholochow verschweigt nichts, er schreibt die ganze Wahrheit. Aus der Tragödie macht er kein Drama,

aus dem Drama keine Unterhaltungslektüre. Tragische Situationen verpackt er nicht in tröstende Feldblumensträuße. Doch die Kraft der Wahrheit bewirkt, daß die Bitterkeit des Lebens, wie furchthar sie auch sei, verdrängt und überwunden wird von dem Willen zum Glück, von dem Streben, es zu erlangen, und von der Freude am errungenen Glück. Ich denke, das ist wirklich so, denn nicht umsonst haben wir uns den Begriff „optimistische Tragödie“ zu eigen gemacht, wohlwissend, daß das kein leeres Wortspiel ist. Und wenn wir das Gefühl des Tragischen dieser oder jener Tatsache, die der Künstler gestaltet hat, tief in uns aufnehmen, schließen wir das Buch voller Verständnis für die Welt.



Zeichnung: Herbert Sandberg

Otto Gotsche:

Bei Scholochow gibt es keine Konfliktlosigkeit oder gar eine billige optimistische Schlußlösung; Konflikte in der Brust des Menschen, die sein Inneres zerreißen, die ihn zu Handlungen treiben, in denen er siegt oder zugrunde geht, der klaffende Konflikt des Kampfes des Neuen gegen das zerbrechende Alte – vor unsere Augen hält Scholochow den Spiegel, in dem wir uns alle selbst erkennen.

Anatoli Lunatscharski:

Scholochows Roman „Der stille Don“ ist von ungewöhnlicher Kraft, was das Epi-sche der Bilder, die Kenntnis des Lebens und der Menschen und die Bitterkeit seiner Fabel betrifft. Er erinnert an das Beste, was es je in der russischen Literatur gegeben hat ... **W. M.**



Von ganzem Herzen bedanke ich mich bei Ihnen für die Glückwünsche zu meinem Geburtstag, veröffentlicht in Ihrer Zeitschrift „RotFuchs“. Ihre Artikel lese ich mit großem Interesse. Bei dieser Gelegenheit wünsche ich Ihnen, Ihren Kollegen und Lesern viel Glück und Erfolg im neuen Jahr.

**Prof. B. Paton, Kiew
Präsident der Akademie der Wissenschaften der Ukraine**

Aufmerksam geworden durch Eure Anzeige im ND bekam ich postwendend drei Hefte des RF, die ich hintereinanderweg gelesen habe. Nicht alle Themen interessieren mich, aber ich fand gleich gut, daß alle Beiträge in einwandfreiem und verständlichem Deutsch geschrieben sind, wie ich es auf der Dresdener ABF gelernt habe. (...)

Im Dezember-Heft fand ich die Gratulation zum 85. Geburtstag von Professor Paton, der wahrscheinlich vielen Lesern kein Begriff ist. Er ist der langjährige Direktor des nach seinem Vater benannten Paton-Instituts in Kiew, das nicht nur weltweit auf dem Gebiet der Schweißtechnik bekannt ist, sondern viele Grundlagen-Forschungsbeiträge zur strategisch wichtigen und friedenserhaltenden Werkstofftechnik der Sowjetunion geliefert hat. Aus diesem Grunde freue ich mich besonders, einen Fachkollegen, wenn ich mir diese Anmaßung erlauben darf, in unserer Lesergemeinschaft zu begrüßen. Professor Paton war oft zu Gast auf schweißtechnischen Tagungen der DDR und der BRD, weil er ein in Ost und West anerkannter Fachmann ist und bleibt. **Gerhard Frank, Riesa**

Der sorgfältig erarbeitete Beitrag von Günter Freyer über den Kommunisten Dr. Theodor Neubauer erinnerte mich auch an verdiente Pädagogen der DDR, die mit der Dr.-Theodor-Neubauer-Medaille geehrt wurden. Wenige Tage nach dem Erscheinen des Januar-RF hatte ich ein ganz besonderes Erlebnis. Ich lernte die Tochter von Dr. Theodor Neubauer kennen. Anlässlich eines Besuchs bei der Witwe eines von der politischen Strafverfolgung betroffenen Berliner Juristen, die engstens mit der GRH verbunden ist, saß die Tochter von Dr. Neubauer mit am Tisch. Frau Dr. Müller freute sich sehr, als ihr der aktuelle „RotFuchs“ überreicht wurde. Mit bewegten Worten bedankte sich eine sehr bescheiden lebende Frau für diese Überraschung. **Joachim Hauck, Berlin**

Mit Freuden habe ich Ihre Existenz entdeckt (ND). Endlich eine Zeitschrift, die 1917 nicht leugnet und zu den Errungenschaften der DDR, die ohne die Oktoberrevolution nicht möglich gewesen wäre, steht. Ich dachte schon, ich wäre der einzige, der die „Sozialdemokratisierung“, wie Sie es korrekt bezeichnen, also den Revisionismus der PDS samt ND, anprangert. (...) Ich habe die DDR mit aufgebaut, sie ist mein Staat gewesen, und ich lasse es nicht zu, daß man ihre Errungenschaften beschmutzt. (...) Ich lebe seit über 55 Jahren in Deutschland und betrachte mich nicht zuletzt als einen Deutschen, wobei ich natürlich ungarisch und vor allem auch slawisch geprägt bin. Jedenfalls hoffe ich ein „guter Europäer“ zu sein, ein Internationalist eben. Die DDR ist auch an mangelndem Internationalismus zugrunde gegangen. Schabowski brüllte uns, die wir kritisierten,

zähnefletschend im Schriftstellerverband zu, die DDR werde auch ohne Sowjetunion zurechtkommen.

Almos Csongár, Berlin

Vor langer Zeit hatte ich schon einmal ein „RotFuchs“-Exemplar in der Hand. Es erschien mir damals als ein einseitiges „Partei-Heft“ und ich habe es, jahrelang beschäftigt durch Ermittlungsverfahren und Strafprozeß, nicht weiter beachtet. Dank der Initiative eines befreundeten Genossen habe ich, wohnhaft in einem Dorf des Landkreises Uckermark, jetzt direkt von Euch den „RotFuchs“ ab November 2003 erhalten. Ich bedanke mich ganz herzlich dafür.

Mit großem Interesse haben meine Frau und ich die unseren politischen Auffassungen voll entsprechende Publikation bewußt zur Kenntnis genommen. Dank des wertvollen theoretischen und auch in bezug auf internationale Fragen sehr informativen Inhalts wurde das Lesen zu Stunden marxistisch-leninistischen Studiums. Etwas pathetisch gesagt: Nach langen Jahren der Enthaltsamkeit ist es für mich als ehemaligen Funktionär der SED wie Balsam auf meine belastete Seele. Angesichts der sachlichen Sprache und klassenmäßiger Wertungen der Publizisten finde ich so eine politische Heimat zurück. Es ist gut zu erfahren, daß in Verbindung damit eine für mich akzeptable, richtigerweise auch kritische, Einschätzung der DDR-Geschichte erfolgt. **Horst Brünner, Generaloberst der NVA a. D., Blankensee**

Mit der Übersendung der Probeexemplare wurde mir eine echte Freude bereitet. (...) Die „Wende“ brachte es mit sich, daß ich meine politische Heimat (DDR und SED) verloren habe. Meine Biographie läßt mir aber keine Ruhe und nicht das Recht, alles zu vergessen, wofür unsere Generation gearbeitet hat. (...) Als 17-jährige erlebte ich am 13. Februar 1945 das Inferno Dresdens. Meine Brüder nahmen mir der Krieg, den Deutschland nun schon mehrmals auf dem Gewissen hat. Es darf nicht sein, daß wahnsinnige Politiker alles wiederholen können.

Sonja Göllner, Berlin

Mit großem Interesse habe ich die Januar-Ausgabe des RF gelesen und mich besonders über den Beitrag von Wolfgang Mäder aus Neubrandenburg gefreut, hat doch endlich ein ehemals führendes CDU-Mitglied den Mut gefunden, Wahrheiten offen auszusprechen. Es wäre sehr angebracht, wenn es gelänge, mehr solcher Beiträge zu bekommen, denn die Unwissenheit vieler Bürger aus den alten Bundesländern über die DDR schreit noch immer zum Himmel. (...) Die penetrante Wiederholung der Leier von der Unterdrückung der Kirche und der Pastorenkinder, vom Studienverbot für Abkömmlinge von Intelligenzern usw. ist schier unerträglich. Namen wie Angela Merkel, Frau Bergmann-Pohl u. a., die solche Verleumdungen durch ihre DDR-Biografien widerlegen, möchte ich meinen hinzufügen. Auch ich stamme aus einem sogenannten Intelligenz-Elternhaus. Mein Vater war sogar in der NSDAP. Doch ich konnte sofort nach dem Abitur mein Medizinstudium an der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität aufnehmen. **Prof. Dr. med. Roland Kalthoff, Jena**

Mit Dank habe ich die ersten Exemplare des „RotFuchs“ in Empfang genommen. Nun bin ich dabei, erst mal zu lesen und zu genießen. Meine Meinung zur Zeitschrift werde ich kundtun, wenn ich sicher in der Bewertung bin. Noch überwiegt ein Gefühl der Freude, solch ein Blatt lesen zu können. Ich bin hier in der katholischen Enklave Cloppenburg recht einsam ... Meinen Lebensun-

terhalt verdiene ich als Arbeiter in einem Unternehmen, das Kunststoff-Fenster und PVC-Profilen herstellt, regelmäßig zum Jahresende die Belegschaft entläßt (um die Bezahlung der Feiertage zu sparen) und die willigen Mitarbeiter dann nach Bedarf irgendwann wieder einstellt. Ab 19. 12. stehe ich wieder unter Vormundschaft der Bundesagentur für Arbeit und hoffe, trotz meiner 57 Jahre auch 2004 wieder zur Ausbeutung antreten zu dürfen. Damit gehöre ich zu den Privilegierten.

Richard Georg Richter, Cloppenburg

Im Januar-RF habe ich mich bestätigt gefühlt. Bis jetzt war ich immer der Meinung, daß ich die einzige sei, die sich in der DDR zu Hause gefühlt hat. Eine wichtige Frage beantwortet diese Ausgabe aber nicht: Wie erkläre ich meinen Enkeln oder anderen nicht marxistisch Vorgebildeten, was anders gemacht werden mußte? Es sind die kleinen Dinge des Alltags. Bei theoretischen Antworten schalten alle ab. **Barbara Weihrauch, Berlin**

„Zimmer kandidiert für Europa-Parlament“, titelte ND einen Bericht vom 4. 12. 2003 aus Erfurt. Der Thüringer PDS-Landesvorsitzende Dieter Hausold habe Zimmer „Europakompetenz bescheinigt“. Sie wolle Gysi überzeugen, als „weiteres politisches Schwergewicht“ für die Europa-Welt zu kandidieren: „Nachdrücklich betonte Zimmer, daß sie nur mit Personen auf der Europa-Wahlliste aufgeführt sein möchte, die auf der Basis des neuen Parteiprogramms stehen und nicht zu jenen gehören, die es verhindern wollten.“

Gabi Zimmer bestimmt also, wer ihr Partner sein soll. Sie legt fest, wer nicht kandidieren darf. Das alles gehört laut ND zur „Verarbeitung“ dessen, „was in den vergangenen Jahren gelaufen ist“.

Prof. Dr. Horst Schneider, Dresden

Mein Trachten, das ich nicht zu verwirklichen vermag, geht weiter. Wir brauchten eine revolutionäre linke, bis in die parteilose Masse hineinwirkende Tageszeitung wie Münzenbergs WELT AM ABEND (Auflage: 1 Million), die es in der Weimarer Republik gab. Notwendig wäre auch eine links-revolutionäre Vereinigung, die mehr als das ist, was da jetzt als Europäische Linke auf dem Papier ausgekugelt worden ist. **Karl Mundstock, Berlin**

Ich bin Mitglied der PDS und kann mit Gewißheit sagen, daß viele Genossen mit ihrer Führung nicht einverstanden sind. Es ist anzunehmen, daß die PDS-Führung die Eigentums- und damit auch die Machtfrage bewußt ausklammert. Durch ihr Lavieren und ihre Unklarheit trägt sie Mitschuld am sozialen Abstieg vieler Arbeiter, Mittelständler und Kulturschaffender. Uns alten Genossen fällt ganz besonders die Aufgabe zu, solche Komödianten zu entlarven, um ihnen die Basis zu entziehen. **Manfred Wulf, Glauchau**

Die Inhalte des RF sagen mir sehr viel mehr als die Artikel der sozialistischen Tageszeitung ND. Der „RotFuchs“ hat mir mit vielen Beiträgen voll aus dem Herzen gesprochen. Besonders interessant fand ich die Artikelserie des polnischen Historikers Prof. Zbigniew Wiktor. **Gerhard Müller, Leipzig**

Ich bin zum ersten Mal auf Eurer Web-Site. Ich finde sie sehr interessant. Ich habe einen Vorschlag zu Eurer Dokumentenseite (vielleicht auch für die Zeitung) zu machen: Die bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien reden sehr gern von den Menschenrechten, vor allem in Verbindung mit der DDR und anderen Staaten, die sich nicht der Hegemonie der Imperialisten unterworfen. Doch

wie in der Politik üblich, sind halbe Wahrheiten auch Lügen. So beziehen sie sich auf die Teile der UNO-Menschenrechtscharta, die ihnen in den Kram passen. Mir ist aufgefallen, daß viele Menschen diese Charta gar nicht kennen. Daher wissen sie nicht, daß zu den Menschenrechten auch das Recht auf gesundheitliche Betreuung, das Recht auf Bildung und Ausbildung, das Recht auf Wohnen u. v. a. m. zählen. Ich schlage Euch vor, dieses Dokument auf der Web-Site und vielleicht auch in mehreren Folgen des gedruckten RF zu veröffentlichen.

Michael Strähnz, Schwerin

Ich möchte mich nicht in Lobhudeleien über den „RotFuchs“ ergehen: Wäre er nicht so, wie er ist – ich würde ihn nicht lesen und wäre auch kein Mitglied des Fördervereins. (...) Dabei bin ich gegenwärtig parteilos und fühle mich in dieser Situation vorerst auch ganz wohl ... Viele Artikel, Meinungen etc. – ich denke z. B. an die Beiträge von Dieter Itzerott – gehen davon aus, daß es Zeit wird für die schrittweise Sammlung von Kräften, um eine echte linke Partei mit Masseneinfluß zu formieren – wie immer sie auch heißen möge. (...) Das diesbezügliche Konzept des RF halte ich für richtig. Wir müssen den Kampf um die Gewinnung der verschiedensten Menschen fortsetzen. Der RF wendet sich an ein sehr breites Spektrum – von „fünfhundertprozentigen“ Kommunisten bis zu noch schwanken- den Sozialisten und linken Sozialdemokraten. Das ist in Ordnung, solange die Linie erkennbar bleibt.

Henrik Fuchs, Wurzen

Durch eine Kollegin meiner Ehefrau habe ich einige Exemplare des RF erhalten. Beim Durchlesen der Ausgabe 71 wurde ich besonders auf die Artikel Klaus Steinigers „Schröders Logik“ und Wolfgang Clausners „Schwere Niederlage für PDS-Linke“ aufmerksam. Den Aufsatz von Wolfgang Clausner kann ich zu weit über 90 % mittragen. Zum Beitrag von Dr. Klaus Steiniger kann ich nur mein Befremden äußern. Insbesondere die Formulierung „Dabei handelt Schröder nicht bössartiger als jeder andere bürgerliche Politiker an seiner Stelle ...“ wirft für mich eine Reihe von Fragen auf: Weltweit? Europaweit? Deutschlandweit? Kann keiner von ihnen auf diese Agenda 2010 verzichten? Hat wirklich jedes Land diese Agenda? Rechtfertigt ein „bössartiges System“ den Verzicht auf Unterscheidungen zwischen Hitler und Rathenau? Letztendlich ist die Formulierung „bössartig“ (Kampf gegen das Böse von Bush entlehnt?) irreführend. Weiterhin heißt es: „Wer so vorzugehen gezwungen ist ...“ Das ist ebenfalls irreführend. Schröder hat Gestaltungsspielraum. Ihm ist der Verrat am Wählerwillen vorzuwerfen. (...) Ich glaube auch nicht, daß ich vier Jahrzehnte in sozialer Freiheit im Sozialismus verbracht habe – leider. Aber das ist ein anderes Thema.

Theodor Schneider, Hainichen

Mancher China-Artikel im RF ist mir zu diplomatisch gehalten. Wenn auch von bester Schule – übertreiben sollte man es nicht. Der im Januar-RF zufällig neben den „China-Reisebericht“ gestellte Beitrag aus Kuba zeigt, wie es geht. Nur die charmanten Kubanerinnen haben bei Peter Franz noch Gefehlt. Aber auch unsere China-Experten können es: Nicht bei der Konkurrenz, sondern in TOPOS, Heft 18 (aus 2001), liefern sie beste Denkanstöße zu diesem Thema.

Ron Wiesner, Dahlen

Das mit der Nr. 72 erreichte Niveau sollte inhaltlicher Maßstab bleiben. Eine massen- gestützte marxistische Partei halte auch ich für eine historische Notwendigkeit. Das ZDF

konnte sich davon überzeugen, daß Marx trotz Totschweigens und Totsagens in vielen Köpfen lebt. Aus bitterer Erfahrung weiß ich aber auch, daß das Wolfsgesetz der Natur, wonach nur der Stärkere und Anpassungs- fähigere überlebt, noch immer im Handeln der Menschen – manche Genossen eingeschlossen – wirkt. Wie war und ist es sonst möglich, daß so viele 1989 vergaßen, was sie zuvor selbst in das Denken der Menschen einpflanzen wollten. Ich merke aber auch in zahlreichen Gesprächen, daß sozialistisches Gedankengut heute offenere Ohren findet als zu DDR-Zeiten. Die Erfahrung ist wohl immer der beste Lehrmeister.

Margot Falk, Schulzendorf

Am 8. 1. 2004 wurde durch Frau Birthler und die Lichtenberger PDS-Bezirksbürgermeisterin Emmrich auf dem ehemaligen Gelände des MfS eine „Gedenktafel“ enthüllt. Darauf steht u. a. der Satz: „Es (MfS) sicherte durch politische Willkür, Terror und Überwachung der Bevölkerung die Diktatur der SED.“ Der Kapitalismus setzt seit seinem Eintritt in die Geschichte auf Gewalt nach innen und außen. Insbesondere sind es die USA, die den weltweiten Terror unter dem Banner seiner angeblichen Bekämpfung fördern und selbst terroristisch tätig sind. Wie eine endlose Kette von Beispielen belegt, setzt die CIA dabei u. a. auf politischen Mord. So mußten Patrice Lumumba, Amílcar Cabral und Salvador Allende sterben, weil sie den amerikanischen Zielen im Wege standen. Unzählige Versuche des USA-Geheimdienstes galten der Ermordung Fidel Castros. (...)

Das MfS hat in Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben den Terrorismus mit allen geeigneten legitimen Mitteln und Methoden vorbeugend bekämpft. Es hat ihn eingeschränkt, zurückgedrängt und weitgehend von der DDR und deren Verbündeten ferngehalten. Zahlreiche Prozesse gegen frühere Mitarbeiter des MfS wegen angeblicher terroristischer Aktivitäten mußten eingestellt werden, weil keinerlei Beweise für die Anschuldigungen erbracht werden konnten.

Gerd Ullrich, Berlin

Die ersten beiden Ausgaben habe ich mit großer Freude erhalten. Die Artikel las ich sofort und oft mehrmals. Bisher hatte ich nur die UZ zur politischen Orientierung. Bis auf Ausnahmen ist sie eine Westzeitung geblieben und hat unsere speziellen Probleme recht stiefmütterlich behandelt, oft auch durch eine typisch westliche Brille betrachtet. Da kann man nur den Kopf schütteln. Mit Hilfe von PDS-Genossen habe ich nun die Verbindung zu Euch endlich herstellen können. Bereits nach zwei Tagen war ich meine beiden Exemplare schon wieder los – sie kursieren jetzt in der PDS-Basisgruppe. Es besteht Hunger nach Euren Argumenten.

Klaus Stoldt, Wismar

Am 3. Dezember 2003 lief auf RBB Berlin unter dem Titel „Schmutzige Götter“ eine Sendung zur Geschichte der Psychoanalyse. Die Haltung der DDR und der UdSSR dazu wurde mit ganz wenigen Worten negativ abgetan. Der schnelle Griff eines völligen Nichtfachmanns in den Bücherschrank brachte folgendes Resultat: Zum 125. Geburtstag Sigmund Freuds fand im Mai 1981 ein zweitägiges Kolloquium in Bernburg statt; die vier Veranstalter und die 20 Referenten boten ein Bild der „historischen Stellung und gegenwärtigen Funktion“ der Psychoanalyse. (Das Protokoll wurde noch im gleichen Jahr veröffentlicht.) Schon Albert Fuchs hatte in seinem in der DDR erwerb- baren Werk „Geistige Strömungen in Österreich“ 1949 einen ausführlichen Versuch marxisti- scher Wertung der Psychoanalyse geboten.

1983/84 erschienen bei Reclam Leipzig aus- gewählte Schriften von Freud in 1. Auflage für 3 Mark; weitere Auflagen folgten. Ebenfalls 1981 kam S. Muthesius' Bericht „Flucht in die Wolken“ heraus, in dem die Autorin u. a. offen auf Lücken in der Psychiatrie der DDR und die Psychoanalyse hinweist. Das Buch erreichte bis 1987 fünf Auflagen. Und wer sich als Laie über die Psychoanalyse unterrichten wollte, konnte zum zweibändigen Philosophischen Wörterbuch (viele Auflagen seit 1964) greifen.

Dr. Hartmut Ross, Oranienbaum

Nun gibt es kein Zurück mehr, wir werden ausgequetscht. Als ich meine Sozialhilfe holte – diese furchtbare Zeit stempelte mich zu deren Empfänger –, fragte ich nebenbei, ob auch wir, die wir nur von Almosen leben, beim Arztbesuch ein „Eintrittsgeld“ zu zahlen hätten. Da ich von der Rundfunk- und Fernsehgebühr befreit bin, nahm ich an, daß für uns dieses Gesetz nicht zutreffen würde. Das, was ich dann zur Antwort bekam, verschlug mir fast die Sprache. Jawohl, auch wir, die das System zu Sozialhilfeempfängern gestempelt hat, müssen die 10 Euro auf den Tisch legen.

Burkhard Kammhoff, Templin

Der „RotFuchs“ vermittelt nicht nur Lichtblicke in einer düsteren Zeit, sondern vor allem auch dringend notwendigen Optimismus. Ich begrüße besonders das Anliegen der Zeitschrift, Links-Denkende und -Handelnde zu sammeln. Ich reiche den RF in meinem Bekanntenkreis weiter.

Bodo Salpius, Neuruppin

Ich will Euch zuerst für den wunderbaren Einfall danken, die beiden Künstler aus der Ukraine (Violine und Gitarre, eine neue Kombination!) von Berlins Straßen weg zu engagieren und bei der „RotFuchs“-Jahresversammlung mit solch hervorragenden Liedern und Stücken auftreten zu lassen. Das war überraschend und wohltuend. Rainer Rupp's Vortrag über die USA-Politik: einfach Spitze. Mir stellt sich immer wieder die Frage, wie man gegen diese Übermacht an Geld, militärischer Gewalt und imperialistischer Verschlagenheit überhaupt noch ankämpfen kann, und ich greife dabei dann stets auf die sozialistisch-kommunistischen Visionen unserer Väter zurück, die als Habenichtse und Proletarier Nazi-Deutschland widerstanden und sogar an die Macht gelangten, wenn auch noch nicht für immer.

Klaus E. Schneider, Hönow

Leider komme ich erst jetzt dazu, auf den ausgezeichneten RF-Beitrag von Wolfgang Herrmann „Wandlungen in der Nationalen Befreiungsfront Nikaraguas“ zu reagieren. Ich habe 1980, ein Jahr nach der Revolution, dieses gebeutelte Land erstmals besucht und bin 2003 hierher übersiedelt. Die Sandinistas sind leider nicht mehr das, was sie damals als Befreiungsorganisation waren, und die Führungsspitze bedarf dringend einer Erneuerung.

Frank-Reginald Evertz, Managua

Als Pionierleiter der ersten Jahre interessierte mich an der Nr. 71 des RF besonders Brunis Artikel zum – natürlich 55., auch laut Text – Pioniergeburtstag. Ich gehörte bis 1956 der FDJ im späteren Karl-Marx-Stadt an und von 1957 bis 1961 der Pionierkreisleitung Aue. Von 1965 bis 1973 leitete ich die Betreuung der Kinder der Beschäftigten der Bergakademie Freiberg. (...)

In der Anfangszeit gab es neben Erfolgen verständlicherweise auch Pannen. Die führten dazu, daß z. B. meine Comenius-Schule die Zahl der möglichen Teilnehmer am ersten Ferienlager von 28 auf 10 senken mußte, weil das Lager für unbelegbar erklärt wurde. Als

zwei Tage vor der Eröffnung auch die Teilnahme der letzten 10 unsicher schien, ließ ich die Kinder zur vorbereitenden Besprechung gleich mitkommen. Die Folge war, daß wir 17 Plätze in der Sächsischen Schweiz bekamen, da mehrere Schulen die Teilnahme abgesagt hatten. Ein Pionier befragte, per Rad unterwegs, gleich nach der Sitzung mögliche Interessenten und reichlich 24 Stunden später hatten 17 die vorgeschriebene ärztliche Untersuchung, Lebensmittelkartenabmeldung in Gemeinschaftsverpflegung und das Einpacken alles Nötigen erledigt. Es konnte losgehen.

Karl-Fritz Zillmann, Freiberg

Der Renaissance des Glaubens kann man m. E. nur den Willen jener entgegensetzen, die der Erkennbarkeit des Seins den Vorrang einräumen. Die Suche danach ist mir angenehmer als das Erbitten von einer mystischen Allmacht. Sie hat über Jahrtausende ihre Chance gehabt. (...) Die Angst füllte die Kirchen mit Gedemütigten und Kranken, die Wissenschaften schufen ihre Bauwerke, besser, sie lieferten die Grundlagen der notwendigen Arbeit. Später traten Theater an die Stelle der Kirchen, die Medizin befreite die Leidenden von vielen Beschwerden, die Gewinnsucht torpedierte jedoch alle Bemühungen. Denn das Ziel von Ausbeutung, Not und Kriegen ist der Profit. So, Freunde, das ist die Grundlage meines Antrags um Aufnahme in den „RotFuchs“-Förderverein.

Hans R. Müller, Hamburg

Der RF bietet viele Beiträge aus Vergangenheit und Gegenwart, die man nicht nur lesen kann, sondern studieren muß. In der Januar-Ausgabe haben es uns besonders die Artikel von Ingo Wagner und Norbert Paulig angetan. Obwohl wir beide Mitglieder der PDS sind, können wir die Auffassungen Ingo Wagners zur Parteithematik nur voll unterstützen. (...) Die Arbeiterbewegung ist wieder in viele linke Parteien, Vereine und Organisationen aufgespalten. Das mindert den Erfolg ihrer Aktionen. Wir sind der Meinung, dieses Thema müßte im RF dringend weiter behandelt und diskutiert werden. Zum zweiten Artikel: Es gibt in der PDS leider noch einige verantwortliche Genossen, die der Meinung sind, daß die Staaten, die am 1. Mai 2004 in die EU aufgenommen werden, in einen sozialen Wohlfahrtsverein gelangen. Hierbei wird auch angenommen, daß ihnen die EU-Verfassung großen Nutzen bringt. Das ist falsch. Man muß den Menschen der vereinnahmten Länder die volle Wahrheit sagen, ihnen klarmachen, was auf sie zukommt.

Günter und Ingeborg Schmidt, Coswig

Ich meine, es gibt eine Verantwortung: Wir dürfen der PDS, deren Mitglied ich selbst noch bin, das Feld nicht überlassen. Wir müssen eine Partei finden, die sich neu formiert, und sich zu Marx bekennt, eine Partei, in der es sich lohnt. Da möchte ich gerne engagiert mithelfen.

Peter Skrabania, Strausberg

Ein mitteldeutscher Rundfunksender, ansässig irgendwo zwischen Salzwedel und Suhl, muß, nimmt man ihn ernst, eine beträchtliche Zahl von informellen Mitarbeitern (IM) haben. Täglich läßt er mehr als 100 mal die Aufforderung verlauten: „Bleiben Sie glücklich!“ Woher wissen diese Leute eigentlich, daß ich ein „glücklicher Mensch“ bin? Hat der Sender Seelenschnüffler? In allen Haushalten? (...) Ach ja, wir haben ja die „Späßgesellschaft“,

da dürfen bescheuerte Werbeslogans nicht fehlen. Auf daß die Hörer informiert werden.

Werner Voigt, Kromsdorf

Ein Glanzstück gewissenloser medialer Berichterstattung lieferte am 25. 12. 2003 der Fernsehsender VOX. In der nachmittäglichen Nachrichtensendung wurden alle Veränderungen erläutert, welche von Millionen rechtlosen Bürgern im neuen Jahr finanziell zu tragen sind. Doch unmittelbar nach dieser Aufzählung der Maßnahmen des Sozialabbaus kamen, wie zum Lohn, ein deutscher Milliardär und seine Dulzinea zu Wort. Beide erholten sich z. Z. auf Bali in einem Luxushotel, Zimmerpreis nur ca. 3000 Euro pro Nacht, in „absolut privater Atmosphäre“.

Wahrlich, die Zusammenstellung der beiden Nachrichtenblöcke war in ihrer Skrupellosigkeit nicht mehr zu übertreffen.

Dr. Rudolf Druх, Dessau

Uns gefallen am RF ganz besonders die Vielfalt der aufgeworfenen Probleme und deren klare, leichtverständliche Darstellung, die offene Meinungsäußerung, der Solidaritätsgedanke. (...) Die weltanschaulichen Fragen werden exzellent behandelt. „RotFuchs“, Du gibst uns Kraft, wir möchten, daß Du zu unserem ständigen Begleiter wirst und darum werden wir Dich, unseren finanziellen Möglichkeiten entsprechend, vierteljährlich unterstützen.

Jutta und Roland Gärtner, Eibau-Walldorf

Durch eine notwendige Kürzung meines Artikels „Das Herero-Massaker in Südwestafrika“ (Januar-RF) sind bestimmte aktuelle Bezüge zu kurz gekommen, so z. B. die Fragen, wer die Nutznießer der deutschen Kolonialpolitik waren und ob die Forderung nach Entschädigung der Nachkommen des Herero-Volkes gerechtfertigt ist.

Der größte Profiteur deutscher Kolonialpolitik in Südwestafrika, dem heutigen Namibia, war – neben der Hamburger Reederei Adolph Woermann, der Handelsfirma Carl Bödicker & Co und der Norddeutschen Kupfer-Affinerie – die Deutsche Bank. Sie stellte von 1890 bis 1915 die wichtigste Finanzinstitution in Südwestafrika dar. Über sie liefen alle deutschen Kolonialgeschäfte.

Zur Unterstützung der Entschädigungsforderung ist anzuführen: 1. Der BRD obliegt als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches die Verpflichtung, die verbale „Entschädigung“ für Verbrechen deutscher Kolonialtruppen am Herero-Volk in materieller Entschädigung umzusetzen. 2. Die durch die Kolonialisierung erzielten Gewinne sind in das Wachstum der beteiligten Firmen und ihrer Nachfolger sowie die Entwicklung Deutschlands eingeflossen. Sie sind Diebesgut und wären auf geregelte Art zurückzugeben.

Dr. Rudolf Dix, Zeuthen

Bei den bevorstehenden Wahlen, insbesondere der Wahl zum Europäischen Parlament, müssen auf jeden Fall Kandidaten auf die Listen gelangen, die aufgrund ihres konsequenten Eintretens für linke Politik bekannt sind. Ich denke da zuerst an Sahara Wagenknecht, Diether Dehm und andere, aber auch an Vertreter der DKP. Mit halblinken Positionen ist in der vom rücksichtslosen Sozialabbau geprägten Gegenwart kein Blumentopf zu gewinnen.

Werner Juhlemann, Geithain

Gregor Gysis Besuch in Israel hat ihn zu der Überzeugung kommen lassen, die dortige Mauer sei berechtigt, sollte aber auf israelischem Gebiet, etwa dem von 1967, stehen. Das ist jedoch nicht das von der UNO beschlossene israelische Staatsgebiet. Ob

Moshe Dayan, Begin, Eschkol oder Meir und Sharon – seit fast 50 Jahren weitet Israel sein Territorium expansiv zum Nachteil seiner arabischen Nachbarn aus. Der israelische Staat hat Hunderttausende Palästinenser von ihrem Grund und aus ihren Häusern vertrieben. Er gräbt seinen Nachbarn ohne jede Rücksicht das Wasser ab. 42 Resolutionen der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrates, die Israel alle ignorierte, haben daran nichts geändert. Das wird auch so lange weitergehen, wie israelische Imperialisten sich der Liebe und der Dollars der US-Imperialisten sicher sein können. Der Terror des Staates Israel produziert den Terror der Gegenwehr.)

Herbert Rubisch, Berlin

Das verfllossene Jahr hat wohl auch dem Letzten klargemacht: Wir brauchen eine starke einheitliche linke Kraft für die Auseinandersetzung mit dem Kapital. Dazu gehört auch ein noch größerer Leserkreis des „RotFuchs“.

Manfred Bohle, Düsseldorf

Schon lange bewegt mich die Frage, warum nur einige Länder – vor allem die USA – das Recht auf den Alleinbesitz von Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen beanspruchen. Deshalb unterstütze ich voll und ganz die Forderung Fidel Castros, der in seiner Neujahrsrede die Abschaffung aller Atomwaffen verlangt hat. Die Politiker der BRD sollten das aufgreifen und weltweit unterstützen.

Ruth Daum, Berlin

Schade um unseren Palast der Republik, dieses vollkommene „Volkshaus“! Das Schleifen eines solchen Gesamtkunstwerks – urbanes, kulturelles und soziales Zentrum einer humanistisch orientierten und verpflichteten Gesellschaft – bedeutet einen großen Verlust für die europäische Architektur der Moderne. Es ist typische Kolonialherrenmanier, die Menschen eines okkupierten Landes nicht nur auszuplündern und zu delegitimieren, sondern auch viele ihrer Errungenschaften zu zerstören, mit denen Vergleichbares man selbst nicht vorzuweisen hat.

Siegfried Matzka, Berlin

Durch Zufall habe ich an einer „RotFuchs“-Veranstaltung in Strausberg mit Prof. Dr. Erbach teilgenommen. Die aufgeschlossene und ehrliche Atmosphäre dieser Zusammenkunft hat mich stark beeindruckt, so daß ich mit dem Vorsitzenden der Regionalgruppe Kontakt aufnahm. Die Beiträge Ihrer Zeitschrift sind eine echte Bereicherung für das Denken und Fühlen ehrlicher und objektiv urteilender Menschen. Mein Dank gilt dem gesamten Kollektiv.

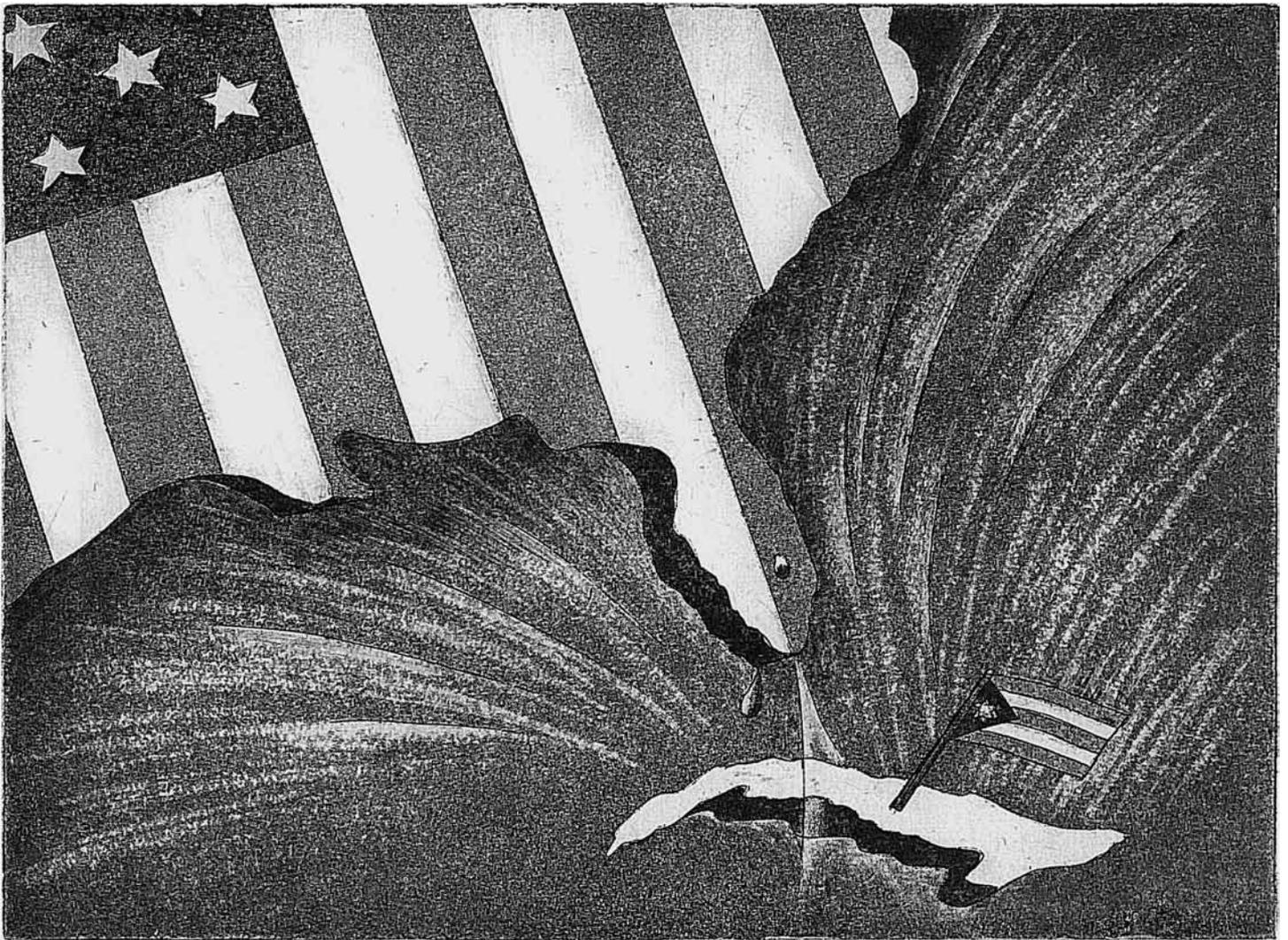
Dr. Martin Kneifeld, Oberst a. D., Strausberg

Der Januar-„RotFuchs“ ist von einem Kaliber, daß man mit der Zunge schmalzen kann, aber mitunter auch mit der Peitsche knallen will. Wer aber diese Bandbreite von Gefühlsregungen auszulösen vermag, der kann vor seinen Bau gehen und fröhlich bellen: „He, Frau Elster, hier haben Sie den roten Fuchs. Den einzigen weit und breit, der nicht mit den Wölfen heult.“

Torsten Preußing, Berlin

Bemerkung der Redaktion

Wir bitten unsere Leser und Schreiber um Verständnis, daß wir in Anbetracht der Postfülle nicht alle Briefe veröffentlichen können und viele Briefe stark kürzen müssen.



Gefahr für Kuba!

Grafik: Klaus Parche

Am 20. Februar 2004, um 16.30 Uhr, findet in der VS-Begegnungsstätte, Torstraße 203–205, eine Veranstaltung der Regionalgruppe Berlin statt.

Thema: Vorstellung des Buches

Kundschafter im Westen

Zugegen sind **Oberst a. D. Klaus Eichner** (Mitherausgeber) sowie die Kundschafter **Heinz D. Stuckmann** und **Harald Gottfried**.

Die in Gründung befindliche **Regionalgruppe Chemnitz/Zwickau/Plauen** lädt für den **21. Februar 2004 um 10.00 Uhr**

zu einer
RF-Leserkonferenz
in den Verein Querbeet,
Rosenplatz 4, Chemnitz
herzlich ein

An der Zusammenkunft nehmen
Chefredakteur **Dr. Klaus Steiniger** und
Vertriebsleiter **Armin Neumann** teil.

Die RF-Regionalgruppe Neubrandenburg lädt für den **7. Februar 2004, um 10.00 Uhr**

zu einem Gespräch mit dem
ehem. Botschafter der DDR in Kuba, Heinz Langer, ein.

Der Gast wird die aktuelle Situation
des sozialistischen Karibikstaates
darstellen.

Ort: Neubrandenburg
VS-Begegnungsstätte Südstadt
Am Anger 28

I M P R E S S U M

Der RF, im Februar 1998 von der DKP-Gruppe Berlin Nordost begründet, ist seit dem 1. Juli 2001 eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Publikation.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)

Teterower Ring 37, 12619 Berlin,

☎ 030/5613404, Fax 030/56493965

E-Mail: bruni.steiniger1@freenet.de

(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle Post zu richten ist)

Layout: Egon Schanser

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

E-Mail-Adresse: rotfuchs.berlin@t-online.de

Redaktionsschluß ist jeweils der **20.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki

Rolf Berthold

Isolda Böhler (Valencia)

Dr. Vera Butler (Melbourne)

Wolfgang Clausner

Dr. sc. Gerhard Feldbauer

Bernd Fischer

Walter Florath

Peter Franz

Günter Freyer

Dr. sc. Kurt Gossweiler

Dr. Ernst Heinz

Hans-Dieter Hesse

Werner Hoppe

Prof. Dr. Ulrich Huar

Dieter Itzerott

Gerda Klabuhn

Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)

Dr. Hans-Dieter Krüger

Wolfgang Metzger

Dr. Annemarie Mühlefeldt

Frank Mühlefeldt

Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)

Dr. Norbert Pauligk

Prof. Dr. Werner Roß

Rainer Rupp

Gerhard Schmidt

Prof. Dr. Horst Schneider

Fritz Teppich

Herbert Thomas

Dr.-Ing. Peter Tichauer

Prof. Dr. Ingo Wagner

Stefan Warynski (Warschau)

Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger

Arno Fleischer

Heinz Herresbach

Klaus Parche

SHAHAR

Internet-Redakteurin:

Iris Rudolph

Webmaster der Vereinsseite:

Dr. Hartwig Strohschein

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann

Salvador-Allende-Straße 35

12559 Berlin ☎ 030/6545634

arminneumann@web.de

Marianne Ahrens,

Sonja Brendel, Bruni Büdler,

Sylvia Feldbinder,

Bernd Koletzki